

This contribution is part of the Lubitz' TrotskyanaNet

Die Faschismustheorien von Leo Trotzki und August Thalheimer

Eine vergleichende Analyse

**Hausarbeit zur Ersten Staatsprüfung für das Lehramt an der Oberstufe –
Allgemeinbildende Schulen**

**im Fach
Geschichte**
Universität Hamburg

vorgelegt von

Sarah Kröger

am 21. Juni 2005

**Prüfer:
Prof. Dr. Norbert Angermann**

**Zweitgutachter:
PD Dr. Rainer Hering**

INHALT

1 Einleitung	3
1.1 Gegenstand und Zielsetzung	3
1.2 Quellenlage und Forschungsstand	7
1.3 Aufbau	9
1.4 Methodische Überlegungen.....	12
2 Faschismustheorien und Problematik des Begriffs „Faschismus“	15
Exkurs: Die Bonapartismustheorie von Marx und Engels	20
3 Die Faschismuskonzeption der Kommunistischen Internationale und der KPD	23
4 August Thalheimer	28
4.1 August Thalheimer und die KPD(O)	28
4.2 August Thalheimer: „Über den Faschismus“	31
4.2.1 Bonapartismus	32
4.2.2 Der Faschismus in Deutschland: Die Bourgeoisie und die Wirtschaftskrise.....	35
4.2.3 Innenpolitische Entwicklungen	38
4.2.4 Arbeiterklasse, KPD und Einheitsfront	43
5 Leo Trotzki	49
5.1 Trotzki und die Linke Opposition	49
5.2 Trotzki's Faschismusanalyse	53
5.2.1 Der Faschismus und das Kleinbürgertum	54
5.2.2 Die Ideologie des Faschismus	60
5.2.3 Sozialdemokratie und Faschismus	63
5.2.4 Die Politik der KPD	67
6 Vergleich der Faschismustheorien von Thalheimer und Trotzki	71
6.1 Faschismus und Kapitalismus	74
6.2 Faschismus und Kleinbürgertum	79
6.3 Bonapartismus	83
6.4 Das Verhältnis zwischen Thalheimer und Trotzki	86
7 Schluss	90
8 Abkürzungsverzeichnis	93
9 Quellen- und Literaturverzeichnis	94

1 Einleitung

1.1 Gegenstand und Zielsetzung

Während des Ersten Weltkrieges und danach entstanden in fast allen europäischen Staaten politische Bewegungen,¹ die einander in mancherlei Hinsicht ähnelten: Sie waren gekennzeichnet durch radikale Ablehnung der parlamentarischen Demokratie sowie Feindschaft zur organisierten Arbeiterbewegung und zum Marxismus. In ihrer Ideologie verbanden sie einen extremen Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus mit antikapitalistischer Rhetorik. Ausgehend von ihrer Selbstbezeichnung in Italien wurden diese Bewegungen aufgrund ihrer Ähnlichkeit und Orientierung am italienischen Vorbild von Kommunisten und Sozialdemokraten als „faschistisch“ bezeichnet.² Auch wenn es den Bewegungen in einigen Ländern nicht gelang, eine zentrale politische Rolle zu spielen,³ konnten sie zuerst in Italien, später in Deutschland und Österreich die politische Macht übernehmen.

Binnen kurzer Zeit wurden in diesen Ländern sowohl die parlamentarische Demokratie als auch die Institutionen des Rechtsstaates zerschlagen. Das faschistische⁴ Deutschland stürzte 1939 die Welt in einen Krieg, der circa 55 Millionen Menschen das Leben kostete.⁵ Die Nationalsozialisten organisierten die industrielle Vernichtung von mindestens sechs Millionen Juden in Deutschland und auf dem ganzen Kontinent.

Die Tatsache, dass in Deutschland die größte organisierte Arbeiterbewegung Europas

¹In dieser Arbeit wird im Zusammenhang mit faschistischen Parteien häufig von „Bewegung“ gesprochen. Dies folgt der Annahme, dass diese Parteien und Organisationen, bevor sie die Verfügung über die Staatsgewalt erlangten, sich auf die außerparlamentarische Mobilisierung eines Teils der Bevölkerung stützten und ihnen deshalb tatsächlich Bewegungscharakter zugesprochen werden kann. Dies geschieht mit dem Wissen, dass es auch dem Selbstverständnis der faschistischen Parteien entsprach, eine „Bewegung“ darzustellen.

²Vorbemerkung zur Zitierweise: Werke, die erstmals zitiert werden, erscheinen in den Anmerkungen mit den vollständigen bibliographischen Angaben. Wird ein Werk mehrmals zitiert, so wird es in der Folge in Kurzzitierweise aufgeführt. Diese setzt sich aus dem Nachnamen des Autors bzw. des Herausgebers und dem ersten Substantiv des Titels zusammen. Sollte bei einem Werk von dieser Regel abgewichen werden, wird dies bei der ersten Erwähnung des Titels angemerkt.

Wolfgang Wippermann: Was ist Faschismus? - Geschichte und Theoriegeschichte (zit. als: Wippermann: Was ist Faschismus?), in: Ders. und Werner Loh (Hg.): „Faschismus“ kontrovers (zit. als Loh und Wippermann: „Faschismus“ kontrovers), S. 1-50, hier S. 6. Es ist umstritten, ob „Faschismus“ als Gattungsbegriff überhaupt zulässig ist (Siehe hierzu Kapitel 2 dieser Arbeit).

³So zum Beispiel in Großbritannien (Rüdiger Gripenburg, Jörg Kammler und Kurt Kliem: Einleitung, in: Wolfgang Abendroth (Hg.): Faschismus und Kapitalismus. Theorien über die sozialen Ursprünge und die Funktion des Faschismus, Frankfurt/Main 1970, S. 5-18, hier S. 7).

⁴„Faschismus“ und „Nationalsozialismus“ werden in dieser Arbeit im Bezug auf Deutschland synonym verwendet. Dies geschieht aufgrund der Ansicht, dass der Nationalsozialismus eine spezifische deutsche Ausprägung der politischen Gattung „Faschismus“ ist (Siehe hierzu Kapitel 2 dieser Arbeit und Karl Heinz Roth: Faschismus oder Nationalsozialismus? Kontroversen im Spannungsfeld zwischen Geschichtspolitik, Gefühl und Wissenschaft, in: Sozial.Geschichte: Zeitschrift für historische Analyse des 20. und 21. Jahrhunderts, Nr. 19, 2004, S. 31-52).

⁵Andreas Hillgruber: Der Zweite Weltkrieg, in: Ders. und Jost Dülffer (Hg.): Geschichte der Weltkriege. Mächte, Ereignisse, Entwicklungen 1900-1945, Freiburg u.a. 1981, S. 99-152, hier S. 152.

und mit der KPD die größte Sektion der Kommunistischen Internationale außerhalb der Sowjetunion existierte, wirft die Frage danach auf, warum es nicht möglich war, Aufstieg und Machtübernahme⁶ der Faschisten zu verhindern. Weiterhin ist zu fragen, wieso angesichts der direkten Konfrontation mit einem faschistischen Regime die Arbeiterklasse in Kommunisten und Sozialdemokraten gespalten blieb, die mehr Energie auf den Kampf gegeneinander als gegen den Faschismus verwandten. Letztendlich wurde kein ausreichender Widerstand gegen den Aufstieg der NSDAP organisiert, was teuer bezahlt werden musste.⁷ Noch im gleichen Jahr der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler wurden alle unabhängigen Organisationen der Arbeiterbewegung verboten, und ihre Protagonisten wurden verhaftet, ermordet oder flohen ins Ausland.

Dass sich der Faschismus über zwei Jahrzehnte in Europa erfolgreich entwickeln konnte, wird von Ernest Mandel auf das Fehlen einer Analyse innerhalb der Arbeiterbewegung zurückgeführt, die das Wesen des Faschismus richtig und vollständig erkannt hätte. Er zieht daraus den Schluss, dass eine richtige und anerkannte Theorie den Kampf gegen den Faschismus erheblich erfolgversprechender gemacht hätte.⁸

Bereits nach der Machtergreifung Mussolinis und Jahre bevor Hitler zum Reichskanzler ernannt wurde, gab es besonders innerhalb der Arbeiterbewegung eine Vielzahl von Menschen, die die Vorgänge in Italien und die Entwicklung in Deutschland genau beobachtet hatten und andere Schlüsse daraus zogen als die offiziellen Theoretiker der beiden großen Arbeiterparteien in Deutschland.⁹ Besonders treten hier die Marxisten Leo

⁶In dieser Arbeit wird im Zusammenhang mit dem 30. Januar 1933 sowohl von der „Machtübertragung“ auf die Nationalsozialisten als auch von deren „Machtergreifung“ gesprochen. Dabei wird davon ausgegangen, dass es sich hierbei sowohl um einen aktiven Vorgang seitens der NSDAP handelte, die jahrelang auf die *Ergreifung* der Staatsmacht in Deutschland hingearbeitet hatte, als auch um einen passiven Vorgang, insofern als die Macht der NSDAP von Teilen der deutschen Elite aktiv und bewusst *übertragen* wurde. Der jeweils andere Aspekt ist stets mitgedacht, wenn im Folgenden von „Machtergreifung“ oder „Machtübertragung“ die Rede ist. Häufig wird auch der Begriff „Machtübernahme“ verwendet, da dieser sowohl den aktiven als auch passiven Aspekt einschließt. Im Folgenden wird der Lesbarkeit halber auf Anführungsstriche bei der Verwendung der Begriffe verzichtet. Zu dieser Begrifflichkeit und ihrer Verwendung durch die Nationalsozialisten selbst: Norbert Frei: „Machtergreifung“. Anmerkungen zu einem historischen Begriff, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 31. Jg. 1983, S. 136-145.

⁷Die Frage, ob der Nationalsozialismus in Deutschland hätte verhindert werden können, ist häufig gestellt worden. Die Forschungsdiskussion hierzu wird zusammengefasst bei: Joachim Petzold: SPD und KPD in der Endphase der Weimarer Republik: Unüberwindbare Hindernisse oder ungenutzte Möglichkeiten? In: Heinrich August Winkler (Hg.): Die deutsche Staatskrise 1930-1933. Handlungsspielräume und Alternativen, München 1992, S. 77-98.

⁸Ernest Mandel: Trotzki's Faschismustheorie (zit. als: Mandel: Trotzki's Faschismustheorie), Einleitung zu: Leo Trotzki: Schriften über Deutschland, Bd. 1, hg. von Helmut Dahmer, Frankfurt/Main 1971 (Bd. 1 und 2 zit. als: Süd), S. 9-52, hier S. 11f.

⁹Überblicke zur Faschismuskritik innerhalb der Arbeiterbewegung vor 1933 bieten: Wolfgang Wippermann: Zur Analyse des Faschismus. Die sozialistischen und kommunistischen Faschismustheorien 1921-1945, Frankfurt/Main 1981; Helga Grebing und Klaus Kinner (Hg.): Arbeiterbewegung und Faschismus. Faschismus-Interpretationen in der europäischen Arbeiterbewegung, Essen 1990.

Trotsky¹⁰ und August Thalheimer¹¹ hervor, die beide von Wolfgang Wippermann zu den „großen Unpersonen innerhalb der kommunistischen Historiographie“¹² gezählt werden. Sie analysierten die Ursprünge der faschistischen Bewegungen, ihre soziale Basis, ihre Zielsetzung und die gesellschaftlichen Bedingungen ihrer Entstehung und entwickelten daraufhin Strategien, von denen sie meinten, sie könnten die Katastrophe abwenden. Da sie beide aus der KPD beziehungsweise aus der KPdSU ausgeschlossen worden waren, gab es keinen offiziellen Parteiapparat, der ihre Ideen hätte verbreiten können. Sie waren darauf angewiesen, mit einem kleinen Kreis von Anhängern für die Durchsetzung ihrer Ideen zu kämpfen. Obwohl sie konsequent versuchten, sich in der deutschen Arbeiterbewegung Gehör zu verschaffen und ihre Zeitgenossen warnten, wurden sie nicht ernst genommen. Im Gegenteil, ihre Ideen wurden von der kommunistischen Parteileitung als konterrevolutionär und schädlich verurteilt.¹³

Trotz ihrer in manchen Punkten differierenden politischen Auffassungen, besonders im Hinblick auf die Einschätzung der Sowjetunion, entwickelten Trotsky und Thalheimer

¹⁰Leo Troztkis Geburtsname lautet Lew Dawidowitsch Bronstein. Er nahm das Pseudonym Trotsky an, als er 1902 mit einem falschen Pass aus seiner ersten Verbannung von Sibirien nach Österreich floh. Er hatte diesen Namen beliebig ausgewählt, ohne zu ahnen, dass dieser ihn für den Rest seines Lebens begleiten würde (Leo Trotsky: *Mein Leben. Versuch einer Autobiographie*, Berlin 1990, S. 127). Neben seiner Autobiographie sind die Biographien von Isaac Deutscher und Pierre Broué Standardwerke zu Troztkis Leben: Isaac Deutscher: *Trotsky*, 3 Bd., 2. Aufl., Stuttgart u.a. 1972; Pierre Broué: *Trotsky*, 2 Bd., Köln 2000, ebenso wie das Werk von Troztkis Zeitgenossen Victor Serge: *Leo Trotsky. Leben und Tod*, Wien u.a. 1978. Einen ersten Überblick über das Leben und die Ideen Troztkis bietet: Manfred Behrend: *Leo Trotsky. Verdienste und Fehler eines großen Revolutionärs*, in: *Hintergrund – Marxistische Zeitschrift für Gesellschaftstheorie und Politik*, 11. Jg. 1998, Heft 4, S. 6-43. Dies gilt auch für Enzo Traverso: *Leo Trotsky. Der „stumme Prophet“*, in: Theodor Bergmann und Mario Keßler (Hg.): *Ketzer im Kommunismus. 23 biographische Essays*, Hamburg 2000. Die verschiedenen Aspekte seines Denkens werden beleuchtet in den beiden Sammelbänden von Theodor Bergmann und Gert Schäfer (Hg.): *Leo Trotsky – Kritiker und Verteidiger der Sowjetgesellschaft*, Mainz 1993 sowie Hillel Ticktin und Michael Cox (Hg.): *The Ideas of Leon Trotsky*, London 1995 und bei Ernest Mandel: *Trotsky als Alternative*, Berlin 1992 (zit. als: Mandel: *Alternative*). Einen Überblick über die umfangreiche Literatur von und über Trotsky sowie über die troztkistische Bewegung weltweit verschafft: *Trotsky Bibliography. An International Classified List of Publications about Leon Trotsky and Trotskyism 1905-1998*, 3., vollständig überarbeitete und erweiterte Ausgabe, zusammengestellt und hg. von Wolfgang und Petra Lubitz, 2 Bd., München 1999.

¹¹Im Vergleich zu Leo Trotsky existiert über die Person August Thalheimer recht wenig Literatur. Einen kurzen Überblick bietet Jens Becker: *August Thalheimer. Früher Kritiker der Stalinisierung*, in: Bergmann und Keßler: *Ketzer*, S. 75-100. Das gleiche gilt für Wolfgang Abendroth: *Zum 100. Geburtstag von August Thalheimer*, in: Hans-Ernst Böttcher (Hg.): *Recht, Justiz, Kritik. Festschrift für Richard Schmid zum 85. Geburtstag*, Baden-Baden 1985, S. 61-72. Ausführliche Informationen zu Biographie und politischer Praxis Thalheimers finden sich bei Theodor Bergmann: *Die Thalheimers. Geschichte einer Familie undogmatischer Marxisten*, Hamburg 2004. Seine theoretischen Beiträge zum Marxismus beleuchtet Harald Jentsch: *Die politische Theorie August Thalheimers 1919-1923*. Mit einem Vorwort von Theodor Bergmann, Mainz 1993 ebenso wie Jürgen Kaestner: *Die politische Theorie August Thalheimers*, Frankfurt/Main 1982. Thalheimers Wirken wird in der Forschung zumeist im Zusammenhang mit der KPD(O) bearbeitet oder auf seine Faschismustheorie begrenzt (Siehe Anmerkungen 29 und 36).

¹²Wolfgang Wippermann: *Faschismustheorien. Die Entwicklung der Diskussion von den Anfängen bis heute*, 7., überarbeitete Aufl., Darmstadt 1997 (zit. als: Wippermann: *Entwicklung*), S. 48.

¹³Hermann Weber: *Hauptfeind Sozialdemokratie. Strategie und Taktik der KPD 1929-1933*, Düsseldorf 1981, S. 47.

eine in weiten Zügen übereinstimmende Faschismustheorie¹⁴ und leiteten daraus die „Einheitsfront“¹⁵ als Notwendigkeit im Kampf gegen den Faschismus ab.

In der Vorliegenden Arbeit sollen diese beiden Theorien miteinander verglichen werden. Sowohl ihre Unterschiede als auch ihre Gemeinsamkeiten sollen heraus gearbeitet werden. Es wird der Versuch unternommen, Schwachstellen und Stärken zu beleuchten und der jeweils anderen Theorie gegenüber zu stellen, um den möglichen Beitrag Trotzki und Thalheimers zur Faschismusforschung deutlich zu machen.

Die Beschäftigung mit Faschismustheorien ist heute nicht ohne Gegenwartsbezug. Einerseits beweisen jüngste politische Kontroversen, beispielsweise um das Holocaust-Mahnmal in Berlin, dass in Deutschland keinesfalls von einem gesellschaftlichen Konsens bezüglich der Umgehensweise mit der faschistischen Vergangenheit Deutschlands gesprochen werden kann. Andererseits sind die punktuellen Wahlerfolge „rechtsextremistischer“ Parteien wie der NPD oder DVU sowie rechtsextreme Straftaten ein deutliches Zeichen dafür, dass der „Faschismus“¹⁶ ein nicht nur historisches Problem darstellt.

Diese Arbeit setzt sich zum Ziel, die Ansätze von Thalheimer und Trotzki, die in den letzten Jahren wenig beachtet wurden, als Instrumentarium zur Analyse gesellschaftlicher Entwicklungen wiederzuentdecken. Selbstverständlich kann der Rückgriff auf zeitgenössische Faschismustheorien keine Patentrezepte liefern. Sehr wohl aber können ihnen Anregungen und Teilaspekte entnommen werden, auf deren Grundlage Diskussionen stattfinden können und die eine Wiederholung von Fehlern zumindest unwahrscheinlicher machen.

¹⁴Die Begriffe „Faschismustheorie“, „Faschismusanalyse“ und „Faschismuskonzept“ werden in dieser Arbeit synonym verwendet. Für beide Autoren gilt, dass von ihnen keine zusammenhängende und als solche benannte „Theorie“ über den Faschismus vorliegt. Ihre Analyse setzt sich vielmehr aus einer Vielzahl an Aufsätzen und Artikeln zusammen, aus denen in dieser Arbeit durch eine systematisierende Aufarbeitung im Nachhinein eine Theorie konstruiert wird. Dies ist deshalb berechtigt, da sämtliche Veröffentlichungen der beiden Autoren jeweils auf ein weitgehend in sich geschlossenes Verständnis und kategoriales Gerüst im Bezug auf den Faschismus zurückgreifen. Von beiden Autoren existieren zudem Texte, die als „Schlüsselaufsatz“ verstanden werden können, da sie die zentralen Elemente der jeweiligen Konzeption enthalten. Für Leo Trotzki ist dies: Was nun? Schicksalsfragen des Deutschen Proletariats (27.1.1932), in: SüD, S. 180-307 (zit. als: Trotzki: Was nun?) und für August Thalheimer: Über den Faschismus, in: Gruppe Arbeiterpolitik (Hg.): Der Faschismus in Deutschland. Analysen und Berichte der KPD-Opposition 1928-1933, 2., erweiterte Aufl., o. O. 1981, S. 28-46. Alle Aufsätze Thalheimers und der KPD(O), die in diesen Sammelband aufgenommen wurden, werden im Folgenden nach dieser Ausgabe als: Faschismus in Deutschland zitiert. Die genauen Angaben zur Ersterscheinung in „Gegen den Strom“ sind dem Quellen- und Literaturverzeichnis zu entnehmen.

¹⁵Die Strategie, die sich hinter diesem Begriff verbirgt, wird weiter unten im Zusammenhang mit der Analyse der beiden Theorien erläutert.

¹⁶Ob Parteien wie die NPD und DVU als „faschistisch“ bezeichnet werden können, würde eine Studie für sich beanspruchen. In Anlehnung an Wolfgang Wippermann: Hat es Faschismus überhaupt gegeben? In: Loh und Wippermann: „Faschismus“ kontrovers, S. 51-70, hier S. 52 und 62, wird dies hier dennoch getan.

1.2 Quellenlage und Forschungsstand

Sowohl Trotzki als auch Thalheimer zielten darauf ab, mit ihren Schriften auf den Gang der Ereignisse in Deutschland Einfluss zu nehmen. Deshalb wurden ihre Arbeiten zum Faschismus vervielfältigt und in Broschüren oder Zeitungen veröffentlicht. Dieser Tatsache ist es geschuldet, dass die Quellenlage für die Analysen beider Autoren trotz des Krieges und zwölfjähriger faschistischer Herrschaft in Deutschland sehr gut ist.

Sämtliche Schriften Trotzki's, in denen er sich auf den Faschismus und die politische Entwicklung in Deutschland bezieht, sind 1971 erstmals in deutscher Sprache in dem Doppelband „Schriften über Deutschland“ zusammengestellt worden.¹⁷ Bis dahin waren sie nur in englisch- oder französischsprachigen Ausgaben verfügbar.¹⁸ Darüber hinaus ist ein Nachdruck der Zeitung „Permanente Revolution“ der „offiziellen“ trotzkistischen Gruppe von 1931 bis 1933 in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn vorhanden.¹⁹ Ferner sind Kopien der trotzkistischen Zeitung aus der Weimarer Republik „Der Kommunist“ zugänglich.²⁰ In beiden Zeitungen sind Artikel von Trotzki abgedruckt worden. Die Zeitungen werden in dieser Arbeit jedoch nicht berücksichtigt, da die betreffenden Artikel in den „Schriften über Deutschland“ zu finden sind. Sie bieten aber wertvolle Quellen für die Analyse der politischen Aktivität der Trotzkisten in der Weimarer Republik und wurden in den weiter unten genannten Arbeiten hierzu ausführlich ausgewertet.

Arbeiten, die sich mit der politischen Bedeutung Trotzki's befassen, legen zumeist einen Schwerpunkt auf Trotzki's Rolle in der Russischen Revolution sowie auf seine Gegnerschaft zu Stalin.²¹ Dennoch haben auch seine Schriften aus dem Exil über Deutschland große Beachtung gefunden.²²

¹⁷Trotzki: SüD.

¹⁸Kay Lutze: Die Kritik Leo Trotzki's an der Haltung von SPD und KPD gegenüber dem Nationalsozialismus 1930-1933, Magisterarbeit, Düsseldorf 1995, S. 13.

¹⁹Permanente Revolution. Zeitschrift der Linken Opposition der KPD (Bolschewiki-Leninisten). 1. Jg. 1931 - 3. Jg. 1933, Nachdruck in zwei Bänden, Dortmund 1977.

²⁰Der Kommunist. Zeitschrift der Vereinigten Linken Opposition der KPD (Bolschewiki-Leninisten). Ab November 1930: Zeitschrift der Linken Opposition der KPD (Bolschewiki-Leninisten), 1. Jg. 1930 - 4. Jg. 1933.

²¹Als Beispiele seien genannt: Ticktin und Cox: Ideas; Alex Callinicos: Trotskyism, Milton Keynes 1990; Ted Grant und Alan Woods: Lenin and Trotsky. What they really stood for, London 2000.

²²Siegfried Bahne: Der Trotzkismus in Deutschland 1931-1933. Ein Beitrag zur Geschichte der KPD und der Komintern, Diss., Heidelberg 1958, S. 92-139 widmet Trotzki's Beurteilung der Entwicklung in Deutschland ein Kapitel. Dies gilt ebenfalls für Isaac Deutscher: Der verstoßene Prophet 1929-1940, 3. Bd., 2. Aufl., Stuttgart u. a. 1972, S. 129-210 (zit. als: Deutscher: Trotzki, 3. Bd.). Heinz Brahm: Trocki's Aufrufe gegen Hitler 1930-1933, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, Bd. 11, 1963, S. 521-542 (zit. als: Brahm: Aufrufe) fasst die Veröffentlichungen Trotzki's in Bezug auf Deutschland zusammen. Die Diplomarbeit von Wolfgang Alles enthält ebenfalls einen Exkurs zur Faschismustheorie Trotzki's: Wolfgang Alles: Zur Politik und Geschichte der deutschen Trotzkisten ab 1930, Frankfurt/Main 1987 (Diplomarbeit, Mannheim 1978), S. 37-46 (zit. als: Alles: Trotzkisten).

Thalheimers Arbeiten zum Faschismus sowie seine Einschätzungen der Ereignisse am Vorabend der nationalsozialistischen Machtübernahme sind in der Zeitschrift der KPD(Opposition) „Gegen den Strom“ veröffentlicht worden. Hiervon existiert ein kompletter Nachdruck.²³ Die wichtigsten Texte von Thalheimer und anderen Autoren hieraus wurden zudem 1973 in dem Band „Der Faschismus in Deutschland“ von der Gruppe Arbeiterpolitik herausgegeben.²⁴ Die Thesen Thalheimers wurden in den 1960er Jahren von Wissenschaftlern wiederentdeckt, namentlich von Wolfgang Abendroth und seinen Schülern Karl Hermann Tjaden und Rüdiger Griepenburg, welche sich von der sowjetmarxistischen Version und „bürgerlichen“²⁵ Faschismustheorien abgrenzen wollten.²⁶ Dies bildete den Ausgangspunkt für eine erneute Auseinandersetzung mit dem Faschismus auf kritisch-marxistischer Grundlage. Thalheimers wichtigster Artikel „Über den Faschismus“ wurde zudem 1967 in einem Sammelband marxistischer Faschismustheorien von Wolfgang Abendroth²⁷ und 1974 noch einmal von Reinhard Kühnl²⁸ veröffentlicht.

Thalheimers Faschismustheorie ist in der Vergangenheit bereits mehrfach analysiert worden.²⁹ Wichtige Elemente seiner Theorie, wie die Verselbständigung der Exekutive,

Darüber hinaus wurden seine Texte über Deutschland ausführlich von Robert S. Wistrich: Leon Trotsky's Theory of Fascism, in: Journal of contemporary history 11, 1976, S. 157-184, sowie von Lutze: Kritik untersucht. Mandel: Alternative, S. 150-181, beinhaltet hierzu ebenfalls einen ausführlichen Abschnitt. Besonders Trotzki's Ansätze zur Rolle des Kleinbürgertums wurden in der Forschung aufgenommen. Beispielsweise knüpfen Annette Leppert-Fögen: Die deklassierte Klasse. Studien zur Geschichte und Ideologie des Kleinbürgertums, Frankfurt/Main 1974 und Berthold Franke: Die Kleinbürger: Begriff, Ideologie, Politik, Frankfurt/Main 1988 sowie Donny Gluckstein: The Nazis, capitalism and the working class, London u. a. 1999 explizit an Trotzki's Texten an.

²³Gegen den Strom. Organ der KPD (Opposition). 1. Jg. 1928 – 8. Jg. 1935, vollständiger Nachdruck in drei Bänden, Hamburg 1985.

²⁴Gruppe Arbeiterpolitik: Faschismus in Deutschland.

²⁵Der Begriff „bürgerlich“ in diesem Zusammenhang entstammt der marxistischen Terminologie und bezeichnet alles, was nicht im Sinne des Marxismus auf eine revolutionäre Aufhebung der kapitalistischen Klassengegensätze abzielt. Wenn in dieser Arbeit im Folgenden von „bürgerlicher Demokratie“ die Rede ist, geschieht dies in Anlehnung an den Wortgebrauch der behandelten Autoren. Darunter ist, in Abgrenzung zur Räte-demokratie, der „Diktatur des Proletariats“, eine parlamentarische Demokratie mit marktwirtschaftlichem, also kapitalistischem, Wirtschaftssystem zu verstehen.

²⁶Wolfgang Wippermann: Faschismustheorien. Zum Stand der gegenwärtigen Diskussion, 2., verbesserte und erweiterte Aufl., Darmstadt 1975, S. 46 (zit. als: Wippermann: Stand).

²⁷August Thalheimer: Über den Faschismus, in: Abendroth: Faschismus, S. 19-38.

²⁸August Thalheimer: Über den Faschismus, in: Reinhard Kühnl (Hg.): Texte zur Faschismuskritik, Bd. I, Positionen und Kontroversen, Reinbek bei Hamburg 1974, S. 14-29.

²⁹Rüdiger Griepenburg und Karl Hermann Tjaden: Faschismus und Bonapartismus. Zur Kritik der Faschismustheorie August Thalheimers, in: Das Argument 41, 1966, S. 461-472. Weiter existiert ein ideologiekritischer Exkurs zur Faschismustheorie der KPD(O) in: Karl Hermann Tjaden: Struktur und Funktion der „KPD-Opposition“ (KPO). Eine organisationssoziologische Untersuchung zur „Rechts“-Opposition im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, Dissertation, Marburg 1963, S. 271-282; Niels Kadritzke: Faschismus und Krise. Zum Verhältnis von Politik und Ökonomie im Nationalsozialismus, Frankfurt/Main 1976; Jost Dülffer: Bonapartism, Fascism and National Socialism, in: Journal of contemporary history 11, 1976, S. 109-128; Martin Kitchen: August Thalheimer's Theory of Fascism, in: Roger Griffin und Matthew Feldman (Hg.): Fascism. Critical Concepts in Social Science. Bd. II. The Social Dynamics of Fascism, London 2004, S. 58-69 (zit. als: Kitchen: Thalheimer's Theory).

das Klassengleichgewicht als Ausgangssituation sowie die Aufgabe der politischen Macht durch die Bourgeoisie, wurden in der Faschismusforschung aufgegriffen.³⁰

Ein direkter Vergleich der Faschismustheorien Trotzki's und Thalheimers ist bis jetzt nur von Udo Kuckartz unternommen worden.³¹ Kuckartz' Schwerpunkt liegt darauf, zu untersuchen, inwiefern das politische Scheitern der Autoren bereits in ihren theoretischen Analysen angelegt ist.

1.3 Aufbau

Bevor die Faschismustheorien Trotzki's und Thalheimers gezielt in den Blick genommen werden, soll eine überblicksartige Darstellung der Geschichte und Problematik des Begriffes „Faschismus“ sowie der Bedeutung und Entwicklung von Faschismustheorien erfolgen. Dabei liegt der Schwerpunkt ausdrücklich auf der Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland. Dies ist zum einen der inhaltlichen Eingrenzung geschuldet sowie der Tatsache, dass sich die beiden Vergleichsfälle ebenfalls weitgehend auf Deutschland beziehen. Auf die zusammenfassende Darstellung anderer Faschismustheorien musste hier mit Rücksicht auf den Umfang der Arbeit verzichtet werden.³²

³⁰Wippermann nennt in diesem Zusammenhang beispielsweise Klaus Horn, Peter Römer, Gert Schäfer, Reinhard Kühnl, u. a. (Wippermann: Stand, S. 46). Angelehnt an die Verselbständigungsthese Thalheimers fand in der Zeitschrift „Das Argument“ eine Debatte über das Verhältnis von Politik und Wirtschaft im Nationalsozialismus statt: Tim Mason: Das Primat der Politik. Politik und Wirtschaft im Nationalsozialismus, in: Das Argument 41, 1966, S. 473-494, Eberhard Czichon: Der Primat der Industrie im Kartell der nationalsozialistischen Macht, in: Das Argument 47, 1968, S. 168-192, darauf wieder: Tim Mason: Primat der Industrie? - eine Erwiderung, in: Das Argument 47, 1968, S. 193-209, darauf: Dietrich Eichholz und Kurt Gossweiler: Noch einmal: Politik und Wirtschaft 1933-1945, in: Das Argument 47, 1968, S. 210-227. Darüber hinaus: Eike Hennig: Zum Verhältnis von Industrie und Faschismus in Deutschland, in: Kühnl: Texte, S. 140-163.

³¹Udo Kuckartz: Der Aufstieg des Faschismus und die kommunistische Arbeiterbewegung in der Endphase der Weimarer Republik. Eine vergleichende Analyse der Faschismustheorien Leo Trotzki's und August Thalheimers, Magisterarbeit, Aachen 1978.

³²Ernst Nolte (Hg.): Theorien über den Faschismus, 3. Aufl., Köln 1972 stellt in chronologischer Reihenfolge Texte unterschiedlicher politischer Sichtweisen, von marxistischer bis faschistischer, zusammen. Bei Kühnl: Texte und Abendroth: Faschismus finden sich ausschließlich marxistische Faschismusinterpretationen, sowohl zeitgenössische als auch neuere. Systematische Darstellungen der Begriffsgeschichte und der Faschismuskritik von den 1920ern bis in die Gegenwart (bzw. bis zum Erscheinungsjahr) bieten: Wolfgang Schieder: Faschismus, in: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie, Bd. 2, Freiburg 1968, Sp. 439-477; Ian Kershaw: Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick, erweiterte und bearbeitete Neuausgabe, Reinbek bei Hamburg 1999; Klaus Fritzsche: Faschismustheorie: Konzeptionen, Kontroversen und Perspektiven, in: Franz Neumann (Hg.): Handbuch Politische Theorien und Ideologien, Bd.1, 2. Aufl., Opladen 1998, S. 319-380; Bernd Weil: Faschismustheorien. Eine vergleichende Übersicht mit Bibliographie, Frankfurt/Main 1984; Helga Grebing: Aktuelle Theorien über Faschismus und Konservatismus. Eine Kritik, Stuttgart 1974; Gerhard Schulz: Faschismus – Nationalsozialismus. Versionen und theoretische Kontroversen 1922-1972, Frankfurt/Main u. a. 1974. Bei Richard Saage: Faschismustheorien. Mit einem Vorwort „Zwanzig Jahre danach:

Im Zusammenhang mit dem Staatsstreich von Louis Bonaparte in Frankreich 1852 entwickelten Marx und Engels Thesen, die für ihr Staatsverständnis zentral sind. Da Thalheimer und Trotzki diese Thesen für ihre Analysen verwenden, werden sie in dieser Arbeit eine wichtige Rolle spielen. Sie sollen in dem darauf folgenden Exkurs kurz dargestellt werden.

Um die Notwendigkeit einer alternativen Faschismuskonzeption, wie sie sich für Trotzki und Thalheimer darstellte, nachvollziehen zu können, soll im Hauptteil zunächst die Faschismuskonzeption der Komintern und der KPD am Ende der Weimarer Republik skizziert werden. Die sozialdemokratische Faschismuskonzeption wird bewusst nicht behandelt.³³ Dies geschieht einerseits mit Rücksicht auf den Umfang dieser Arbeit. Andererseits lässt sich bei der SPD der direkte Zusammenhang zwischen Theorie und Praxis, der bei der KPD offensichtlich ist, nicht feststellen. Die deutsche Sozialdemokratie entwickelte zwar verschiedene Ansätze zur Erklärung des Faschismus, diese bestimmten jedoch nur in sehr geringem Maße die Politik der Partei.³⁴ Zudem wurde die SPD von Trotzki und Thalheimer gleichermaßen, anders als die KPD, die als „subjektiver“, zu beeinflussender Faktor verstanden wurde, als „objektives“ Hindernis betrachtet. Dieses galt es nicht zu verändern, sondern zu beseitigen. Die beiden Autoren entwickelten ihre Theorien daher vor allem in Abgrenzung zur KPD.

Im Anschluss sollen die Analysen der beiden Theoretiker im Einzelnen untersucht werden. Dabei werden jeweils ihre politische Bedeutung sowie zentrale biographische Daten als Entstehungszusammenhang für ihre Theorien angesprochen. Die Aktivitäten und organisatorischen Strukturen ihrer Anhänger, der KPD(O) und der Linken Opposition,³⁵ sowie ihre konkreten Erfolge können nur zusammengefasst werden. Über beide Organisationen liegen bereits ausführliche Studien vor.³⁶

„Faschismustheorien“ und ihre Kritiker“, 4., durchgesehene Aufl., Baden-Baden 1997 liegt ein Schwerpunkt auf solchen Theorien, die den Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Faschismus behandeln.

³³Eine ausführliche Auseinandersetzung mit der Theorie und Politik der SPD gegenüber der NSDAP in der Weimarer Republik liegt mit folgenden Arbeiten vor: Wolfram Pyta: Gegen Hitler und für die Republik. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der NSDAP in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1989; Erich Matthias: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Ders. und Rudolf Morsey (Hg.): Das Ende der Parteien 1933. Darstellungen und Dokumente, Düsseldorf 1979, S. 101-278; Bernd Rabehl: Auf dem Wege in die nationalsozialistische Diktatur. Die deutsche Sozialdemokratie zwischen „Großer Koalition“ und der legalen „Machtübernahme“ Hitlers, in: Manfred Scharrer (Hg.): Kampflose Kapitulation. Arbeiterbewegung 1933, Reinbek bei Hamburg 1984, S. 18-72.

³⁴Kuckartz: Aufstieg, S. 18; Lutze: Kritik S. 19.

³⁵Die Bezeichnungen „Links-, bzw. Rechts-Opposition“ sind nicht als statische politische Standortbestimmungen zu verstehen. Sie sind ein Ergebnis der konkreten Beziehung der jeweiligen Gruppe zur Politik der KPD zu einem bestimmten Zeitpunkt. Diese Begrifflichkeiten wirken verwirrend, da sie die weitgehende Übereinstimmung der Positionen der beiden KPD-Abweichungen am Ende der Weimarer Republik verdecken.

³⁶Bereits aus den 1950er Jahren liegt eine Dissertation von Siegfried Bahne über den Trotzkiismus in

Die Analysen sind jeweils nach den wichtigsten Gesichtspunkten der beiden Theorien gegliedert. Die Kriterien, nach denen der Vergleich stattfinden soll, ergeben sich weitgehend aus der Gliederung der vorangegangenen Analysen: Der Zusammenhang von Faschismus und Kapitalismus ist für beide Marxisten von zentraler Bedeutung und soll gesondert verglichen werden. Die Bedeutung des Kleinbürgertums und die Verwendung der Bonapartismustheorie stellen die Aspekte dar, bei denen zwischen Thalheimer und Trotzki die größten Unterschiede auszumachen sind. Im letzten Unterpunkt des Vergleiches sollen die Beziehung der beiden Kommunisten zueinander beschrieben und begründet werden.

Deutschland vor (Bahne: Trotzismus). Diese Arbeit lässt die organisatorische Entwicklung der Gruppe weitgehend außer Acht und legt einen Schwerpunkt auf die politischen Analysen Trotzkis und der Vereinigten Linken Opposition (VLO). Die Vorgängerorganisation der VLO, der Leninbund, wird von Rüdiger Zimmermann: *Der Leninbund. Linke Kommunisten in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1978 (Diss., Darmstadt 1975) behandelt. Die organisatorische Entwicklung ist erstmals von Wolfgang Alles (Alles: *Trotzkisten*) bearbeitet worden. Dieser beschränkt sich jedoch für den Zeitraum nach 1931 auf die „offiziellen“ deutschen Trotzkisten. Einen guten Einstieg in das Thema bietet: Bahne, Siegfried: *Der „Trotzkismus“ in Geschichte und Gegenwart*, in: *Vierteljahresshfte für Zeitgeschichte*, 15. Jg. 1967, S. 57-86 (zit. als: Bahne: „Trotzkismus“ in Geschichte und Gegenwart). In jüngster Zeit wurde die VLO von Marcel Bois: *Die „(Vereinigte) Linke Opposition“ 1930-1933. Ein Beitrag zur Geschichte des Trotzkismus am Ende der Weimarer Republik*, Magisterarbeit, Hamburg 2003 untersucht (zit. als: Bois: VLO). Die Entwicklung beider trotzkistischer Organisationen nach der Spaltung der VLO wird hier unter Auswertung der neuest zugänglichen Quellen (ein Teil des Briefwechsels zwischen Trotzki und seinen deutschen Anhängern blieb bis 1980 auf Wunsch Trotzkis verschlossen) bearbeitet.

Mit der Arbeit von Karl Hermann Tjaden (Tjaden: *Struktur*) liegt eine seitdem in Umfang und Ausführlichkeit unübertroffene Geschichte der KPD(O) vor, in welcher sowohl die organisatorische als auch die theoretische Entwicklung der Gruppe beschrieben wird. Es existiert eine weitere Monographie, die die Geschichte der KPD(O) ausführlich beleuchtet: Theodor Bergmann: *„Gegen den Strom“*. Die Geschichte der KPD(Opposition), 2. Aufl., Hamburg 2001. Im Jahre 1981 fand an der Universität Hannover eine Tagung zur Politik der KPD-Opposition unter Beteiligung von Wolfgang Abendroth, Theodor Bergmann und Jürgen Kaestner statt. Diese wird ausführlich dokumentiert in: Jürgen Kaestner (Hg.): *Gegen den Strom – KPD-Opposition. Ein Kolloquium zur Politik der KPD(O) (1928-1945)*, Frankfurt/Main 1984. Einen übersichtlichen Einstieg ins Thema bieten: Udo Winkel: *Zur Bedeutung der KPD(Opposition) für die deutsche Arbeiterbewegung*, in: Franz Mehring Gesellschaft (Hg.): *Jahrbuch 1. Demokratie und Arbeitergeschichte*, Stuttgart 1980, S. 82-91 und die Rezension zu der Arbeit von Tjaden: Siegfried Bahne: *Die KPD-Opposition in der Weimarer Republik*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 6. Jg. 1965 (Dezember), S. 538-540.

1.4 Methodische Überlegungen

Die vergleichende Herangehensweise ist nicht neu in der Geschichtswissenschaft, hat aber in den letzten Jahren einen Aufschwung erfahren.³⁷ Wurde die Verwendung des historischen Vergleichs vor etwa 80 Jahren noch von Marc Bloch als innovative Methode eingefordert,³⁸ wird an ihrer Nützlichkeit zur „Erweiterung und Schärfung des Instruments des historischen Verstehens und Erklärens“³⁹ heute nicht mehr gezweifelt.

Es ist dennoch notwendig, sich in der Vorbereitung eines Vergleiches über seinen Sinn und Zweck sowie über mögliche Probleme bewusst zu werden. Jürgen Kocka und Heinz-Gerhard Haupt stellen folgende Definition des historischen Vergleiches vor:

„Geschichtswissenschaftliche Vergleiche sind dadurch gekennzeichnet, daß sie zwei oder mehrere historische Phänomene systematisch nach Ähnlichkeiten und Unterschieden untersuchen, um auf dieser Grundlage zu ihrer möglichst zuverlässigen Beschreibung und Erklärung wie zu weiterreichenden Aussagen über geschichtliche Handlungen, Erfahrungen, Prozesse und Strukturen zu gelangen“⁴⁰

Kocka und Haupt machen den Versuch, eine graduelle Abgrenzung des historischen Vergleiches zu komparatistischer Forschung in anderen Wissenschaften wie Politikwissenschaft oder Soziologie zu formulieren.⁴¹ Sie führen dabei folgende Kriterien an: Historische Forschung sollte erstens möglichst quellennah sein, um dabei ein größtmögliches Ausmaß an Authentizität zu ermöglichen. Zweitens betonen die Autoren das „Individualitätsprinzip in der Geschichtswissenschaft“, wonach die Wirklichkeit stets im Wandel der Zeit und als Entwicklungsprozess begriffen wird. Drittens wird die Notwendigkeit betont, einzelne Phänomene in der Geschichtswissenschaft immer im Zusammenhang mit dem Ganzen zu betrachten und sie nicht aus dem Kontext zu isolieren. Die Notwendigkeit, den historischen Kontext in die Untersuchung einzubeziehen, betont auch Hartmut Kaelble.⁴² Um diesen Ansprüchen Rechnung zu tragen, sollen die Entstehungszusammenhänge der zu vergleichenden Theorien in dieser Arbeit stets eine Rolle spielen und zur Analyse von Gemeinsamkeiten und Unterschieden beitragen.

Wenn in der Forschung von historischem Vergleich die Rede ist, handelt es sich zumeist

³⁷Werner Daum u. a.: Fallobst und Steinschlag: Einleitende Überlegungen zum historischen Vergleich, in: Helga Schnabel-Schüle (Hg.): Vergleichende Perspektiven, Perspektiven des Vergleichs. Studien zur europäischen Geschichte von der Spätantike bis ins 20. Jahrhundert, Mainz 1998, S. 1-22, hier S. 1ff.

³⁸Ebenda, S. 5.

³⁹Hartmut Kaelble: Der historische Vergleich. Eine Einführung zum 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt/Main u. a. 1999, S. 13.

⁴⁰Heinz-Gerhard Haupt und Jürgen Kocka: Historischer Vergleich: Methoden, Aufgaben, Probleme. Eine Einleitung, in: Dies. (Hg.): Geschichte und Vergleich. Ansätze und Ergebnisse international vergleichender Geschichtsschreibung, S. 9-46, hier S. 9.

⁴¹Ebenda, S. 22.

⁴²Kaelble: Vergleich, S. 111f.

um den Vergleich von Nationen, Regionen, Städten und Dörfern, Kulturräumen, vor allem in der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte oder Kulturgeschichte.⁴³ Der Vergleich von Theorien wird hierbei nicht explizit eingeschlossen. Dennoch muss ein Vergleich von Theorien dieselben Bedingungen erfüllen, die auch für einen Vergleich geographischer Einheiten gelten.

Eine vergleichende Arbeit sollte sich nicht auf die Gegenüberstellung der Vergleichsobjekte beschränken und damit dem Leser die eigentliche Aufgabe des Vergleichs des zur Verfügung gestellten Materials überlassen.⁴⁴ Aus diesem Grund sollen die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der verglichenen Theorien gezielt herausgearbeitet werden.

Eine Unterscheidung zwischen dem kontrastierenden (individualisierendem / typisierendem) und dem verallgemeinernden (generalisierendem / universalisierendem) Vergleich wird in der Forschung häufig angeführt.⁴⁵ Der kontrastierende Vergleich erfüllt die Funktion des Aufspürens und der Präzisierung der Unterschiede zwischen den verglichenen Phänomenen und damit ihrer genaueren Kenntnis, während der verallgemeinernde Vergleich Übereinstimmungen zwischen den Phänomenen beleuchtet und damit zur Erkenntnis allgemeiner und genereller Zusammenhänge führen kann. Zwischen diesen Polen lassen sich verschiedene Mischformen bestimmen, die jeweils auf den einen oder anderen Ansatz ein größeres Gewicht legen. Beide Elemente sollen in dieser Arbeit eine etwa ausgewogene Rolle spielen.

Eine weitere Differenzierung kann zwischen dem „diskriminierenden“ Vergleich, der von vornherein darauf abzielt, die Vorzüge des einen Vergleichsfall gegenüber dem anderen herauszuarbeiten, und dem „parallelen“ Vergleich, der den Versuch macht, so unvoreingenommen wie möglich an die Untersuchungsgegenstände heranzutreten, gemacht werden.⁴⁶ Letzterer wird in dieser Arbeit unternommen, was jedoch nicht davon abhalten soll, eine abschließende Bewertung der verschiedenen Teilaspekte der Theorien vorzunehmen.

Der Vergleich zweier Theorien ist selten Selbstzweck.⁴⁷ Es sollte im Vorfeld festgestellt werden, welche Funktion der Vergleich erfüllt und welche Fragestellung ihm zugrunde liegt. Haupt und Kocka unterscheiden vier Ebenen, mit denen sich die Funktion eines Vergleiches bestimmen lässt.

⁴³Kaelble: Vergleich, S. 17; Daum: Fallobst, S. 12.

⁴⁴Kaelble: Vergleich, S. 120f.

⁴⁵Haupt und Kocka: Vergleich, S. 11. Die Begriffe in den Klammern stammen aus: Kaelble: Vergleich, S. 26.

⁴⁶Kaelble: Vergleich, S. 13.

⁴⁷Haupt und Kocka: Vergleich, S. 11.

Auf der heuristischen Ebene kann ein Vergleich es ermöglichen, Probleme und Fragestellungen zu entdecken, die ohne vergleichende Perspektive nicht aufgefallen wären.

Die deskriptive Ebene öffnet den Blick für die Besonderheiten der Untersuchungsobjekte, die im Vergleich erst deutlich werden.

In analytischer Hinsicht können gängige Erklärungsmuster und scheinbar gesichertes Wissen auf die Probe gestellt werden

In paradigmatischer Hinsicht kann durch den Vergleich mit anderem der Blickwinkel auf das Gewohnte, Bekannte verändert werden und eine „verfremdende Wirkung“ erzeugt werden.⁴⁸

Im Zusammenhang dieser Arbeit soll der Vergleich in erster Linie heuristische und analytische Funktionen erfüllen und im Sinne Kaelbles der „Schärfung des Instruments des historischen Verstehens“ dienen. Durch den Vergleich mit einer ähnlichen Theorie sollen jeweils die Besonderheiten und Vorteile, aber auch die Nachteile und Lücken der Ansätze herausgearbeitet werden, welche ohne den Vergleich möglicherweise nicht in den Blick geraten würden. Es soll beleuchtet werden, an welchen Stellen sich die Theorien widersprechen und wo sie einander ergänzen können.

⁴⁸Haupt und Kocka: Vergleich, S. 14.

2 Faschismustheorien und Problematik des Begriffs „Faschismus“

Die Verwendung eines generischen Faschismusbegriffes und dessen Anwendung auf den Nationalsozialismus ist nicht unproblematisch, da Zweifel daran bestehen, dass die verschiedenen Systeme und Bewegungen, die unter den Begriff „Faschismus“ gefasst werden, so große Ähnlichkeiten aufweisen, dass sie der selben politischen Gattung zugeordnet werden können. Der Begriff berge die Gefahr, durch Verallgemeinerungen zentrale Unterschiede zu verdecken. Einer der wichtigsten Einwände gegen den Gattungsbegriff „Faschismus“ ist, dass dieser der Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung nicht gerecht werden könne.⁴⁹

In dieser Arbeit wird „Faschismus“ jedoch als politischer Gattungsbegriff verwendet. Die beiden im Folgenden verglichenen Faschismustheorien setzen sich hauptsächlich mit der Aufstiegs- und Konsolidierungsphase des Faschismus in Deutschland auseinander. Damit handelt es sich eindeutig um eine Perspektive *vor* „Auschwitz“, in der die Vernichtungspolitik in ihrem Ausmaß noch nicht absehbar war. Entsprechend können Trotzki und Thalheimer mit ihren Analysen, wenn überhaupt, nur rudimentäre Ansatzpunkte zu einem Verständnis des Holocaust bieten. Daraus ergibt sich, dass die Frage nach dem Mord an den Juden in dieser Arbeit auch bloß gestreift werden kann. Da beide Autoren einen generischen Faschismusbegriff verwenden, wäre es zudem verwirrend und wenig sinnvoll, dieser Arbeit einen anderen Begriff zu Grunde zu legen.

Am 28. Oktober 1922 wurde Benito Mussolini vom italienischen König mit der Bildung einer Minderheitsregierung beauftragt. Seine Partei nannte sich „Partito Nazionale Fascista“, was etwa mit „Nationalbündlerische Partei“ zu übersetzen ist. Das Adjektiv „fascista“ leitet sich etymologisch vom lateinischen Wort „fascis“ ab, dem Rutenbündel als Symbol der Amtsgewalt der römischen Magistrate. Im neuzeitlichen Kontext gehörte es erst zu den Symbolen der Französischen Revolution und wurde dann von der italienischen Jakobinerbewegung übernommen.⁵⁰ Im 19. Jahrhundert wurde das italienische Wort für „Bund“, „fascio“, von republikanischen, syndikalistischen und sozialistischen Gruppen benutzt, die sich damit von den Parteien abgrenzen wollten, und bekam damit eine symbolhafte antiparlamentarische Bedeutung.⁵¹ Erst am Anfang des

⁴⁹Wolfgang Kraushaar: Das Scheitern der Faschismustheorie am Nationalsozialismus, in: Loh und Wippermann: „Faschismus“ kontrovers, S. 102-106.

⁵⁰Schieder: Faschismus, Sp. 439.

⁵¹Wippermann: Entwicklung, S. 1.

20. Jahrhunderts nutzte die italienische Rechte diesen Begriff.⁵² Die politische Bewegung, die Mussolini 1919 gründete, formierte sich in „fasci di combattimento“ (Kampfbünden).⁵³ Fast gleichzeitig mit der ersten Erscheinung des Faschismus entstanden Erklärungsversuche für diese neuartige Bewegung und Herrschaftsform, die dem demokratischen Fortschritt ein plötzliches Ende bereitete.⁵⁴

Ausgehend von der Selbstbezeichnung der Partei Mussolinis wurde der Begriff „Faschismus“ schon seit Ende 1922 von Sozialdemokraten und Kommunisten über Italien hinaus für die deutschen Nationalsozialisten, aber auch für andere antimarxistische oder der organisierten Arbeiterklasse feindlich gegenüber stehende Regime und Parteien verwendet, auch wenn sich diese selbst nicht als faschistisch bezeichneten.⁵⁵ In der Folgezeit wurde der Begriff auch von anderen Parteien übernommen. Damit war „Faschismus“ als neuer politischer Gattungsbegriff entstanden,⁵⁶ der jedoch von Anfang an sowohl vieldeutig als auch umstritten war: Er war gleichzeitig der Name für ein spezifisches italienisches Regime, ein politischer Kampfbegriff von Kommunisten und Sozialdemokraten sowie die Bezeichnung für ein epochales politisches Phänomen.⁵⁷

Die Diskussion über den Charakter, die Entstehungsbedingungen, die Einschätzung und die Übertragbarkeit des Faschismus ist nicht nur auf der wissenschaftlichen Ebene geführt worden, sondern wurde stets von politischer Motivation begleitet und im Sinne weltanschaulicher Interessen instrumentalisiert. Das Gegenüber einerseits kommunistischer und andererseits liberaler und konservativer Theorien prägte die Diskussion für lange Zeit.

In der Nachkriegszeit wurde der Begriff „Faschismus“ in Westdeutschland bis in die 1960er Jahre vermieden. Versuche, einen Faschismusbegriff zu entwickeln, der zu einer Gesamtheorie der Funktionen und Ursprünge des Faschismus hätte führen können, wurden unterlassen.⁵⁸ Stattdessen wurden Bezeichnungen wie „Nationalsozialismus“,

⁵²Wolfgang Wippermann: *Europäischer Faschismus im Vergleich (1922-1982)*, Frankfurt/Main 1983, S. 12 (zit. als: Wippermann: *Europäischer Faschismus*).

⁵³Schieder: *Faschismus*, Sp. 439.

⁵⁴Mandel: *Trotzkis Faschismustheorie*, S. 9.

⁵⁵Wippermann: *Stand*, S. 1. Clara Zetkin warnte bereits 1923 vor der „reichliche[n] Unklarheit über den Faschismus“, wenn dieser mit „bürgerlichem Terror“ gleichgesetzt würde, und wies auf die besonderen Wesenszüge des Faschismus hin: „der Träger des Faschismus ist nicht eine kleine Kaste, sondern es sind breite soziale Schichten, große Massen, die selbst bis in das Proletariat hineinreichen.“ Clara Zetkin: *Der Kampf gegen den Faschismus*. Aus dem Protokoll der Konferenz der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale, Moskau 12.-13. Juni 1923, in: Nolte: *Theorien*, S. 88-111, hier S. 88f.

⁵⁶Wippermann: *Entwicklung*, S. 3.

⁵⁷Ebenda, S. 4. Diese Vieldeutigkeit ist bis heute nicht aufgelöst worden.

⁵⁸Grebing: *Theorien*, S. 7.

„Hitler-Diktatur“ und ähnliche vorgezogen.⁵⁹ Dies war häufig mit einer Betrachtungsweise verbunden, die die Persönlichkeitsstruktur Hitlers oder eine geistesgeschichtliche Kontinuität Deutschlands in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit stellte.⁶⁰ Einerseits ist dies aus der Situation der Nachkriegszeit zu erklären, die durch das Ausmaß an Zerstörung und die Folgen der nationalsozialistischen Herrschaft den Blick für manche generalisierende Analyse verstellte. Andererseits spielten hier auch Elemente wie Verdrängung und Apologetik eine Rolle.⁶¹

Zunehmend fanden Theorien große Beachtung, die unter dem Begriff „Totalitarismus“ sowohl den Faschismus als auch den Kommunismus vereinten und in weiten Zügen als identisch darstellten.⁶² Die Faschismuskussion in Deutschland kann zu großen Teilen als Ausdruck der Situation des Kalten Krieges begriffen werden.⁶³ Diese Frontstellung verhinderte in großem Maße eine verhältnismäßig unvoreingenommene und wissenschaftliche Auseinandersetzung, da der Weg von gegenseitigen Anschuldigungen und dem Zwang zur Systemrechtfertigung verstellt wurde.

Ernst Nolte trug in den 1960er Jahren maßgeblich dazu bei, dass sich auch die nicht-marxistische Forschung in Deutschland mit Faschismus als politischem Gattungsbegriff

⁵⁹Wippermann: Stand, S. 7. Tatsächlich handelte es sich bei der deutschen Debatte um den Faschismus in der Hauptsache um eine Auseinandersetzung um den Faschismus in Deutschland (Wolfgang Schieder (Hg.): Faschismus als soziale Bewegung: Deutschland und Italien im Vergleich, Hamburg 1976, Einleitung des Hg. S. 11-23, hier S. 12 (zit. als: Schieder: Faschismus als soziale Bewegung)).

⁶⁰Wippermann: Stand, S. 2. Klaus Fritzsche schreibt Folgendes über die gesellschaftlich-politische Funktion von dieser Art der Forschung: „Sie lenkt den Blick von Strukturen, sozialen Interessen und der Vielzahl der Mittäter und Mittäterinnen ab auf das Fascinosum einer einzigen Person, die als unergründlich und omnipotent zugleich erscheint. Es ist daher kein Zufall, daß diese Hitler-Oper die breiteste, beinahe spektakuläre öffentliche Rezeption gefunden hat.“ (Fritzsche: Faschismustheorie, S. 323f.).

⁶¹Es sei erwähnt, dass direkt nach Kriegsende in Deutschland die Ansicht weit verbreitet war, dass die Entstehung des Faschismus auf den Kapitalismus zurückzuführen sei. Entsprechend wurden Verstaatlichungsforderungen in den neu gebildeten Parteien bis hin zur CDU aufgenommen. Diese konnten nicht durchgesetzt werden und gerieten im Zuge des Kalten Krieges und des rapiden Wirtschaftswachstums in Vergessenheit (Reinhard Kühnl: Einleitung des Herausgebers, in: Kühnl: Texte, S. 7-13, hier S. 9).

⁶²Totalitarismustheorien können als Antithese oder Gegentheorien zu marxistischen Faschismustheorien, die den Faschismus in einen engen Zusammenhang mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem stellen, betrachtet werden (Weil: Faschismustheorien, S. 33). Fragen nach den sozioökonomischen Ursachen der Systeme oder der sozialen Zusammensetzung der Bewegungen spielen für die Totalitarismustheorie eine nachrangige Rolle (Kershaw: NS-Staat, S. 62). Hannah Arendts Buch „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“ ist eines der Werke, welche in der frühen Nachkriegszeit ein entwickeltes Totalitarismusmodell vorstellten. Ebenfalls einflussreich waren die Publikationen Carl Friedrichs, in denen er die typischen Eigenschaften totalitärer Systeme zusammenfasste. Dieses Modell ist aufgrund der statischen Annahmen auch bei Anhängern der Totalitarismustheorie stark in Kritik geraten (Kershaw: NS-Staat, S. 45f.). Ein weiterer wichtiger Vertreter dieses Ansatzes ist Karl Dietrich Bracher, welcher trotz seiner Mahnung zur Vorsicht bei dem Umgang mit allgemeinen Theorien an der wesentlichen Ähnlichkeit von kommunistischem und faschistischem Herrschaftssystem festhält. Der Wert des Totalitarismusbegriffes besteht für ihn darin, dass dieser den maßgeblichen Unterschied zwischen Diktatur und Demokratie offen lege (Kershaw: NS-Staat, S. 47).

⁶³Wippermann: Stand, S. 2.

befasste und durch Berücksichtigung Italiens und anderer Länder auch vergleichende Faschismusforschung stattfand.⁶⁴

Während der Studentenbewegung der 1960er Jahre und der damit einsetzenden Welle von kritischen Forschungsarbeiten wurden auch der Begriff und die Ursachen des Faschismus wieder intensiv diskutiert. Hierbei wurde einerseits den Positionen der oppositionellen Kommunisten der 1920er und 1930er Jahre, wie Thalheimer und Trotzki, in der marxistischen Faschismuskonversation große Aufmerksamkeit gewidmet. Sowohl die sozioökonomischen Bedingungen für Faschismus in Deutschland als auch seine Trägerschichten wurden verstärkt untersucht und mit einer Kritik an politischer und personeller Kontinuität zur Bundesrepublik verknüpft.⁶⁵ Andererseits wurden auch alte Irrtümer wie die Sozialfaschismustheorie und die Gleichsetzung von Antikommunismus und Faschismus wiederholt.⁶⁶ Als Gegenreaktion wurde der Sinn und Nutzen von Faschismustheorien wiederum mehr und mehr in Frage gestellt.⁶⁷

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Faschismuskonversation in Deutschland seit den 1960er Jahren stark an die Positionen der 1920er und 1930er Jahre anknüpfte und letztere damit ihre Aktualität bewahrten.⁶⁸

Festzuhalten bleibt, dass die Auseinandersetzung mit Faschismustheorien in Deutschland in den 1970er Jahren ihren Höhepunkt erreichte und seitdem stark nachließ.⁶⁹ Eine Ausnahme bildet die Debatte, die in dem kürzlich erschienenen

⁶⁴Ernst Nolte: Der Faschismus in seiner Epoche. Action Française, italienischer Faschismus, Nationalsozialismus, 8. Aufl., München u.a. 1990. Noltens Verdienst sollte an dieser Stelle nicht erwähnt werden, ohne darauf hinzuweisen, dass in diesem Werk durch die Definition des Faschismus als „Antimarxismus“ (ebenda, S. 51) bereits die Positionen in Ansätzen angelegt sind, welche er 1986 in seinem umstrittenen Artikel „Die Vergangenheit, die nicht vergehen will. Eine Rede, die geschrieben, aber nicht gehalten werden konnte“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6. Juni 1986 veröffentlichte. Hierin stellt Nolte den Nationalsozialismus primär als Reaktion auf den Bolschewismus, den nationalsozialistischen „Rassenmord“ als Antwort auf den bolschewistischen „Klassenmord“ dar. Mit diesem Artikel löste Nolte den sogenannten „Historikerstreit“ aus. Nolte wurde in der Folgezeit zur „Gallionsfigur“ für Historiker und Journalisten, die im Sinne der „Historisierung“ des Nationalsozialismus auf eine „Normalisierung“ des deutschen Geschichtsbewusstseins hinarbeiten (Michael Schneider: „Volkspädagogik“ von rechts: Ernst Nolte, die Bemühungen um die „Historisierung“ des Nationalsozialismus und die „selbstbewusste Nation“, Gesprächskreis Geschichte Heft 11, Bonn 1995, S. 9ff und S. 52).

⁶⁵Reinhard Kühnl: Der Faschismus. Ursachen, Herrschaftsstruktur, Aktualität. Eine Einführung, Heilbronn 1983, S. 146; Wippermann: Stand, S. 4f.

⁶⁶Wippermann: Entwicklung, S. 8.

⁶⁷Ebenda. Wippermann zitiert in diesem Zusammenhang eine vom Bundesministerium des Inneren herausgegebene Schrift von 1982 über „Sicherheit in der Demokratie. Die Gefährdung des Rechtsstaates durch Extremismus“: „Faschismus ist eine unzulässig verallgemeinernde Bezeichnung, die von linksextremer Seite als innenpolitischer Kampfbegriff verwendet wird.“ (Zitiert bei: Wolfgang Wippermann: Faschismustheorien in systematischer Perspektive, in: Grebing und Kinner: Arbeiterbewegung, S. 15-23, hier S. 15).

⁶⁸Wippermann: Stand, S. VIII.

⁶⁹Zu den wenigen neuen Veröffentlichungen, die sich explizit mit Faschismustheorien befassen, gehören: Jour fixe Initiative Berlin (Hg.): Theorie des Faschismus – Kritik der Gesellschaft, Berlin 2000. In diesem Sammelband werden zahlreiche Plädoyers für Faschismustheorien in der Tradition der Kritischen Theorie und des Poststrukturalismus veröffentlicht. Erwähnenswert ist auch die fünfbandige

Sammelband „Faschismus‘ kontrovers“ stattfindet.⁷⁰ Bezogen auf einen Hauptartikel von Wippermann diskutieren namhafte Wissenschaftler wie Reinhard Kühnl, Roger Griffin, Eike Hennig und andere in kontroverser und teilweise polemischer Weise über Sinn und Nutzen eines generischen Faschismusbegriffs. Während einige Autoren die Berechtigung des Gattungsbegriffs „Faschismus“ stark in Zweifel ziehen,⁷¹ beharren andere auf seiner Notwendigkeit. Ebenso streiten die Autoren über das Für und Wider von totalitarismustheoretischen Zugängen sowie das Verhältnis von Faschismus und Kapitalismus. Letztendlich wiederholen sich hier exakt die Argumente sowie die gegenseitigen Anschuldigungen, die bereits in den 1960er und 1970er Jahren im Streit um Faschismus- oder Totalitarismustheorien vorgetragen wurden. Hohe Kontroversität und öffentliche Aufmerksamkeit erreichten zudem die Debatten, in denen es um den Umgang von Politik und Gesellschaft in Deutschland mit der nationalsozialistischen Vergangenheit ging. Diese sind bis heute keineswegs abgeschlossen.⁷²

Aufsatzsammlung von Roger Griffin und Matthew Feldman (Hg.): *Fascism. Critical Concepts in Political Science*, Bd. I-V, London 2004. Hierin ist eine Vielzahl von Texten zum Faschismus aus den Jahren 1925-2003 nach Themen strukturiert veröffentlicht.

⁷⁰Loh und Wippermann: „Faschismus“ kontrovers.

⁷¹Wieder sei auf den Aufsatz von Kraushaar: Scheitern hingewiesen.

⁷²Beispielsweise sei hier verwiesen auf den sogenannten „Historikerstreit“ (hierzu: „Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München 1987; Hans-Ulrich Wehler: *Entsorgung der deutschen Vergangenheit? Ein polemischer Essay zum „Historikerstreit“*, München 1988), die „Walser-Bubis-Debatte“ (hierzu: Frank Schirrmacher (Hg.): *Die Walser-Bubis-Debatte: eine Dokumentation*, Frankfurt/Main 1999) den Streit um das Buch von Daniel Goldhagen „*Hitlers willige Vollstrecker*“ (hierzu: Julius H. Schoeps (Hg.): *Ein Volk von Mördern? Die Dokumentation zur Goldhagen-Kontroverse um die Rolle der Deutschen im Holocaust*, Hamburg 1996), die Debatte um die „Wehrmachtausstellung“ (hierzu: Bernd Ulrich, Hamburger Institut für Sozialforschung (Hg.): *Zur Rezeption der Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944"*, Hamburg 1999) und in jüngster Zeit die Auseinandersetzungen um des Holocaust-Mahnmal in Berlin (hierzu: Jan-Holger Kirsch: *Nationaler Mythos oder historische Trauer? Der Streit um ein zentrales „Holocaust-Mahnmal“ für die Berliner Republik*, Dissertation, Witten/Herdecke, 2001/2002.). Für Aufsehen sorgte in diesem Jahr das Buch von Götz Aly: *Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus*, Frankfurt/Main 2005. Hierin wird die These aufgestellt, dass die Mehrheit der deutschen Bevölkerung von Krieg und Judenverfolgung im Nationalsozialismus profitiert habe (Ebenda, S. 362).

Exkurs: Die Bonapartismustheorie von Marx und Engels

Da Elemente der Bonapartismustheorie von Karl Marx und Friedrich Engels für die beiden in dieser Arbeit behandelten Faschismustheorien, bei Thalheimer mehr, bei Trotzki weniger, die Grundlage bilden, ist es gerechtfertigt, ihr diesen Exkurs zu widmen, um später darauf rekurren zu können.

Die im Kommunistischen Manifest von Marx und Engels dargestellte Staatsauffassung basiert auf der Annahme, dass sich die „Epoche der Bourgeoisie“ durch eine Vereinfachung der Klassengegensätze auszeichnet. Die Gesellschaft spalte sich „mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große, einander direkt gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat.“⁷³ Die Bourgeoisie besitze „im modernen Repräsentativstaat die ausschließliche politische Herrschaft. Die moderne Staatsgewalt [sei] nur ein Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisie verwaltet.“⁷⁴ Der Staat erfüllt hier die Funktion, als Instrument der Bourgeoisie ihre Herrschaft und die Ausbeutung der Arbeiterklasse zu sichern.

In seinen Schriften über Frankreich erarbeitete Marx Analysen, in denen dem Staat eine andere Rolle zukommt und die in einem gewissen Widerspruch zu den Thesen im Kommunistischen Manifest zu stehen scheinen. In „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“, „Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848-1850“ und „Der Bürgerkrieg in Frankreich“⁷⁵ analysiert Marx den Staatsstreich des Napoleon III. im Dezember 1852 und die gesellschaftlichen Bedingungen für den Umsturz. Das Proletariat sei durch die erfolglosen Kämpfe von 1848 so geschwächt worden, dass es zeitweilig nicht in der Lage sei, eine siegreiche Revolution durchzuführen und die Macht zu übernehmen.⁷⁶ Die Bourgeoisie sei auf der anderen Seite ebenfalls *nicht mehr* in der Lage, die Macht ungehindert auszuüben, da sie in widerstreitende Schichten und Parteien gespalten sei. Der eine Teil, die Vertreter der Bourgeoisie im Parlament, sei an der Aufrechterhaltung des parlamentarischen Systems interessiert, während einem anderen Teil, der Bourgeoisie außerhalb des Parlaments, jedes Mittel recht sei, um eine Wiederholung der vergangenen Kämpfe des Proletariats zu verhindern.⁷⁷ Dieses „Gleichgewicht der

⁷³Karl Marx und Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, in: Marx/Engels Werke, Berlin 1971 (zit. als: MEW), Bd. 4, S. 459-493, hier S. 463.

⁷⁴Ebenda, S. 464.

⁷⁵Karl Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: MEW, Bd. 8, S. 111-207; ders.: Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848-1850, in: MEW, Bd. 7, S. 9-107; ders.: Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation, in: MEW, Bd. 17, S. 313-365.

⁷⁶Marx: Brumaire, S. 122.

⁷⁷Ebenda, S. 182 und S. 190f.

Klassenkräfte⁷⁸ sei schließlich von Louis Bonaparte ausgenutzt worden, um mit Hilfe seiner „Dezemberbande“, wie Marx das von Louis Bonaparte organisierte „Lumpenproletariat“ nennt,⁷⁹ den Staatsstreich vom 18. Brumaire durchzuführen. Unterstützt worden sei Bonaparte dabei von der großen Schicht der Parzellenbauern, die als kleine voneinander isolierte Produzenten einen mächtigen Vertreter ihrer Interessen gebraucht hätten.

„Indem also die Bourgeoisie, was sie früher als „*liberal*“ gefeiert, jetzt als „*sozialistisch*“ verketzert, gesteht sie ein, daß ihr eigenes Interesse gebietet, sie der Gefahr des Selbstregierens zu überheben, daß, um die Ruhe im Lande herzustellen, vor allem ihr Bourgeoisparlament zur Ruhe gebracht; um ihre gesellschaftliche Macht unversehrt zu halten, ihre politische Macht gebrochen werden müsse; daß die Privatbourgeois nur fortfahren können, die anderen Klassen zu exploitiieren und sich ungetrübt des Eigentums, der Familie, der Religion und der Ordnung zu erfreuen, unter der Bedingung, daß ihre Klasse neben den andern Klassen zu gleicher politischer Nichtigkeit verdammt werde; daß, um ihren Beutel zu retten, die Krone ihr abgeschlagen und das Schwert, das sie beschützen soll, zugleich als Damoklesschwert über ihr eignes Haupt gehängt werden müsse.“⁸⁰

Die Bourgeoisie habe auf die Ausübung der politischen Macht verzichtet, um ihre soziale Macht, die Verfügung über die Produktionsmittel, behalten zu können. Auf diese Weise sei es zu einer teilweisen und temporären Verselbständigung der Exekutive gekommen, welche aber nur partiellen Charakter habe, da die soziale Macht weiterhin in der Gewalt der Bourgeoisie geblieben sei.

„Statt daß die *Gesellschaft* selbst sich einen neuen Inhalt erobert hätte, scheint nur der *Staat* zu seiner ältesten Form zurückgekehrt, zur unverschämten einfachen Herrschaft von Säbel und von Kutte.“⁸¹

Die unmittelbare Verknüpfung von Staat und Bourgeoisie, wie sie im „Kommunistischen Manifest“ konstatiert wurde, ist hier nicht mehr gegeben.⁸² Unter

⁷⁸Die Ausgangssituation für den Bonapartismus, welche von Marx erst durch eine vorangegangene Niederlage des Proletariats definiert, wird von Engels später umformuliert in ein „Gleichgewicht zwischen Bourgeoisie und Proletariat“ (Friedrich Engels: Zur Wohnungsfrage, zitiert bei: Kaestner: Theorie, S. 118).

⁷⁹Marx: Brumaire, S. 160f.

⁸⁰Ebenda, S. 154.

⁸¹Ebenda, S. 118.

⁸²Wippermann bezeichnet die Staatsauffassung, in der der Staat ein unselbständiges Werkzeug in der Hand der herrschenden Klasse ist, als „heteronomistisch“. Dem stellt er die Vorstellung vom Staat als eigenständigem Apparat als „autonomistisch“ gegenüber (Wolfgang Wippermann: Die Bonapartismustheorie von Marx und Engels, Stuttgart 1983, S. 8). Wippermann kommt zu dem Schluss, dass ein relativ autonomistisches Staatsverständnis als die ursprünglich von Marx und Engels vertretene Staatsauffassung verstanden werden muss. Diese sei dann zeitweilig durch die heteronomistische Definition des Kommunistischen Manifestes „überdeckt“ worden. Auf die Ereignisse in Frankreich hin sei dann der autonomistische Ansatz quasi wiederentdeckt worden (ebenda, S. 222). Es wäre untersuchenswert, ob und inwiefern Marx die von Wippermann als „heteronomistisch“ bezeichnete Auffassung überhaupt vertrat. Im Kommunistischen Manifest behauptet er dies ausschließlich für den „modernen Repräsentativstaat“, wovon nach dem Staatsstreich Bonapartes in Frankreich nicht mehr gesprochen werden kann. Dies würde eine ausführliche Untersuchung des marxistischen Staatsverständnisses erfordern, was in diesem Rahmen freilich nicht geleistet werden kann. Das Begriffspaar „heteronomistisch“ und „autonomistisch“ wird ebenfalls von Ernst Nolte im Bezug auf Faschismustheorien benutzt (Ernst Nolte: Vierzig Jahre

gewissen historischen Umständen scheint der Staat bei Marx und Engels nicht oder nur indirekt als Werkzeug der Bourgeoisie zu fungieren und ein gewisses Maß an Autonomie der herrschenden Klasse gegenüber erlangen zu können. Darüber hinaus wird in diesem Zusammenhang einer weiteren gesellschaftlichen Klasse über die beiden Hauptklassen hinaus, dem Parzellenbauerntum, eine historische Rolle zuerkannt.⁸³ Die Frankreichschriften von Marx können mit den Worten des Politologen Kadritzke als Argument gegen die Auffassung „pseudo-marxistischer Positivisten, die den historischen Materialismus als ökonomischen Determinismus mißverstehen“⁸⁴, wie sie in der sowjetkommunistischen Faschismustheorie zum Ausdruck kommt, betrachtet werden.

Die Bonapartismustheorie spielt sowohl in der zeitgenössischen Faschismuskonversation als auch in der Auseinandersetzung in den 1960er und 1970er Jahren eine wichtige Rolle. Thalheimer oder Trotzki waren nicht die ersten, die bonapartismustheoretische Elemente für die Erklärung des Faschismus benutzten. Sie wurden bereits in den frühen 1920er Jahren von sozialdemokratischen Theoretikern verwendet, um den italienischen Faschismus zu erklären.⁸⁵ Otto Bauer, der führende Theoretiker der Sozialdemokratischen Partei Österreichs beispielsweise bezog sich in seiner Faschismusanalyse auf den Bonapartismus, als er den Faschismus als „das Resultat eines eigenartigen Gleichgewichtes der Klassenkräfte“ beschrieb.⁸⁶ Sowohl in Italien als auch in Deutschland seien die faschistischen Organisationen vom Kapital unterstützt worden, um „die Arbeiterklasse zurückzuwerfen“.⁸⁷ Aber hier wie dort sei der Faschismus den kapitalistischen Klassen über den Kopf gewachsen:

„Die Bourgeoisie hatte nur noch die Wahl, die faschistische Privatarmee, die sie finanziert und bewaffnet hatte, gewaltsam zu zerschmettern und damit das niedergeworfene Proletariat zu entfesseln oder der Privatarmee des Faschismus die Staatsmacht zu übergeben. In dieser Situation ließ die Bourgeoisie ihre eigenen Vertreter in der Regierung und im Parlament im Stich, sie zog die Übergabe der Staatsmacht an den Faschismus vor.“⁸⁸

Theorien über den Faschismus (zit. als: Nolte: Vierzig Jahre), in: Ders.: Theorien, S. 15-78, hier S. 35 und S. 39).

⁸³Marx: Brumaire, S. 198f.

⁸⁴Kadritzke: Faschismus, S. 21.

⁸⁵Wippermann nennt hier neben Otto Bauer beispielsweise noch Julius Braunthal, Ida Olberg, Arkadij Gurland, Franz Borkenau, Rudolf Hilferding, Angelo Tasca, Pietro Nenni (Wippermann: Stand, S. 46f). Tasca kann in diesem Zusammenhang allerdings nur eingeschränkt angeführt werden, da er sich dezidiert dagegen wendet, den Faschismus mit dem Rückgriff auf die Bonapartismustheorie zu erklären. Dennoch nennt er ein relatives Gleichgewicht einander gegenüberstehender Klassenkräfte als vorbereitenden Faktor (Angelo Tasca: Allgemeine Bedingungen der Entstehung und des Aufstieges des Faschismus, in: Abendroth: Faschismus, S. 169-186, hier S. 172).

⁸⁶Otto Bauer: Der Faschismus, in: Abendroth: Faschismus, S. 143-167, hier S. 155.

⁸⁷Ebenda, S. 152.

⁸⁸Ebenda, S. 151.

3 Die Faschismuskonzeption der Kommunistischen Internationale und der KPD

Die von Ernest Mandel aufgestellte Behauptung, dass „die Geschichte des Aufstiegs des Faschismus [...] gleichzeitig die Geschichte der Unzulänglichkeit der vorherrschenden Faschismustheorie“⁸⁹ sei, erweist sich in Hinblick auf die Politik der KPD in der Endphase der Weimarer Republik als besonders zutreffend.⁹⁰

Die KPD war am Ende des Jahres 1920 nach ihrer Vereinigung mit dem linken Flügel der USPD zur Massenpartei mit ungefähr 360.000 Mitgliedern geworden.⁹¹ Dies war der größte Mitgliedsstand in der Geschichte der KPD. Damit war sie die größte Kommunistische Partei außerhalb Russlands.⁹² Auf ihr lastete die Erwartung, sie würde binnen kürzester Zeit eine proletarische Revolution in Deutschland anführen, damit den Kommunismus ausweiten und die Sowjetunion aus der Isolation befreien.⁹³

Das Scheitern der revolutionären Ansprüche in Deutschland durch den Fehlschlag des geplanten Aufstands im Oktober 1923 sorgte dafür, dass die Erfahrungen in Sowjetrußland die einzig erfolgreichen waren, auf die sich Kommunisten nun berufen konnten. Stalin und seine Anhänger konnten diese Erfahrungen kanonisieren und mit dem Anspruch der Allgemeingültigkeit versehen. Als Reaktion auf die internationale Isolierung entwickelte Stalin die Theorie des „Aufbaus des Sozialismus in einem Land“.⁹⁴ Die Führung der KPdSU war zur höchsten und mit der größten Autorität versehenen Instanz geworden, die ihrem Anspruch durch die monolithische Durchstrukturierung der Komintern und ihrer Mitgliedsparteien Geltung verlieh. Das

⁸⁹Mandel: Trotzki's Faschismustheorie, S. 12.

⁹⁰Über die KPD und ihre Faschismuskonzeption in der Endphase der Weimarer Republik: Hermann Weber: Kommunismus in Deutschland 1918-1945, Darmstadt 1983; ders.: Von Rosa Luxemburg zu Walter Ulbricht. Wandlungen des deutschen Kommunismus, Hannover 1961; ders.: Hauptfeind; ders.: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, 2 Bd., Frankfurt/Main 1969; ders. (Hg.): Der deutsche Kommunismus. Dokumente, Köln/Berlin 1963; ders.: Zur Politik der KPD 1923-1933, in: Scharrer: Kapitulation, S. 121-161; Siegfried Bahne: Die Kommunistische Partei Deutschlands (zit. als: Bahne: KPD), in: Matthias und Morsey: Ende, S. 655-739, auch veröffentlicht als: Siegfried Bahne: Die KPD und das Ende von Weimar. Das Scheitern einer Politik 1932-1935, Frankfurt/Main u. a. 1976; Theo Pirker (Hg.): Komintern und Faschismus. Dokumente zur Geschichte und Theorie des Faschismus, Stuttgart 1965; Ossip K. Flechtheim: Die KPD in der Weimarer Republik, Hamburg 1986; Leonid Luks: Entstehung der kommunistischen Faschismustheorie. Die Auseinandersetzung der Komintern mit Faschismus und Nationalsozialismus 1921-1935, Stuttgart 1985; Duncan Hallas: Die rote Flut. Aufstieg und Niedergang der Kommunistischen Internationale, Frankfurt/Main o. J.; Josef Spiegel: Die Faschismuskonzeption der KPD 1929-1933. Eine Untersuchung mit besonderer Berücksichtigung der kommunistischen Presse, Münster 1986; Mario Keßler: Die kommunistische Linke und die Weimarer Republik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 32/33, 1994, S. 20-30; Klaus Kinner: Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität, Bd.1: Die Weimarer Zeit, Berlin 1999.

⁹¹Weber spricht von 356.000 Mitgliedern (Weber: Rosa Luxemburg, S. 2); Keßler beziffert die Mitgliederzahl auf 350.000 (Keßler: Linke, S. 22).

⁹²Kinner: Kommunismus, S. 36.

⁹³Keßler: Linke, S. 23.

⁹⁴Callinicos: Trotskyism, S. 12.

Verbot innerparteilicher dissidenter Strömungen, der Abbau der innerparteilichen Demokratie und das Anwachsen der Bürokratie kennzeichneten diesen Prozess, der als „Stalinisierung“ bezeichnet werden kann.⁹⁵

Stalin nutzte die 1919 als Kommunistische Weltpartei gegründete Komintern von ihrem V. Weltkongress 1924 an dazu, die kommunistischen Parteien außerhalb der UdSSR zu einem Instrument der sowjetischen Außenpolitik zu machen. „Das bedeutete die völlige Beherrschung der Partei durch den Apparat und die Abhängigkeit der Parteiführung von der sowjetischen Leitung. Die KPD wurde zu einer außenpolitischen Hilfstuppe der Sowjetbürokratie.“⁹⁶ Unter Ernst Thälmann, der von 1927 bis 1933 Parteivorsitzender war, wurde auch die Stalinisierung der Partei in Deutschland vorangetrieben. Dies hatte großen Einfluss auf die Faschismuskonzeption, die sich zunehmend von der Zielsetzung der ernsthaften theoretischen Erfassung des Phänomens entfernte und „zum Reflex der innerparteilichen Auseinandersetzungen“ wurde.⁹⁷

Die Theoriebildung innerhalb der KPD wurde maßgeblich von der Faschismuskonzeption, die auf den Weltkongressen der Komintern stattfand, bestimmt.⁹⁸

Anfang der 1920er Jahre entstanden verschiedene Analysen, die Ansätze zu einer realistischen Einschätzung des Phänomens boten, sich aber längerfristig in der Komintern nicht durchsetzen konnten.⁹⁹ Hingegen waren die definitorischen Merkmale, die dem Faschismus auf dem V. und VI. Weltkongress der Komintern zugewiesen wurden, auch für spätere Interpretationen bestimmend und prägten die Faschismuskonzeption der Komintern in der Folgezeit:

Die Erscheinung des Faschismus galt an ein besonderes Stadium der kapitalistischen Entwicklung gebunden, das sich durch Monopolbildung und Verstärkung imperialistischer Machtansprüche auszeichne. Dieses Stadium erfordere für das Kapital eine Anpassung der politischen Strukturen, die mit der bürgerlichen Demokratie den ökonomischen Gegebenheiten nicht mehr entsprächen.¹⁰⁰ Die Bourgeoisie müsse nun zu ihrem schärfsten Kampfmittel, dem Faschismus, greifen. Dieser erfülle seine Funktion als „Instrument der Bourgeoisie gegen das revolutionäre Proletariat“.¹⁰¹ Hierbei sei nicht entscheidend, „aus welchem Material ein Instrument gefügt ist, sondern welchen

⁹⁵Keßler: Linke, S. 24. Zur Stalinisierung der KPD siehe besonders : Weber: Wandlung, Bd. 1.

⁹⁶Weber: Rosa Luxemburg, S. 36.

⁹⁷Spiegel: Faschismuskonzeption, S. 50.

⁹⁸Ebenda, S. 47.

⁹⁹Beispielsweise von Clara Zetkin (Siehe Anmerkung Nr. 55) und Karl Radek (Luks: Entstehung, S. 220). Beide wiesen darauf hin, dass es unzureichend und irreführend sei, den Faschismus ausschließlich als „bürgerliche Konterrevolution“ zu definieren.

¹⁰⁰Spiegel: Faschismuskonzeption, S. 101.

¹⁰¹Hermann Remmele als deutscher Delegierter des V. Weltkongresses der Komintern 1924, zitiert bei: Wippermann: Entwicklung, S. 17.

Zwecken es dienen soll“.¹⁰²

Die funktionale Definition des Faschismus als Mittel zur Unterwerfung und Ausbeutung der Arbeiterklasse überlagerte sowohl die Analyse der Entstehungszusammenhänge als auch der konkreten Erscheinungsform. Damit stand der Faschismus als Instrument neben anderen Instrumenten der bürgerlichen Herrschaft. Dies erschwerte die Differenzierung gegenüber anderen Organisationen und Parteien, die nach Ansicht der Kommunisten dieselbe herrschaftssichernde Funktion erfüllten und sich vom „offenen“ Faschismus nur quantitativ unterschieden. Der eigenständige Charakter der faschistischen Bewegung und damit ihre Dynamik sowie ihre Eigenschaften als Massenbewegung wurden verkannt.

Auf dem VI. Weltkongress 1928 wurde die so genannte „Dritte Periode“ ausgerufen, die auf der Analyse der Wirtschaftskrise und der angeblich wachsenden Kriegsgefahr gegenüber der Sowjetunion basierte. Die Komintern legte hier eine verbindliche Politik für die KPD fest, die auf das Heranreifen der prognostizierten allgemeinen Krise des Nachkriegskapitalismus in Deutschland reagieren sollte. Gleichzeitig wurde eine „Faschisierung“ der Sozialdemokratie konstatiert, welche als Anpassung der SPD an einen allgemeinen Faschisierungsprozess, also der Verschmelzung der reformistischen Führer mit dem bürgerlichen Staat und als Hineinwachsen des Staates in den Faschismus verstanden wurde. Hiervon erwartete man eine Radikalisierung der Arbeiterklasse, verbunden mit einer Abkehr von der Sozialdemokratie, und eine revolutionäre Situation.¹⁰³ Aus der Annahme der „Dritten Periode“ ergab sich ein verstärkter Kampf gegen die Sozialdemokratie als „Hauptfeind“.¹⁰⁴

Die hauptsächlich in seiner Funktion als Instrument der Bourgeoisie vorgenommene Bestimmung des Faschismus rechtfertigte aus kommunistischer Sicht den Begriff „Sozialfaschismus“ als Bezeichnung für die Sozialdemokratie, da diese, ebenso wie der Faschismus, auf ihre Weise der Aufrechterhaltung bürgerlicher Besitzverhältnisse diene. Sozialdemokraten waren in diesem Sinne „Sozialisten in Worten, Faschisten in Taten“.¹⁰⁵ Die prinzipielle Identität von Faschismus und Sozialdemokratie wurde von Stalin mit folgendem bekannten Ausspruch festgestellt:

„Der Faschismus ist eine Kampforganisation der Bourgeoisie, die sich auf die aktive Unterstützung der Sozialdemokratie stützt. Die Sozialdemokratie ist objektiv der gemäßigte Flügel des Faschismus. Beide Organisationen schließen einander nicht aus,

¹⁰²Protokoll des V. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale 1924, zitiert bei: Wippermann: Analyse, S. 67.

¹⁰³Spiegel: Faschismuskonzeption, S. 52.

¹⁰⁴Weber: Politik, S. 126.

¹⁰⁵Rote Fahne, 8. 8. 1929, zitiert bei: Andreas Dorpalen: SPD und KPD in der Endphase der Weimarer Republik, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 31. Jg. 1983, S.77-107, hier S. 85.

sondern ergänzen einander. Das sind keine Antipoden, sondern Zwillingbrüder.“¹⁰⁶
Dieser Ansatz behielt bis zur Machtübernahme Hitlers und darüber hinaus seine Gültigkeit und bestimmte in der Folgezeit entscheidend die Politik der KPD und ihr Verhältnis zur SPD.

Der besonders von Trotzki¹⁰⁷ betonte, prinzipielle Unterschied zwischen der parlamentarischen Demokratie und dem Faschismus wurde von der KPD nicht erfasst.¹⁰⁸

Dass der Faschismus sowohl die reformistische als auch die revolutionäre Arbeiterbewegung gleichermaßen zerschlagen und damit die Grundlage für kommunistische Politik generell vernichten würde, erkannte die KPD nicht. Im Gegenteil, partiell wurde sogar davon ausgegangen, dass die Chancen für eine proletarische Revolution durch ein faschistisches Regime erhöht würden.¹⁰⁹

Eine einheitliche Definition des Begriffes „Sozialfaschismus“ besaß die KPD nicht. Zeitweilig wurde zwischen Parteiführung und unterer Funktionärssebene der SPD unterschieden und nur erstere als faschistisch beschimpft, gelegentlich wurden sogar die einfachen Mitglieder der SPD als Faschisten titulierte.¹¹⁰ Trotz verschiedener Wendungen in der Theorie blieb die Generallinie der KPD, die den „Sozialfaschismus“ zur eigentlichen Gefahr erklärte und den Kampf gegen die Sozialdemokratie in den Mittelpunkt der kommunistischen Strategie stellte, seit 1928 im Wesentlichen konstant.¹¹¹

Während die SPD als „sozialfaschistisch“ bezeichnet wurde, erhielten die übrigen Parteien ähnliche Prädikate: „Zentrumsfaschismus“ oder „Brüningfaschismus“ für die Zentrumspartei, „Hugenbergfaschismus“ für die DNVP,¹¹² „Nationalfaschismus“ für die NSDAP.¹¹³ So erschien die NSDAP nur als eine Partei unter vielen, der keine besondere Eigenständigkeit oder Qualität zugestanden wurde.¹¹⁴ Diese Beurteilung hatte gravierende Folgen. Sie mündete in eine extreme Unterschätzung der Nationalsozialisten, was in Thälmanns folgendem Ausspruch von 1931 deutlich wird: „Wir sagen den Arbeitern: der Faschismus beginnt nicht, wenn Hitler kommt, er hat

¹⁰⁶Zitiert bei: Brahm: Aufrufe, S. 521.

¹⁰⁷Siehe Kapitel 5, Abschnitt 5.2.3.

¹⁰⁸Diese Fehleinschätzung wurde durch die Bedingungen, die die KPD in der Weimarer Republik für ihre Politik vorfand, begünstigt: Die KPD war allein 1932 über tausend Mal das Ziel von Polizeiaktionen, ihre Zeitungen wurden häufig verboten, und in den letzten drei Jahren der Republik wurden 170 Kommunisten von der Polizei erschossen (Weber: Politik, S. 146).

¹⁰⁹Lutze: Kritik, S. 54.

¹¹⁰Weber: Hauptfeind, S. 13.

¹¹¹Hermann Weber unterscheidet acht Phasen der KPD-Politik zwischen 1929 und 1933, die er jedoch nur als „taktische[...] Varianten der gleichbleibenden Strategie“ bewertet (Weber: Politik, S. 129).

¹¹²Lutze: Kritik, S. 53.

¹¹³Bahne: KPD, S. 658.

¹¹⁴Weber: Politik, S. 127.

längst begonnen“.¹¹⁵

Heinz Brahm bringt das Problem folgendermaßen auf den Punkt: „Da man ständig im Superlativ sprach, verkündete man das Schlimmste bereits, bevor es in Erscheinung getreten war, und man fand in dem Augenblick, in dem wirkliche Gefahren im Anzug waren, nicht mehr das richtige Wort.“¹¹⁶

Das Unvermögen, die Politik der realen Lage anzupassen und Fehler zu korrigieren, äußerte sich auch in der Reaktion der Komintern auf die Machtübernahme Hitlers. Am ersten April 1933 konstatierte das Präsidium des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, „daß die politische Linie und die organisatorische Politik, die das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands mit dem Genossen *Thälmann* an der Spitze bis zum Hitlerschen Umsturz und im Augenblick dieses Umsturzes befolgte, vollständig richtig war.“¹¹⁷ Die Strategie der Kommunisten richtete sich selbst noch bis 1934 gegen die Sozialdemokratie und Gewerkschaften,¹¹⁸ als diese bereits verboten waren und ihre Mitglieder gemeinsam mit Kommunisten in Konzentrationslagern saßen. Erst 1935, auf dem VII. Weltkongress der Komintern, kam es zu einer Neubestimmung des Kurses¹¹⁹ und einem Schwenk zur „Volksfrontpolitik“, also der Zusammenarbeit mit allen, auch bürgerlichen, antifaschistischen Kräften.¹²⁰

¹¹⁵Zitiert bei: Bahne: KPD, S. 658.

¹¹⁶Brahm: Aufrufe, S. 525.

¹¹⁷Resolution des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, 1. 4. 1933, in: Dokumente zu: Bahne: KPD, S. 728-731, hier S. 728.

¹¹⁸Weber: Politik, S. 125.

¹¹⁹Fritzsche: Faschismustheorie, S. 349. Obwohl insgesamt ein taktischer Schwenk stattfand, wurde an der Faschismuskonzeption der Komintern nicht gerüttelt. Dimitroff stellte hier seine These vor, die in der Folgezeit als „Dimitroff-Formel“ viel zitiert wurde: „Der Faschismus an der Macht, Genossen, ist [...]die *offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals*.“ (Georgi Michajlow Dimitroff: Der Faschismus und die Arbeiterklasse. Rede auf dem VII. Weltkongress der Komintern am 17.8.1935, in: Pirker: Komintern, S. 187).

¹²⁰Bahne: KPD, S. 712.

4 August Thalheimer

4.1 August Thalheimer und die KPD(O)

August Thalheimer war einer der Gründungsväter der KPD. Bereits mehrere Jahre vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges war er Mitglied der SPD und Redakteur unterschiedlicher Parteizeitungen. Er schloss sich in Berlin dem Freundeskreis um Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Franz Mehring an und wurde zum Mitbegründer des Spartakusbundes.¹²¹ Die Turbulenzen, die von der Novemberrevolution ausgelöst wurden, und die zentralen Meinungsverschiedenheiten zwischen Teilen der USPD und dem Spartakusbund führten Anfang 1919 zur Gründung der KPD. Thalheimer gehörte bis 1923 durchgehend der Parteizentrale an und wurde als Redakteur der „Internationale“ und zeitweiliger Chefredakteur der „Roten Fahne“ nach dem Tode Rosa Luxemburgs zu einem der wichtigsten Theoretiker der KPD.¹²² Gemeinsam mit seinem Freund Heinrich Brandler bestimmte er zeitweilig maßgeblich die kommunistische Politik in Deutschland.

Anfang 1924 wurden Brandler und Thalheimer aus der KPD-Führung abgesetzt, weil ihnen vorgeworfen wurde, im Oktober 1923 die Möglichkeit einer Revolution ungenutzt gelassen zu haben. Für diesen Termin war ein Aufstand für Deutschland geplant worden, welcher kurzfristig von der Parteileitung abgesagt wurde. Der genaue Hergang der Ereignisse von 1923 kann an dieser Stelle nicht analysiert werden. Fest steht aber, dass sie eine entscheidende Wende für Thalheimers politische Karriere bedeuteten und einen Anlass für die Führung der KPdSU, Brandler und Thalheimer als „Sündenböcke“ aus der Arbeit in der KPD zu entfernen.¹²³ Beide waren zuvor bereits durch ihre Kritik an der wachsenden Kontrolle Moskaus über die KPD und durch die Forderung nach mehr Eigenständigkeit aufgefallen.¹²⁴ Sie wurden daraufhin nach Moskau eingeladen und dort in Funktionen der Komintern eingebunden („kominterniert“)¹²⁵. Hier verfasste Thalheimer diverse theoretische Schriften, die von einer außergewöhnlichen inhaltlichen Vielfalt gekennzeichnet sind.¹²⁶

¹²¹Becker: August Thalheimer, S. 75ff.

¹²²Ebenda, S. 79.

¹²³Ebenda, S. 83. Mario Keßler vertritt die Ansicht, dass Brandler durch Sinowjew zum „Sündenbock“ für das Ausbleiben der Revolution gemacht wurde, da letzterer Brandler verdächtigte, mit Trotzki zu sympathisieren. Zudem konnte so Trotzki die Schuld an den Ereignissen gegeben werden (Keßler: Linke, S. 23).

¹²⁴Bergmann: Strom, S. 35.

¹²⁵Diesen Ausdruck soll Thalheimer selbst in einem Brief benutzt haben (Bergmann: Strom, S. 36).

¹²⁶Eines seiner bekanntesten Werke verfasste Thalheimer in Moskau: Thalheimer, August: Einführung in den dialektischen Materialismus, hg. von der Gruppe Arbeiterpolitik, Bremen o. J. Weiterhin beschäftigte er sich mit Soziologie und Naturwissenschaften wie der Relativitätstheorie Einsteins (Kuckartz: Aufstieg, S. 49).

In Moskau wurden die beiden über vier Jahre von der KPD ferngehalten, zwar mit formalen Ehren, aber unter engen Beschränkungen.¹²⁷ Hier verfolgten sie die Entwicklungen in Deutschland interessiert und wurden aufgrund kritischer Stellungnahmen zur Politik der KPD und der Komintern der Fraktionsbildung beschuldigt und von der Mitarbeit in der KPD und der Komintern ausgeschlossen.¹²⁸

Im Februar 1928 beschloss das neunte erweiterte EKKI-Plenum im Zuge der „Dritten Periode“ einen scharfen Richtungswechsel nach links. „Rechtsabweichung“ innerhalb der Parteien, womit diejenigen Mitglieder gemeint waren, die das Vorhandensein einer akuten revolutionären Situation bezweifelten und geduldige Arbeit in Gewerkschaften und Einheitsfrontpolitik befürworteten, wurde in der gesamten Komintern als Hauptgefahr dargestellt. Planmäßig wurde die „Bolschewisierung“ der Partei, die Absetzung aller „Rechten“ und die Gleichschaltung mit der Komintern durchgeführt.¹²⁹

Thalheimers Kritik am Programmentwurf des VI. Weltkongresses der Komintern, welche als theoretische Vorarbeit für die Politik der KPD(O) gesehen werden kann und zur Grundlage für ihre spätere Plattform wurde, wurde von der Stalin-Fraktion ignoriert und verschwand in den Archiven.¹³⁰

Sowohl Thalheimer als auch Brandler konnten nur mit großen Schwierigkeiten eine Ausreiseerlaubnis aus der Sowjetunion bekommen und nach Deutschland zurückkehren.¹³¹ Der Versuch, dort die Arbeit innerhalb der KPD wieder aufzunehmen, wurde boykottiert.¹³²

Am 28. Dezember 1928, wenige Tage nach der EKKI-Tagung, welche den letzten Versuch darstellen sollte, die „rechten“ Oppositionellen zum Einlenken zu bewegen, beschlossen 74 Delegierte im Gebäude des Preußischen Landtags, die KPD(Opposition)¹³³ als organisierte Richtung im Kommunismus zu gründen. Von den anwesenden Mitgliedern hatten 43 bereits dem Spartakusbund angehört, 53 der Vorkriegssozialdemokratie.¹³⁴ Die Delegierten waren also weitgehend erfahrene Funktionäre und geschulte Marxisten. Die KPD hatte sich mit der Verdrängung der „Rechten“ eines großen Teils derjenigen Funktionärskader entledigt, die den Aufbau der

¹²⁷Bergmann: Strom, S. 33.

¹²⁸Ebenda, S. 43. Ausführlich befassen sich mit dem Parteiverfahren: Jens Becker, Theodor Bergmann und Alexander Waitlin (Hg.): Das erste Tribunal. Das Moskauer Parteiverfahren gegen Brandler, Thalheimer und Radek, Mainz 1993.

¹²⁹Bergmann: Strom, S. 56.

¹³⁰Ebenda, S. 49.

¹³¹Ebenda, S. 50f.

¹³²Ebenda, S. 53.

¹³³Von ihren Gegnern wurde sie spöttisch KPD-Null genannt (Keßler: Linke, S. 20).

¹³⁴Bergmann: Strom, S. 64

KPD in Deutschland erst möglich gemacht hatten.¹³⁵

Auf dem Gründungstreffen wurde ein Entwurf für eine politische Plattform der KPD(O), ihrer Zielsetzungen und Grundsätze, abgefasst, der in der Folgezeit ausführlich auf Mitgliederversammlungen, Konferenzen und in den Organen der KPD(O) diskutiert und auf der dritten Reichskonferenz Ende 1930 angenommen wurde.¹³⁶ Darin bekannte sich die KPD(O) uneingeschränkt zum Kommunismus, lehnte aber die Autorität der KPD und Komintern aufgrund schwerwiegender taktischer Differenzen ab. Sie betrachtete sich jedoch nicht als neue Partei, sondern sah ihre Funktion als organisierte Richtung in der kommunistischen Bewegung, welche die Mitglieder der KPD und der Komintern für eine andere Taktik gewinnen und dennoch auch eigenständig außerhalb der Partei um ihre Politik kämpfen wollte. Dabei wurde die Korrektur des Kurses nicht aus den Führungen der KPD und Komintern erwartet, sondern durch strukturelle Demokratisierung und Gewinnung der Mitgliedschaft.¹³⁷ Auf die inhaltlichen Forderungen der KPD(O) soll an dieser Stelle nicht eingegangen werden, da sie sich mit den weiter unten beschriebenen Vorstellungen Thalheimers decken.

Am 17. November erschien in Breslau die erste Ausgabe von „Gegen den Strom“ als „Mitteilungsblatt der KPD, Ortsgruppe Breslau (Opposition)“. Ab dem Jahre 1929 wurde die Zeitung „zum Sprachrohr der Opposition der KPD im Reichsumfang“ und begleitete von nun an die KPD(O) als Wochenzeitung bis zur Illegalität. Von Februar 1933 bis Ende 1935 konnte sie nur noch unregelmäßig und illegal erscheinen.¹³⁸

Die KPD(O) orientierte sich mit ihren Organisationsstrukturen eng an denen der KPD, was sich aus dem Ziel der „Eroberung der Partei“ ergab.¹³⁹ Ihre Mitgliederzahl ist nicht genau bekannt, belief sich aber vermutlich auf 4000 bis 5000.¹⁴⁰ Mit offenen Briefen sowie Aufrufen an die KPD versuchte die KPD(O) auf die Politik der KPD-Führung Einfluss zu nehmen und, weil dieses wenig erfolgversprechend war, vor allem die Mitglieder der KPD von den verheerenden Folgen der Strategie ihrer Führung zu überzeugen.¹⁴¹

¹³⁵Tjaden: Struktur, S. 109

¹³⁶Bergmann: Strom, S. 64f.

¹³⁷Ebenda, S. 66.

¹³⁸Ebenda, S. 63.

¹³⁹Tjaden: Struktur, S. 113.

¹⁴⁰Ebenda, S. 120.

¹⁴¹Beispielsweise versuchte die KPD(O) nach dem Sturz der Brüning-Regierung mit einem Schreiben an die Führungen des ADGB, der SPD und der KPD eine gemeinsame Widerstandfront anzuregen. Hierauf erfolgte seitens der Organisationen keine Reaktion (Becker: August Thalheimer, S. 85f; Tjaden: Struktur, S. 201f.). Des weiteren versuchte sie, die Teilnahme der KPD am faschistischen Volksentscheid gegen die preußische Landesregierung zu verhindern, die Gewerkschaftspolitik im Sinne der Mitarbeit in den freien Gewerkschaften zu beeinflussen, warnte vor der isolierten Demonstration am 1. Mai 1929 in Berlin, die mit einem Blutbad endete, und pochte immer wieder auf

Gelegentlich gelang es der KPD(O) in Orten, in denen die Mitglieder wichtige Posten in Gewerkschaften innehatten, partiell Einheitsfronten auf breiterer Grundlage zu bilden und einen gemeinsamen antifaschistischen Kampf zu organisieren.¹⁴² Auch kandidierte die KPD(O) bei Wahlen zu den Länderparlamenten in Sachsen und Thüringen eigenständig, weil die KPD sich einer Zusammenarbeit verweigert hatte, allerdings mit geringem Erfolg.¹⁴³

Die KPD(O) war in sich keineswegs homogen und spaltete sich im Jahre 1931 an Fragen der Bewertung der SPD-Linken (Sozialistische Arbeiterpartei), dem Verhältnis zur UdSSR, der Einschätzung der faschistischen Gefahr und dem Selbstverständnis als neue Partei oder „Richtung“ innerhalb der KPD.¹⁴⁴ Letztendlich blieb die Wirkung der KPD(O)-Politik, bedingt durch ihre organisatorische Schwäche, auf lokale und meist gewerkschaftliche und kommunalpolitische Positionen und Initiativen beschränkt.¹⁴⁵

Thalheimer selbst floh nach der Machtübertragung auf die Nationalsozialisten im Januar 1933 nach Paris und wirkte von dort aus an der Organisation des Widerstandes der KPD(O) mit. Seine politische Arbeit, die nun hauptsächlich aus Briefwechseln bestand, setzte er seit 1941 auf Kuba fort, wo er 1948 an einem Herzinfarkt starb.

4.2 August Thalheimer: „Über den Faschismus“

Im Sommer 1928, als August Thalheimer noch Mitglied der Kommunistischen Internationale war, reichte er bei der Programmkommission der Komintern eine umfassende Denkschrift ein, die einen ausführlichen Abschnitt über den Faschismus beinhaltete. Dieser Teil der Schrift stellt die bekannteste Arbeit Thalheimers zum Faschismus dar und wurde im Januar 1930 unter dem Titel „Über den Faschismus“ in „Gegen den Strom“ veröffentlicht. In Anlehnung an die Bonapartismustheorie von Marx und Engels entwickelt Thalheimer hier Ansätze zu einer generalisierenden Faschismustheorie. Dies geschieht hauptsächlich im Bezug auf den Faschismus in

die Notwendigkeit der überparteilichen Einheitsfront (Tjaden: Struktur, S. 204f.). Die Vorschläge wurden allerdings in keinem Fall von der KPD-Führung aufgenommen und auch die Resonanz in der Mitgliedschaft blieb sehr begrenzt. Von Einzelübertritten abgesehen schlossen sich auf diese Initiativen hin recht wenige KPD-Mitglieder der KPD(O) an (Ebenda, S. 206). Nach Ablauf des Jahres 1929 war das organisatorische Wachstum der KPD(O) im Wesentlichen beendet (Tjaden: Struktur, S. 249).

¹⁴²Bergmann: Strom, S. 101.

¹⁴³Ebenda, S. 101ff.

¹⁴⁴Tjaden: Struktur, S. 239ff.

¹⁴⁵Ebenda, S. 250.

Italien. Thalheimers Faschismustheorie darf aber nicht auf diesen Aufsatz beschränkt werden, da dieser am Anfang seiner Auseinandersetzung mit dem Faschismus steht und ohne die Anwendung auf die konkreten Ereignisse in Deutschland unvollständig bleibt. Viele seiner später in „Gegen den Strom“ erschienenen Artikel, die aktuelle Tagesereignisse analysieren, gehen über diesen Aufsatz hinaus, modifizieren oder ergänzen ihn. Das theoretische Gerüst des Bonapartismus nutzt Thalheimer in der Folgezeit als Instrument, um die Entwicklung der politischen Situation in Deutschland, den Abbau der parlamentarischen Demokratie und das Anwachsen der faschistischen Bewegung zu analysieren, und ebenso, um daraus Handlungsanweisungen für die deutsche Arbeiterklasse abzuleiten.

4.2.1 Bonapartismus

Es ist anzunehmen, dass August Thalheimer sich nicht zuletzt deshalb für seine Faschismusanalyse der Schriften von Marx bediente, weil er sich der Autorität bewusst war, die diese unter Kommunisten genießen. Indem er bewies, dass eine analytische Differenzierung zwischen sozialer und politischer Herrschaft bereits in Marx' Schriften vorzufinden ist, versuchte er, die mechanische Anschauung der Komintern anzufechten und das Verhältnis zwischen Politik und Ökonomie zum Gegenstand der theoretischen Diskussion zu machen.

Thalheimer wird häufig vorgeworfen, die Analyse der Situation in Frankreich im 19. Jahrhundert unzulässigerweise und unreflektiert auf Italien und Deutschland im zwanzigsten Jahrhundert übertragen zu haben.¹⁴⁶ Die Gleichsetzung von Bonapartismus und Faschismus verhindere den Zugang zur systematischen Analyse der spezifischen Merkmale des Faschismus. August Thalheimer begreift den Faschismus und den Bonapartismus jedoch als Phänomene, welche zwar verwandt, jedoch keinesfalls identisch sind.

„Der beste *Ausgangspunkt* für die Untersuchung des Faschismus scheint mir die Marxsche und Engelssche Analyse des Bonapartismus (Louis Bonaparte) zu sein. Wohlverstanden, ich setze nicht Faschismus und Bonapartismus *gleich*. Aber es sind *verwandte* Erscheinungen mit sowohl gemeinsamen als auch mit abweichenden Zügen, die *beide* herauszuarbeiten sind.“¹⁴⁷

Ihre Verwandtschaft bestehe darin, dass es sich bei beiden Herrschaftsformen nicht nur um kapitalistische Machtausübung, sondern um eine „offene Diktatur des Kapitals“

¹⁴⁶Mandel: Trotzkis Faschismustheorie, S. 35; Wippermann: Entwicklung, S. 46; Saage: Faschismustheorien, S. 121f; Fritzsche: Faschismustheorie, S. 345; Leppert-Fögen: Klasse, S. 299.

¹⁴⁷Thalheimer: Faschismus, S. 28.

handele.¹⁴⁸ Thalheimer betont in diesem Zusammenhang, und hiermit grenzt er sich dezidiert von der Faschismusanalyse der Komintern ab, dass der Faschismus nicht *die*, also die einzige, sondern nur *eine* von mehreren möglichen Formen der offenen kapitalistischen Diktatur sei. Der Bonapartismus sei eine andere dieser Formen.¹⁴⁹ Die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der beiden Herrschaftsformen werden von Thalheimer am Beispiel des italienischen Faschismus erläutert.

Gemeinsam sei beiden Ausprägungen der Prozess der „Verselbständigung der Exekutivgewalt.“¹⁵⁰, die zur politischen Unterwerfung aller gesellschaftlichen Gruppen einschließlich der Bourgeoisie unter die Staatsmacht geführt habe. Gleichzeitig sei die soziale Herrschaft jedoch in den Händen der Großbourgeoisie und der Großgrundbesitzer geblieben.¹⁵¹ Beide Formen der Diktatur des Kapitals würden den Anspruch erheben, Wohltäter aller Klassen zu sein und kein spezifisches Klasseninteresse zu verfolgen, tatsächlich aber im Sinne des Großkapitals handeln. Dieser Unterscheidung zwischen der politischen Macht und der sozialen Herrschaft kommt in Thalheimers Konzeption eine zentrale Stellung zu. Sie macht die grundlegende Differenz zu der heteronomistischen Analyse der Kominternposition aus. Hier beruft sich Thalheimer ausführlich auf den „18. Brumaire“ von Karl Marx. Sowohl die bonapartistische als auch die faschistische Diktatur seien „ihrem *gesellschaftlichen Inhalt nach* die Diktatur des Großkapitals. Ihrer *politischen Erscheinung nach* ist sie Diktatur auch über die Großbourgeoisie und ihre Parteien.“¹⁵²

Die faschistische Partei Mussolinis und die „Dezemberbande“ Bonapartes weisen nach Thalheimer zentrale Gemeinsamkeiten auf. Dies sei besonders bezüglich ihrer sozialen Zusammensetzung aus „Deklassierten aller Klassen“, des Adels, der Bourgeoisie, der Bauern, der städtischen Kleinbürger und auch der Arbeiterklasse der Fall. Das treffe ebenso für die faschistische Miliz und die bonapartistische Armee zu, welche beide als „Existenzquelle für deklassierte Elemente“ fungierten.¹⁵³

Weiterhin gebe es, was die Entstehungsbedingung einer faschistischen und einer bonapartistischen Bewegung betrifft, weitgehende Übereinstimmung bezüglich der Situation des Klassenkampfes. Sowohl in Italien als auch in Frankreich sei der Machtübernahme des Regimes ein gescheiterter Aufstand des Proletariats vorausgegangen, der zu einer weit verbreiteten Enttäuschung, Lähmung und

¹⁴⁸Thalheimer: Faschismus, S. 36.

¹⁴⁹Ebenda, S. 37.

¹⁵⁰Ebenda, S. 39.

¹⁵¹Ebenda.

¹⁵²August Thalheimer: Der sogenannte Sozialfaschismus und andere Purzelbäume der Anne-Liese, in: Faschismus in Deutschland, S. 55-59, hier S. 57.

¹⁵³Thalheimer: Faschismus, S. 39f.

Desorganisierung innerhalb der Arbeiterklasse geführt habe. Der Faschismus sei also nicht die Folge der Stärke, sondern der Schwäche der Arbeiterbewegung. Ebenso sei die Bourgeoisie „zerfahren“ und nicht mehr in der Lage, ihre Interessen mit Hilfe des parlamentarischen Apparats eigenständig durchzusetzen. Deshalb bedürfe sie einer Bewegung, welche nicht an die Regeln der bürgerlichen Demokratie gebunden sei und der sie die Vertretung ihrer Interessen übertrage könne.¹⁵⁴

Darüber hinaus wiesen die ideologischen Grundlagen des Bonapartismus und des Faschismus große Parallelen auf: Die Nation bilde die oberste Instanz und den Mittelpunkt der Ideologie, begleitet vom „Scheinkampf gegen parlamentarische und bürokratische Korruption“, sowie einer antikapitalistischen, pseudorevolutionären Rhetorik, dem „Theaterdonner gegen das Kapital“. Auch die Persönlichkeiten („Helden“) des Staatsstreiches seien einander strukturell ähnlich.¹⁵⁵

Beide Herrschaftsformen hätten zudem mit den gleichen inneren Widersprüchen zu kämpfen. Hierzu zählt etwa die Notwendigkeit für die Regime, den Widerspruch zwischen politischer und sozialer Macht aufrecht zu erhalten, also die Bourgeoisie materiell und sozial zu stärken und sie gleichzeitig politisch nieder zu halten. Ein weiteres Problem bestünde im Verhältnis des Regimes zur Arbeiterklasse. Einerseits werde eine scheinbare Klassenneutralität und die angebliche Unterstützung der materiellen Interessen der Arbeiter propagiert, während diese gleichzeitig an das Kapital ausgeliefert und dessen Interessen untergeordnet würden. Von diesen Widersprüchen, die in offene Auseinandersetzungen aufzubrechen drohen, werde auf die Außenpolitik abgelenkt. Verbunden mit der nationalistisch-imperialistischen Ideologie tendieren die Diktaturen zu Vorstößen außerhalb des nationalen Rahmens, also zum Krieg.¹⁵⁶

Unterschiede zwischen den beiden Formen der Diktatur führt Thalheimer einerseits auf lokale Gegebenheiten zurück. So habe Bonaparte die Bezeichnung „Kaiser“ übernehmen können, während sich Mussolini mit dem Titel „Duce“ habe zufrieden geben müssen, weil die Institution des Königs daneben weiter existierte. Diesen Unterschieden misst Thalheimer eine nachrangige Bedeutung zu. Wichtigere Unterschiede ergäben sich aus den Bedingungen, die die Veränderung des allgemeinen Charakters des Kapitalismus schaffe. So habe Bonaparte eine Situation der freien kapitalistischen Konkurrenz und der unvollendeten bürgerlichen Revolution vorgefunden, was ihm ermöglichte, seine Herrschaft und den Export seiner Politik als revolutionär zu bezeichnen. Mussolinis

¹⁵⁴Thalheimer: Faschismus, S. 40.

¹⁵⁵Ebenda.

¹⁵⁶Ebenda, S. 41.

Ziele seien dagegen von vornherein offen und ausschließlich reaktionär gewesen.¹⁵⁷

Auch bezüglich der „Organisatorischen Grundlagen der Staatsmacht“ nennt Thalheimer Verschiedenheiten. Während Bonapartes „Dezemberbande“ den Charakter einer kleinen Geheimorganisation gehabt habe, sei die faschistische Partei in Italien eine breite Massenorganisation gewesen.¹⁵⁸

Der Vorwurf der Gleichsetzung von Bonapartismus und Faschismus kann Thalheimer keineswegs gemacht werden. Dennoch hat die historische Analogie neben fruchtbaren Anstößen auch einschränkende Wirkung gehabt. Dies wird aus den folgenden Ausführungen, besonders im Vergleich zu Trotzki's Faschismustheorie, deutlich werden.

4.2.2 Der Faschismus in Deutschland: Die Bourgeoisie und die Wirtschaftskrise

Der wirtschaftlichen Lage, vor deren Hintergrund sich die Entwicklung in Deutschland abspielt, kommt bei Thalheimer eine gewichtige Bedeutung zu. Dabei geht er von einem allgemeinen Niedergang des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems aus.¹⁵⁹ Die im Weltmaßstab absinkende Konjunktur habe simultan sinkende Preise auf dem Weltmarkt zur Folge. Aufgrund der Folgen der Niederlage im Ersten Weltkrieg, des Verlustes der Kolonien, der Reparationszahlungen und der Inflation befinde sich das deutsche Kapital im Vergleich mit seinen Konkurrenten in einer benachteiligten Situation.¹⁶⁰ Zudem sei es gezwungen, ausländisches Kapital einzuführen und somit die Profite mit ausländischem Finanzkapital zu teilen. Der Druck führe zu verstärkter Rationalisierung, zum Ausbau von Produktionskapazitäten sowie zur größtmöglichen Ausfuhr, während die fehlende Nachfrage wiederum zu Stilllegungen zwingt. Dies bedeute, dass durch die massive Zentralisation und Akkumulation des Kapitals die Produktivkräfte in einem solchen Maße gestiegen seien, dass der Absatz der Produktion nicht mehr folgen könne. Infolge dessen befinde sich der deutsche Kapitalismus in einer Verwertungskrise. Der deutsche Imperialismus habe mehr „Heißhunger“ als Wege und Mittel, diesen zu stillen,

¹⁵⁷Thalheimer: Faschismus, S. 42.

¹⁵⁸Ebenda.

¹⁵⁹Die These vom Niedergang des Kapitalismus entwickelte Thalheimer bereits Anfang der 1920er Jahre, wie Harald Jentsch ausführlich darlegt (Jentsch: Theorie, S. 35ff.). Thalheimer geht hier nicht von einem Automatismus in Richtung Kommunismus aus, sondern von der ebenfalls möglichen Alternative des Zusammenbruchs der Zivilisation, aufbauend auf Rosa Luxemburgs berühmten Satz: „Sozialismus oder Untergang in der Barbarei!“ (Zitiert bei: Ebenda, S. 106).

¹⁶⁰August Thalheimer: Die Sozialdemokratie und die Wirtschaftskrise, in: Gegen den Strom, 4. Jg. 1931, Nr. 11, S. 120-122, hier S. 121.

und sei deshalb verstärkt auf der Suche nach neuen Absatzmärkten.¹⁶¹

Die Erschwernis, Profite auf dem Weltmarkt zu erzielen, erhöhe den Druck des Kapitals im Inland, um dort die Voraussetzungen für einen gesteigerten Export zu schaffen.¹⁶²

Dies drücke sich in einer massiven „Kapitaloffensive“ in politischer, sozialer, steuerlicher und kultureller Hinsicht aus. Diese beinhalte die Verstärkung der Zollbarrieren, massive Steuererleichterungen für das Kapital sowie einen planmäßigen Angriff auf den Lebensstandard der Bevölkerung, vor allem der Arbeiterklasse, durch den Abbau von Löhnen und Sozialleistungen. Zusätzlich würde der industrielle Mittelstand zugunsten des Monopolkapitals zerrieben, was zu einer politischen Radikalisierung führen könne.¹⁶³

Die Bourgeoisie sei nicht mehr in der Lage, eine breite Schicht der Arbeiter an ihren Gewinnen zu beteiligen, um sie an ihre Interessen zu binden und so eine „Arbeiteraristokratie“ zu schaffen, welche eine feste Stütze für die bürgerliche Demokratie sei.¹⁶⁴ Thalheimer verweist in diesem Zusammenhang auf Italien, wo die Entstehung des Faschismus dadurch begünstigt worden sei, dass sich das italienische Kapital „nicht die Aufzucht einer Arbeiteraristokratie leisten konnte.“¹⁶⁵

Längerfristig müssten die Angriffe auf die Arbeiterklasse ein Ausmaß annehmen, das im Rahmen der parlamentarischen Demokratie nicht mehr durchsetzbar wäre. Der Übergang von der bürgerlichen Demokratie zum Faschismus sei dadurch bedingt, dass die Bourgeoisie mit ihren Konzessionen, mit denen sie die Arbeiterklasse an sich gebunden habe, breche.¹⁶⁶ Um die wirtschaftliche Ausbeutung zu steigern, würden in einer spezifischen wirtschaftlichen Situation die demokratischen Rechte der Arbeiterklasse wie Wahlrecht, Pressefreiheit, Streikrecht und das Recht auf Gewerkschaften zurückgenommen, was derzeit mit der „Kapitaloffensive“ verwirklicht werde. Dies sei innerhalb der parlamentarischen Demokratie jedoch nur bis zu einem gewissen Punkt möglich. Demzufolge finde ein politischer Prozess der Entdemokratisierung statt, in dem sich die Exekutive zunehmend der demokratischen

¹⁶¹Die Wurzeln und Ziele der Kapitaloffensive (anonym), in: Faschismus in Deutschland, S. 60-64, hier S. 61 (zit. als: Wurzeln). Nicht alle in „Gegen den Strom“ erschienenen Beiträge sind namentlich gekennzeichnet. Da Thalheimer auf Aufsätze, die in einzelnen Punkten von seiner Position abwichen, meist mit einer Entgegnung antwortete, kann davon ausgegangen werden, dass anonyme Texte, die von Thalheimer nicht beantwortet wurden, weitgehend mit seiner Meinung übereinstimmten. Beiträge, die nicht explizit von Thalheimer verfasst wurden, werden in dieser Arbeit deshalb in Einzelfällen zur Erläuterung seiner Positionen herangezogen.

¹⁶²Thalheimer: Voraussetzungen, S. 100.

¹⁶³August Thalheimer: Die Krise des Parlamentarismus – das Vorspiel zur Krise der bürgerlichen Herrschaft, in: Faschismus in Deutschland, S. 48-54, hier S. 52.

¹⁶⁴Wurzeln, S. 61.

¹⁶⁵Ebenda.

¹⁶⁶August Thalheimer: Grundlagen und Wege der Faschistischen Entwicklung in Deutschland, in: Faschismus in Deutschland, S. 77-91, hier S. 82.

Beeinflussung durch die Mehrheit der Bevölkerung entziehe und scheinbar über die Klassen stelle.

Das Kapital schaffe so sukzessive die Bedingungen für seine soziale Rettung, die gleichzeitig mit seiner politischen Enteignung einhergehe. Die Errichtung einer offenen Diktatur sei aber nur durch einen „Sprung, einen Putsch oder einen Staatsstreich“ möglich, bei dem sich die Bourgeoisie passiv verhalte.¹⁶⁷

Thalheimer fasst die Situation mit folgendem Satz zusammen:

*„Die soziale Herrschaft der Bourgeoisie ist in Widerspruch geraten mit ihrer politischen Herrschaft. Sie bereitet ihre politische Abdankung vor, um ihre Klassenherrschaft zu retten und zu festigen.“*¹⁶⁸

Die Tatsache der „steigenden ökonomischen und sozialen Macht einer kleinen Zahl von Trustmagnaten“, sei mit „den Formen der bürgerlichen Demokratie, die an proletarische und kleinbürgerliche Massen appellieren muß, die ihrerseits in steigenden Gegensatz zum Trustkapital geraten“¹⁶⁹ nur in Situationen des wirtschaftlichen Aufschwungs vereinbar, der Teilen der Arbeiterklasse und des Kleinbürgertums Aufstiegsmöglichkeiten biete.¹⁷⁰ Da dies aufgrund der ökonomischen und sozialen Grundlagen der Krise unmöglich sei, könne mit einer grundsätzlichen Krise der bürgerlichen Herrschaft gerechnet werden.¹⁷¹

Thalheimer setzt sich mit der Frage auseinander, inwiefern die Bourgeoisie ihre politische Macht bewusst an ein faschistisches Regime abgebe. Es sei zu einfach, sich vorzustellen, dass sie den Nationalsozialisten „freiwillig“ die Macht abtrete, nur weil die Faschisten eine großkapitalistische konterrevolutionäre Partei seien. Es sei nur ein Teil der Bourgeoisie, der die Machtübergabe an die Faschisten planmäßig vorantreibe, während ein anderer Teil noch gegen sie kämpfe. Der bürgerliche Kampf gegen den Faschismus werde aber in einer Weise geführt, die objektiv, also entgegen der Absicht, den Faschisten in die Hände arbeite und die antifaschistischen Kräfte der Bourgeoisie zermürbe und lähme.¹⁷² Zur Erläuterung führt Thalheimer das italienische Beispiel an. Um das Ziel der Zerschlagung der Arbeiterorganisationen zu verwirklichen, habe die Bourgeoisie hier den Aufbau der faschistischen Organisationen in Kauf nehmen müssen. Die Übertragung der Staatsmacht auf diese sei zwar nicht ursprünglich beabsichtigt, aber

¹⁶⁷Thalheimer: Faschismus, S. 45.

¹⁶⁸Thalheimer: Krise, S. 52.

¹⁶⁹Ebenda, S. 52f.

¹⁷⁰Ebenda, S. 53.

¹⁷¹Ebenda.

¹⁷²Thalheimer: Grundlagen, S. 88.

logische Folge dieser Handlungen gewesen.¹⁷³

„Es kommt aber nicht darauf an, was sie [die Bourgeoisie] will, sondern was sie unter bestimmten Bedingungen *muß*, d. h. wozu ihre eigenen Zwecke und die Konsequenzen der Handlungen, die sie unternimmt, um diese Zwecke durchzusetzen, sie kraft ihrer inneren Logik führen. Das braucht mit ihren ursprünglichen subjektiven Absichten nicht übereinzustimmen“¹⁷⁴.

Im Jahre 1928 konstatierte Thalheimer innerhalb der hoch entwickelten kapitalistischen Staaten, besonders in England, Deutschland und Frankreich, eine allgemeine Tendenz der Entdemokratisierung seitens der Bourgeoisie und das Bestreben, das parlamentarische System zu unterminieren. Diese Entwicklung könne unter gewissen Umständen zur offenen Diktatur des Kapitals führen, welche aber nicht unbedingt identisch mit dem Faschismus sein müsse.¹⁷⁵ Am Beispiel der Weimarer Republik beobachtet Thalheimer diesen Prozess eingehend.

4.2.3 Innenpolitische Entwicklungen

Die politischen Entwicklungen in Deutschland werden von Thalheimer durch seine Artikel in „Gegen den Strom“ ausführlich dokumentiert und eingeschätzt. Bereits vor dem Sturz der Müller-Regierung erkennt er in Deutschland eine „Krise des Parlamentarismus“, die eine „allmähliche, schrittweise Vorbereitung einer gewaltigen politischen Krise.“¹⁷⁶ bedeute. Dies sei eine Wiederholung der Erscheinungen, die in der Vorbereitungszeit des Bonapartismus in Frankreich ebenso wie im Vorfeld des Faschismus in Polen und Italien aufgetreten seien. Hierfür seien symptomatisch:

„Der Widerwille der Bourgeoisie gegenüber ihren eigenen parlamentarischen Parteien und Vertretern, als Echo darauf die Verächtlichmachung der Parteien und des Parlaments durch sich selber, der Ruf nach größerer Unabhängigkeit der Regierung gegenüber dem Parlament und seiner Parteien, nach größerer Selbständigkeit der Exekutive nach der Verstärkung der Macht des Reichspräsidenten, nach „Persönlichkeiten“, die führen, die das Parlament und die Parteien zwingen.“¹⁷⁷

Davon könne auch die Sozialdemokratie nicht ausgenommen werden.

Die Regierung des Zentrumspolitikers Brüning, welche von Hindenburg unterstützt die Müller-Regierung ablöste, bewertet Thalheimer als Ausdruck der Durchlöcherung des

¹⁷³Thalheimer: Grundlagen, S. 84.

¹⁷⁴Ebenda.

¹⁷⁵Thalheimer: Faschismus, S. 44.

¹⁷⁶Thalheimer: Krise, S. 49.

¹⁷⁷Ebenda, S. 51.

parlamentarischen Systems. Dies begründet er mit der Tatsache, dass die Zusammensetzung der Regierung Brüning nicht vom Parlament, sondern vom Reichspräsidenten bestimmt worden sei. Dieser habe das Amt „nicht koalitionsgebunden“ angetreten, was ein anderer Ausdruck für „nicht gebunden an das Parlament“ sei.¹⁷⁸ Das Ostprogramm und das Agrarzollprogramm seien vom Reichspräsidenten vorgeschrieben worden. Zudem habe die Regierung die Vollmacht erhalten, das Parlament aufzulösen und durch den Artikel 48 der Weimarer Verfassung ohne das Parlament zu regieren. Die parlamentarische Ordnung sei nur noch formal in Takt, „materiell liegt schon der *Beginn* einer anderen „Ordnung“, das *Kommando der Exekutivgewalt*,[...], vor.“¹⁷⁹ Diese Situation mache es notwendig, zwischen einer „Mehrheit im Parlament“ und einer „parlamentarischen Mehrheit“ zu unterscheiden, um den tatsächlichen Charakter der Regierung nicht zu verkennen. Auf eine formale Mehrheit könne sich Brüning durchaus stützen, auf eine parlamentarische Mehrheit jedoch nicht mehr, da die Regierungsmehrheit im Parlament mit den Deutschnationalen und den Volkskonservativen bereits einen entscheidenden antiparlamentarischen Flügel besitze. Die Form der Regierung sei also noch parlamentarisch, der Inhalt nicht mehr. Der beschriebene Widerspruch zwischen Form und Inhalt müsse sich langfristig in die eine oder die andere Richtung auflösen, was von den konkreten Kräfteverhältnissen abhängen würde. Zu berücksichtigen sei zusätzlich die anwachsende antiparlamentarische Stimmung in der bürgerlichen öffentlichen Meinung, die das Parlament von außen unter Druck setze.¹⁸⁰

Die antiparlamentarischen Tendenzen innerhalb der Bourgeoisie äußerten sich beispielsweise in der Konzentration der reaktionären Kräfte durch das Bündnis des DNVP-Vorsitzenden Hugenberg mit Hitler und in dem „*einmütige[n] Bekenntnis aller Fraktionen und Gruppen der Bourgeoisie zu den materiellen Zielen der Kapitaloffensive*.“¹⁸¹

Der bürgerlichen Demokratie käme die Aufgabe zu, zwischen den unterschiedlichen Interessen der verschiedenen Gruppen der Bourgeoisie zu vermitteln. Diese Funktion sei zum dem Zeitpunkt überflüssig geworden, zu dem das Monopolkapital die gesamte Klasse im Sinne der „Kapitaloffensive“ „unter einen Hut gebracht“ habe.¹⁸² Nur der Gewaltapparat müsse ausgebaut werden, um die scheinbare Unabhängigkeit zu

¹⁷⁸Thalheimer: Grundlagen, S. 78.

¹⁷⁹Ebenda, S. 78.

¹⁸⁰Ebenda, S. 79f.

¹⁸¹Wurzeln, S. 62.

¹⁸²Ebenda, S. 63.

kompensieren.¹⁸³

Mit Hilfe der Notverordnungen setze die Brüning-Regierung verstärkt das „kapitalistische Angriffsprogramm“ im Schutze der geschlossenen „öffentliche[n] Meinung‘ des Bürgertums“ als Reaktion auf die Wirtschaftskrise durch.¹⁸⁴

„Das Programm des kapitalistischen Angriffs bleibt also nicht nur, er wird verschärft. Daraus folgt aber, *daß die politischen Mittel und Methoden*, mit denen seine Durchführung eingeleitet wurde, nicht abgebrochen, *sondern daß sie ebenfalls verschärft werden.*“¹⁸⁵

Das Bürgertum habe sich auf die Suche nach politischen Mitteln und Wegen begeben, die Kapitaloffensive noch effektiver und dauerhafter voranzutreiben und führe zu diesem Zwecke eine „Sammlung nach rechts“ durch.¹⁸⁶ Der teilweise Abbau der

demokratischen Rechte der Arbeiter, die Stärkung der Exekutivgewalt (des Reichspräsidenten) sei bereits Fakt. Dies sei die Vorbereitung zum vollständigen Abbau der Rechte und zur Allmacht der Exekutive, also ein Schritt in Richtung Faschismus.

„Nicht *jede* Reaktion ist Faschismus“, solange sie die bürgerlich-parlamentarische Grundlage nicht antastet. In diesem Falle handele es sich aber nicht um „die gewöhnliche bürgerlich-demokratische, sondern *gerade die ganz bestimmte Reaktion in der Richtung zum Faschismus.*“¹⁸⁷ Was sich in Deutschland ankündige, sei eine „*parlamentarisch verbrämte Halbdiktatur*“, gleichgültig ob diese in Gestalt einer neuen Großen Koalition oder als „*Bürgerblock* unter faschistischen Kommando“ auftrete.¹⁸⁸

Den Nationalsozialisten spricht Thalheimer in diesem Prozess die Rolle des vorwärts treibenden Flügels zu. Sie würden mit den Parteien kooperieren, um sich gleichzeitig von ihnen abzugrenzen. Währenddessen bauten sie ihre Zellen in Regierungsapparat und Betrieben weiter aus. Bei der Reichstagswahl vom 14. September 1930 konnten diese ihre Stimmenanzahl im Vergleich zu den Wahlen im Jahre 1928 verachtfachen. Dies bestätigte Thalheimers Vorhersagen von der Abwanderungsbewegung der Bourgeoisie aus dem parlamentarischen Lager ins Lager der Faschisten. Auch aus der Arbeiterklasse hätten die Nationalsozialisten viele Stimmen gewinnen können, während die Sozialdemokratie aufgrund ihrer Koalitionspolitik herbe Verluste habe hinnehmen müssen.¹⁸⁹

Der Erfolg der KPD bleibe weit hinter dem der Nationalsozialisten zurück und stehe in

¹⁸³Wurzeln, S. 63.

¹⁸⁴August Thalheimer: Der nächste Schritt, in: Gegen den Strom, 3. Jg. 1930, Nr. 37, S. 551-552, hier S. 551. (zit. als: Thalheimer: Der nächste Schritt).

¹⁸⁵Ebenda.

¹⁸⁶Ebenda.

¹⁸⁷Thalheimer: Voraussetzungen, S. 102.

¹⁸⁸Thalheimer: Der nächste Schritt, S. 550.

¹⁸⁹August Thalheimer: Der Aufschwung der faschistischen Konterrevolution, in: Faschismus in Deutschland, S. 112-118, hier S. 114.

keinem Verhältnis zu den Möglichkeiten der objektiven Lage, was auf grundlegende Fehler in der Politik der Kommunisten zurückzuführen sei.¹⁹⁰ Der falsche Optimismus und die „Prahlerei“, dass die KPD die Siegerin der Wahl sei, verhindere eine ehrliche Auseinandersetzung mit der Sachlage und den konsequenten Kampf gegen die Faschisten. Letztere würden sich nun, nachdem die Zersetzung der bürgerlichen Parteien weitgehend gelungen sei, mit Hilfe der Staatsmaschinerie auf den Terror gegen die Arbeiterorganisationen konzentrieren und innerhalb der Betriebe den Widerstand systematisch zu brechen beginnen.¹⁹¹

Bereits im Mai 1931 hatte Thalheimer den Zusammenbruch der Brüning'schen „Halbdiktatur“ prognostiziert.¹⁹² Obwohl der Artikel 48 zum normalen Regierungsmittel geworden sei, misslinge es der Brüning-Regierung, die „grundlegenden Fragen der deutschen Bourgeoisie“ zu lösen.¹⁹³ Eine Wende in der Konjunktur sei nicht eingetreten und die Faschisten hätten sich weiter der Großbourgeoisie angenähert. Hieraus ergebe sich ein neuer Schub der „Kapitaloffensive“, „neue gewaltige Schläge gegen die Lebenshaltung der Arbeiterklasse“. Diese „*neue Etappe*“ erfordere weitere Verschiebungen in der politischen Landschaft, da die Regierung gezwungen sei, für die Durchführung „neue Stützen und neue Methoden zu finden“, welche zunehmend bei den Nationalsozialisten zu suchen seien.¹⁹⁴ Es bestehe zwar noch nicht die konkrete Notwendigkeit für die Bourgeoisie und Möglichkeit für die Faschisten, die Macht vollends zu übernehmen, aber die Bedingungen reifen immer schneller heran.¹⁹⁵ Die verschärfte Fortführung des „Kapitalangriffs“ würde auf kurz oder lang spontanen Widerstand hervorrufen.

„Um die Gegenwehr zu brechen, wird das Kapital die faschistischen Terrorbanden gegen die Organisationen der Arbeiter loslassen.“¹⁹⁶

„Aber wenn der Terror gegen die Arbeiterklasse sein Ziel erreicht hat, so wird die Bourgeoisie selbst diesen Terrororganisationen machtlos gegenüberstehen. Die reaktionäre „Evolution“ schlägt dann in die faschistische Konterrevolution um, die auch die politische Machtausübung der Bourgeoisie aufhebt, aber ihre soziale Existenz bisweilen befestigt.“¹⁹⁷

Die Brüning-Regierung hinterließ die Weimarer Verfassung für Thalheimer als „einen wertlosen Fetzen Papier“¹⁹⁸ und leistete damit die Vorarbeit für die von Papen-

¹⁹⁰Ebenda.

¹⁹¹Ebenda, S. 116.

¹⁹²August Thalheimer: Vor einer neuen Etappe, in: Gegen den Strom, 4. Jg. 1931, Nr. 10, S. 105-108, hier S. 105.

¹⁹³Ebenda.

¹⁹⁴Ebenda, S. 106.

¹⁹⁵Ebenda, S. 107.

¹⁹⁶Ebenda.

¹⁹⁷Thalheimer: Etappe, S. 107.

¹⁹⁸Vorbereitung des Staatsstreichs (anonym), in: Gegen den Strom, 5. Jg. 1932, Nr. 12, S. 131.

Regierung, die nun als logische Folge die letzten Hindernisse für den faschistischen Staatsstreich beseitigen würde.¹⁹⁹

Die Absetzung der preußischen Regierung am 20. Juli 1932 wird entsprechend als „*der erste Akt des faschistischen Staatsstreichs*“ bewertet.²⁰⁰ Die Wahlen am 6. September 1932, welche die Auflösung des Reichstags durch von Papen notwendig gemacht hatte, brachten zwar einen Stimmenverlust für die NSDAP. Dennoch stieg insgesamt der Anteil der Parteien, die sich offen gegen die parlamentarische Demokratie positionierten. Hieraus zog Thalheimer den Schluss, dass die außerparlamentarischen Niederlagen der bürgerlichen Demokratie nun durch die parlamentarische Niederlage ergänzt worden seien.²⁰¹

Thalheimer erwartete jedoch kein langes Bestehen der Papen-Regierung, da sie über keine Massenbasis verfüge, auf die sie eine „offene kapitalistische Diktatur“ stützen könnte.²⁰² Insofern sei die Durchsetzung der Kapitalinteressen nicht garantiert:

„Das Kapital erwartet von seiner Diktaturregierung, daß sie „Ruhe“ schafft.. Diese Regierung ist aber die Quelle immer neuer „Unruhen“, seien es parlamentarische Skandale, Neuwahlen, oder Aktionen von der Art des 20. Juli oder 12. September. Eine diktatorische Regierung, die noch unsicherer und schwächer ist als eine parlamentarische, die alle paar Wochen einen neuen Handstreich machen muß, ist nicht das, was die große Bourgeoisie von einer reaktionären Diktatur erwartet.“²⁰³

Die Weimarer Republik sei zwar tot, doch beginne nun der Streit unter den Antidemokraten um ihr Erbe.²⁰⁴ Der neuerliche Aufschwung der Faschisten könne nur durch eine massive Konjunkturbelebung, welche den Lebensstandard der Arbeiterklasse schnell anheben würde, oder durch „*einen umfassenden und planmäßigen Massenangriff*“ der Arbeiterklasse verhindert werden. Ersteres sei höchst unwahrscheinlich, und letzteres setze einen radikalen Wandel der Taktik der KPD voraus.²⁰⁵

Mit der Koalitionsregierung von Papen und Hitler im Jahre 1933 ist für Thalheimer „die faschistische Diktatur errichtet worden.“²⁰⁶ Ein Putsch sei hierfür gar nicht mehr notwendig gewesen, da die letzten bürgerlich-demokratischen Elemente im Staatsapparat bereits am 20. Juli 1932 beseitigt worden seien. Die faschistische Partei sei mit dem offiziellen Staatsapparat verschmolzen und habe diesen unter das Kommando

¹⁹⁹Ebenda.

²⁰⁰Die Lehren des 20. Juli (anonym), in: Gegen den Strom, 5. Jg. 1932, Nr. 16, S. 179-180, hier S. 179.

²⁰¹August Thalheimer: Nach den Wahlen des 6. November, in: Faschismus in Deutschland, S. 184-190, hier S. 184f.

²⁰²Ebenda, S. 185.

²⁰³Ebenda, S. 186f.

²⁰⁴Von Brüning bis Schleicher (anonym), in: Faschismus in Deutschland, S. 191-197, hier S. 193.

²⁰⁵Thalheimer: Wahlen, S. 189f.

²⁰⁶Faschistische Diktatur über Deutschland (anonym), in: Faschismus in Deutschland, S. 198-202, hier S. 198.

der NSDAP gestellt, sowie die faschistischen Terrororganisationen in den Staat eingegliedert. Die Diktatur bewiese sich nun als „Verfechterin des schrankenlosen Kapitalangriffs, der vollkommenen Rechtlosmachung der Werktätigen“.²⁰⁷

Die Beschwichtigungen der KPD und SPD, dass Deutschland „nicht Italien sei“, zeugen für Thalheimer von einer maßlosen Unterschätzung der Situation. Wenn die Arbeiterbewegung sich nicht im letzten Moment zusammenraufe und eine Einheitsfront schaffe, „dann wird der deutsche Faschismus, der nunmehr zur Macht gelangt ist, die italienischen Zustände bald eingeführt, ja übertroffen haben.“²⁰⁸ Zwar sei es den Nationalsozialisten nicht gelungen, die Arbeiterorganisationen wie in Italien bereits vor ihrer Machtübernahme zu zerschlagen, sie habe sich erst des Staatsapparates bemächtigen müssen. Aber gerade deswegen „wird der Vernichtungsfeldzug noch viel „gründlicher“ und schneller vor sich gehen müssen, infolgedessen wir der Terror blutiger, werden die Opfer größer als in Italien sein.“²⁰⁹

4.2.4 Arbeiterklasse, KPD und Einheitsfront

Thalheimer warnte früh, dass, wenn die Arbeiterklasse nicht aktiv und effektiv in den Machtkampf eingreife, die Entwicklung zur faschistischen Diktatur unvermeidlich sei.²¹⁰

Die Arbeiterklasse sei die einzige gesellschaftliche Kraft, die in der Lage sei, den Vormarsch des Faschismus aufzuhalten. Die bloße Existenz der Arbeiterorganisationen aber könne ohne aktiven Massenwiderstand nicht ausreichen. Dieser sei nur dann möglich, wenn die Spaltung in Kommunisten und Sozialdemokraten in dem Maße überwunden würde, dass ein gemeinsamer Kampf durch das Mittel der Arbeitereinheitsfront möglich sei. Sowohl die Politik der Sozialdemokratie als auch der Kommunisten sei allerdings nicht geeignet, dieses Ziel zu verfolgen. Im Gegenteil, sowohl der Legalismus der SPD als auch der ultralinke Kurs der KPD führten zur weiteren Zersplitterung und Lähmung der Arbeiterklasse und spielten somit den Faschisten in die Hände.

Die Hauptkritik Thalheimers trifft die Kommunistische Partei. Dies liegt nicht daran, dass er die Politik der SPD als weniger schädlich einschätzte, sondern daran, dass es der

²⁰⁷Ebenda, S. 199.

²⁰⁸Ebenda, S. 200.

²⁰⁹Deutschland und Italien (anonym), in: Faschismus in Deutschland, S. 212-218, hier S. 218.

²¹⁰Thalheimer: Grundlagen, S. 85.

„konterrevolutionären Rolle“ der Sozialdemokratie entspräche, ein Gefühl der Ohnmacht in der Arbeiterklasse zu erzeugen. Die KPD dagegen habe die Aufgabe, die Arbeiter zum Kampf gegen den Faschismus zu sammeln und zu vereinigen, und diesen Kampf mit aller Konsequenz zu führen. Komme sie dieser Aufgabe nicht nach, wie es in Deutschland derzeit der Fall sei, widerspräche dies ihrer historischen Rolle und sei damit um so verantwortungsloser.²¹¹

Aus der politischen Krise in Deutschland ergeben sich nach Thalheimer eindeutige Anforderungen, welche die KPD zu erfüllen habe. Sie müsse die Aufgabe wahrnehmen, dafür zu sorgen, dass der Ausgang der Krise nicht in Form einer Konterrevolution, sondern einer Revolution stattfinde, indem sie „sich mit den werktätigen Massen und ihren Kämpfen“ verbinde und verhindere, dass „die von der bürgerlichen Demokratie und von den bürgerlichen Parteien einschließlich der Sozialdemokratie enttäuschten Massen den Stimmungen der Passivität, der politischen Gleichgültigkeit und der politischen Unorganisiertheit zum Opfer fallen.“ Der ultralinke Kurs der Partei fördere Letzteres.²¹² Nach der Reichstagswahl 1930 schrieb Thalheimer:

„Und der Wahlerfolg der KPD kann heute niemand darüber hinwegtäuschen, daß bei der Fortsetzung dieses Kurses der Sieg der faschistischen Konterrevolution eben so sicher ist wie die *Katastrophe, der Zusammenbruch der Kommunistischen Partei*, damit der Arbeiterbewegung in Deutschland, und damit der Kommunistischen Internationale als einer revolutionären Massenkraft außerhalb der Sowjet-Union.“²¹³

Der „ultralinke“ Kurs der KPD setzt sich für Thalheimer aus zwei politischen Grundannahmen zusammen: Dies ist erstens die Sozialfaschismustheorie und zweitens die Einschätzung, dass sich die deutsche Arbeiterklasse in einer Offensive befinde und die proletarische Revolution kurz bevor stehe.

Die Theorie des „Sozialfaschismus“ begreift Thalheimer als „Musterbeispiel der vollkommenen Unfähigkeit“ der KPD-Führung, „auch nur das ABC der wirklichen Klassenverhältnisse in Deutschland“ zu verstehen.²¹⁴

Thalheimer weist zwar der Sozialdemokratie eine beträchtliche Verantwortung für das Wachstum der faschistischen Bewegung zu.

„Die Rolle der bürgerlich-parlamentarischen Parteien, einschließlich der Sozialdemokratie, bei der Vorbereitung des Faschismus, besteht nicht darin, daß sie sich selber in Elemente der faschistischen Partei verwandeln, sondern darin, daß sie den Parlamentarismus und sich selber diskreditieren und dadurch die Entstehung einer faschistischen Partei begünstigen, die das Urteil vollstreckt, das sie über sich selber

²¹¹Der Faschismus wächst! (anonym), in: Gegen den Strom, 2. Jg. 1929, Nr. 33, S. 5.

²¹²Thalheimer: Krise, S. 53.

²¹³Thalheimer: Aufschwung, S. 118.

²¹⁴Thalheimer: Sozialfaschismus, S. 55.

fällen [...].“²¹⁵

Die SPD bereite in zweierlei Weise den Nährboden für die Faschisten: Einerseits unterstütze sie die Kapitaloffensive und Sorge damit für eine zunehmende Verelendung innerhalb der Arbeiterklasse und des Kleinbürgertums. Andererseits enttäusche sie durch ihre Politik eine große Anzahl von Arbeitern, welche frustriert der Arbeiterbewegung den Rücken zukehren und anfällig für faschistische Demagogie würden.²¹⁶ Dies beweise aber keinesfalls, dass die SPD selbst faschistisch sei. Es sei dringend notwendig, eine Unterscheidung zwischen reaktionärer Politik gegen die Arbeiterklasse und dem Faschismus zu machen, auch wenn das eine die Vorbereitung zum anderen darstellen könne.²¹⁷

Die Phrase von der „Offensive“ oder „Gegenoffensive“, in der sich die Arbeiterklasse befinde, sei besonders schädlich, da sie erstens nicht zutreffe, reinem Wunschdenken entspringe und zweitens mit vollkommener Passivität verbunden sei:

„die Arbeiterklasse [ist] noch nicht einmal in ernsthafter Verteidigung gegen die Kapitaloffensive begriffen [...] dank dem Versagen der KPD, dank der Tatsache, daß die Führung von den „höchsten Formen des Klassenkampfes“ schwadronierte, während sie es unterließ, auch nur die *niedrigsten Formen der Abwehr* zu organisieren, daß sie betäubende Niederlagen in glänzende Siege umdichtete[...].“²¹⁸

Es sei vollkommen unzweckmäßig, den sozialdemokratischen Arbeitern die Rätediktatur abstrakt als Gegenstück zu Koalitionspolitik der SPD entgegenzuhalten. Stattdessen müsse der Weg dorthin aufgezeigt werden. Hierzu müsse verdeutlicht werden, dass die proletarische Diktatur „im schärfsten Gegensatz zur bürgerlichen Demokratie“ stehe, aber „*nicht im Gegensatz zu den demokratischen Rechten der Arbeiter.*“²¹⁹

Die falsche Politik der KPD äußere sich auch in ihrer Gewerkschaftspolitik, an der Thalheimer scharfe Kritik übt. Die Gründung eigener Gewerkschaften habe zur Spaltung der Gewerkschaftsbewegung, zur Preisgabe der kommunistischen Positionen innerhalb der Gewerkschaften geführt und der Sozialdemokratie den Einfluss auf diese überlassen, während die Kommunistische Partei „ohnmächtig, aber mit eitlen Prahlereien *neben* der Bewegung her“ liefe.²²⁰

Folge der Fehleinschätzungen durch die KPD seien die Isolierung von den Massen und die Unfähigkeit, sozialdemokratische Arbeiter gegen den Faschismus und für den

²¹⁵Thalheimer: Sozialfaschismus, S. 56.

²¹⁶Wurzeln, S. 63.

²¹⁷Thalheimer: Sozialfaschismus, S. 58.

²¹⁸Ebenda.

²¹⁹Thalheimer: Der nächste Schritt, S. 552.

²²⁰August Thalheimer: Eine verlorene Hauptschlacht, in: Faschismus in Deutschland, S. 119-124, hier S. 121.

revolutionären Kampf zu gewinnen.²²¹ Im Gegenteil, sie nutze damit objektiv sowohl der faschistischen Bewegung als auch der Sozialdemokratie. Die Unfähigkeit der KPD-Führung, die richtige Strategie anzuwenden, habe dazu geführt, dass die SPD in der Koalitionsregierung „Verbrechen auf Verbrechen gegen die Arbeiterklasse häufen“ konnte, ohne dabei auf Widerstand aus den eigenen Reihen zu treffen.²²² Die enttäuschten sozialdemokratischen Arbeiter seien entweder in Passivität verfallen oder hätten sich für die Propaganda der Nationalsozialisten geöffnet.²²³

Die Gründe für die Fehler der KPD liegen für Thalheimer zu großen Teilen in der strukturellen und politischen Abhängigkeit von der Führung der Kommunistischen Internationale und in dem Übergewicht der sowjetischen Sektion in ihr. Im Jahre 1923 habe mit der „Bolschewisierung“ der Komintern eine Entwicklung eingesetzt, die darin bestand, dass die russische Führung „auf die europäische Bewegung Formen, Methoden [und] eine Taktik aufzupropfen versuchte, die die wirklichen Kampfbedingungen, die Eigentümlichkeit der Klassenverhältnisse in den einzelnen Ländern und die Notwendigkeit, die allgemeinen kommunistischen Grundsätze ihnen entsprechend zu konkretisieren, glatt übersah.“²²⁴ Dies sei einerseits auf das Fehlen fähiger Persönlichkeiten mit ausreichender Weitsicht vom Format Lenins zurückzuführen. Ausschlaggebender sei jedoch die Bürokratisierung, die innerhalb der KPdSU stattgefunden habe und sich über die Komintern auch auf die anderen Sektionen auswirke.²²⁵ Die Erfahrungen der Sektionen außerhalb der UdSSR würden nicht ausgewertet und entsprechend keine Lehren und Schlüsse daraus gezogen. Das Scheitern des „ultralinken Kurses“ würde gleichsam in den Führungen der Komintern sowie der KPD nicht anerkannt, weil dies zu einer vollkommenen Revision der Politik seit 1928 hätte führen müssen und damit zur Bankrotterklärung der Führungen selbst.²²⁶ Stattdessen werde versucht, das eigene Versagen durch „Flickversuche“ zu vertuschen, würden widersprüchliche Losungen ausgegeben, die zu Verwirrung in der Partei und der Arbeiterklasse sowie zu weiteren verheerenden Fehleinschätzungen der eigenen Möglichkeiten und vollkommener Verkennung der politischen Situation führten.²²⁷

„Die Folgerung, die daraus gezogen wird, ist die, daß der ultralinke Kurs noch

²²¹Thalheimer: Sozialfaschismus, S. 58.

²²²August Thalheimer: Zur Reichskonferenz, in: Gegen den Strom, 2. Jg. 1929, Nr. 42, S. 1-4, hier S. 1.

²²³Ebenda.

²²⁴August Thalheimer: Die Krise der Kommunistischen Internationale, in: Gegen den Strom, 2. Jg. 1929, Nr. 10, S. 5-6, hier S. 6.

²²⁵Ebenda.

²²⁶August Thalheimer: Die Flickversuche der KPD am ultralinken Kurs, in: Gegen den Strom, 4. Jg. 1931, Nr. 12, S. 131-133, hier S. 131.

²²⁷Thalheimer: Flickversuche, S. 132.

verschärft, daß der aktive und passive Widerstand dagegen, der sich in der Partei erhebt, noch brutaler niedergeschlagen werden und daß der Apparat von neuem gesäubert werden muß.²²⁸

Thalheimer fordert eine umgehende Abkehr von dieser Politik. Die KPD müsse vielmehr mittels der Einheitsfronttaktik einen effektiven Widerstand sowohl gegen die Kapitaloffensive als auch gegen den Faschismus organisieren. Ausgangspunkt der Überlegungen Thalheimers ist der Umstand, dass die Kommunistische Partei in Deutschland nur eine Minderheit der Arbeiterklasse hinter sich habe und dennoch der Kampf gegen den Faschismus auf der Tagesordnung stehe, welcher nur durch die Mehrheit der Arbeiter erfolgreich geführt werden könne. Insofern sei die Einheitsfront die Antwort auf die Spaltung und Zersplitterung der Arbeiterklasse, welche das Erstarken des Faschismus erst ermögliche.

Einheitsfrontpolitik, „[d]as ist die Verbindung gemeinsamer Aktion mit nichtkommunistischen Arbeitern mit grundsätzlicher kommunistischer Propaganda, die auf Grund des Verlaufs und der Resultate der Aktion die reformistischen Einstellungen kritisch auflöst und den beteiligten Nichtkommunisten hilft, die kommunistischen Folgerungen zu ziehen.“²²⁹

Eine gelungene Einheitsfront in großem Maßstab setze voraus, dass sich die Kommunistische Partei mit konkreten Zielen an die Führungen der reformistischen Arbeiterorganisationen wende und diese zu gemeinsamen Aktionen auffordere.²³⁰ Diese Ziele dürfen keine explizit kommunistischen Ziele sein, weil dadurch eine Zusammenarbeit von vornherein ausgeschlossen würde, sondern konkrete Übergangsforderungen oder Tagesforderungen, die den aktuellen Bedürfnissen der Arbeiter entsprächen.²³¹ Nur im gemeinsamen Kampf könnten die Kommunisten die sozialdemokratischen Arbeiter von der Inkonsequenz der reformistischen Führung sowie von der Notwendigkeit einer Revolution und Rätediktatur überzeugen. So könne praktisch bewiesen werden, dass es nicht der Spaltungswille der Kommunisten, sondern die bewusste Sabotage der sozialdemokratischen Führer sei, die den gemeinsamen Kampf erschwere. Diese Einsicht beschleunige die Abkehr der Arbeiter von der SPD und die Entwicklung ihres revolutionären Bewusstseins.

Kommunisten müssen die bürgerliche Republik gegen die Faschisten verteidigen, wie sie 1920 gegen den Kapp-Putsch und 1917 in Russland gegen den Kornilow-Putsch

²²⁸Thalheimer: Reichskonferenz, S. 1f.

²²⁹August Thalheimer: Zur Dialektik der kommunistischen Einheitsfronttaktik, in: Gegen den Strom, 3. Jg. 1930, Nr. 52, S. 745-746, hier S. 746.

²³⁰August Thalheimer: Stückwerk, in: Gegen den Strom, 5. Jg. 1932, Nr. 11, S. 122-128, hier S. 123.

²³¹August Thalheimer: Wo stehen wir in den Wirtschaftskämpfen? In: Gegen den Strom, 2. Jg. 1929, Nr. 13, S. 6.

verteidigt wurde,²³² nicht um diese langfristig zu retten, sondern um Sozialdemokraten in ihrem Verhalten gegen die Massen zu entlarven und um die Voraussetzung für die Mobilisierung zum Kampf um die Rätediktatur zu schaffen.²³³

Die Arbeiterorganisationen müssen sich in jedem Ort zu „antifaschistischen Kartellen zusammenschließen, daß überparteiliche, wirklich umfassende proletarische Klassenwehren (statt der bloßen Parteigruppen) den faschistischen Kampforganisationen gegenübergestellt werden, deren Hauptstütze die Betriebe sind; [...]“ Dies lege „zugleich die Keime zu künftigen politischen Arbeiterräten und damit zum künftigen Rätestaat.“²³⁴

Der Kampf gegen einzelne Maßnahmen müsse mit der Propagierung der „Kontrolle der Produktion durch die Arbeiterklasse“ verbunden werden.²³⁵ Durch abstrakte Propaganda könnten die reformistischen Illusionen nicht zerstört werden, sondern nur in konkreten gemeinsamen Aktionen.²³⁶

Thalheimer skizziert ein dialektisches Schema, welches er der Einheitsfronttaktik zugrunde legt: Die Ausgangssituation (These) sei der Kampf um die Diktatur des Proletariats zu einem Zeitpunkt, an dem in der Arbeiterklasse keine Mehrheit für kommunistische Idee vorhanden sei. Als Antithese fungiere dann der Tageskampf für konkrete politische oder wirtschaftliche Forderungen, in welchem die Kommunisten eine feste Mehrheit für ihre Ideen gewinnen. Mit dieser neu gewonnenen Mehrheit müsse dann der Kampf um die Rätewahl geführt werden, was zugleich die Negation des Tageskampfes sowie die Synthese des Kampfes für die Räteherrschaft ohne Mehrheit und die Gewinnung der Mehrheit im Tageskampf darstelle. Der Kampf um die Diktatur des Proletariats werde auf einer höheren Stufe weitergeführt. Mit der Erreichung der dritten Stufe sei die Einheitsfronttaktik unnötig geworden, da ihr Zweck, die Gewinnung einer Mehrheit, erfüllt wurde.²³⁷

²³²Thalheimer: Grundlagen, S. 90.

²³³Thalheimer: Krise, S. 54.

²³⁴Thalheimer: Der nächste Schritt, S. 552.

²³⁵Wurzeln, S. 64.

²³⁶Ebenda.

²³⁷Thalheimer: Dialektik, S. 745.

5 Leo Trotzki

5.1 Trotzki und die Linke Opposition

Das Ausbleiben revolutionärer Umstürze außerhalb der Sowjetunion führte dazu, dass der die UdSSR zunehmend international isoliert wurde. Dies und die wirtschaftliche Rückständigkeit des Landes sowie die Schäden von Krieg und Bürgerkrieg begünstigten maßgeblich die seit 1921 wachsende Bürokratisierung von Staat und Partei. Die Gefahren, die daraus erwachsen, wurden von Lenin bereits 1922 erkannt.²³⁸

Früh hatten sich in der UdSSR bereits Oppositionsgruppen gebildet, welche bis 1923 innerhalb der KPdSU noch vergleichsweise viel Freiheit besaßen und deren Hauptforderungen sich auf die innerparteiliche Demokratie bezogen. Mit der zunehmenden Einschränkung der Fraktionsbildung formierte sich im Oktober 1923 die parteiinterne Linke Opposition und begann den Kampf gegen die wachsende Macht der Bürokratie aufzunehmen.²³⁹ Dieser gehörte auch Trotzki an, welcher aufgrund seiner Rolle im Oktoberaufstand 1917 und als Kommandeur der Roten Armee im Bürgerkrieg großes Ansehen genoss.

Der Linken Opposition stand die „Troika“, Sinowjew, Kamenew und Stalin, gegenüber, die eine Kampagne gegen den „Trotzkismus“²⁴⁰ startete, um die Abweichler auszuschalten.²⁴¹ Anhänger Trotzki wurden aus einflussreichen Positionen abgelöst oder versetzt, und Trotzki wurde Anfang 1925 aus dem Amt des Kriegskommissars entlassen.²⁴²

Im Jahre 1926 schloss sich die Linke Opposition mit der „neuen“ Opposition um Sinowjew und Kamenew zusammen, die mit Stalin wegen der Frage des Sozialismus in einem Land und der Agrarpolitik gebrochen hatten. In dieser Vereinigten Opposition fanden sich beinahe alle Bolschewiki, die während der Revolution in Russland eine führende Rolle gespielt hatten. Sie forderten eine höhere Besteuerung der reichen

²³⁸ Alles: Trotzlisten, S. 4.

²³⁹ Pierre Broué: Zur Geschichte der Linken Opposition (1923-1928), in: Leo Trotzki: Schriften, Bd. 3.1: Linke Opposition und IV. Internationale (1923-1926), hg. von Helmut Dahmer u.a., Hamburg 1997, S. 9-22, hier S. 9ff.

²⁴⁰ Der Begriff „Trotzkismus“ wurde zunächst nur von Gegnern Trotzki wie Stalin und Sinowjew als „kleinbürgerliche Abweichung“ (zitiert bei: Broué: Geschichte, S. 13) vom Leninismus benutzt. Da Trotzki Ideen, besonders die „Theorie der Permanenten Revolution“ als „Kernstück der Trotzki'schen Ideen“ (Bahne: „Trotzkismus“ in Geschichte und Gegenwart, S. 62) jedoch eine gewisse Eigenständigkeit gegenüber anderen marxistischen Konzeptionen besitzen, kann mit Recht vom „Trotzkismus“ als einer gesonderten politischen Richtung gesprochen werden. Siegfried Bahne spricht von Trotzkismus als einer „Sekundärlehre vom Marxismus“ (ebenda, S. 63).

²⁴¹ Alles : Trotzlisten, S. 7.

²⁴² Robert V. Daniels: Das Gewissen der Revolution. Kommunistische Opposition in der Sowjetunion, Berlin 1978, S. 285ff.

Bauern, die Stärkung der Industrie gegenüber der Landwirtschaft, Arbeiterdemokratie sowie ein Ende der bürokratischen Tendenzen in Partei und Staat und das Vorantreiben der Revolution in anderen Ländern.²⁴³ Es gelang der Führung um Stalin schnell, die Opposition zum Schweigen zu bringen. Sowohl Trotzki als auch Kamenew und Sinowjew wurden aufgrund ihrer oppositionellen Aktivitäten 1927 aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen. Daraufhin zerbrach die Vereinigte Opposition. Sinowjew und seine Anhänger kapitulierten vor Stalin und wurden wieder in die Partei aufgenommen.²⁴⁴

Andere Oppositionsgruppen konnten in der Folge keinen maßgeblichen Einfluss mehr gewinnen. Diejenigen, die nicht kapitulierten, landeten in Arbeitslagern oder wurden schließlich im Zuge der „Säuberungen“ der 1930er Jahre ermordet. Trotzki selbst wurde 1927 nach Alma Ata in Kasachstan verbannt und 1929 aus der Sowjetunion ausgewiesen.²⁴⁵ Auf der türkischen Insel Prinkipo²⁴⁶ machte er sich an die Arbeit, die internationalen linksoppositionellen Kommunisten zu einer einheitlichen Fraktion in der Komintern zusammenzuschließen.²⁴⁷

Die Linke Opposition in der Sowjetunion kann als Vorgänger der deutschen Trotzkiisten betrachtet werden.

In Deutschland wurde der Kampf gegen linke Oppositionelle in der KPD von Thälmann angeführt. Seit 1926 wurde den verschiedenen linken Gruppen zunehmend mit Ausschlüssen begegnet.²⁴⁸ Auf dem 11. Parteitag in Essen im März 1927 wurde die Auflösung aller Gruppen und Fraktionen gefordert und daraufhin etwa 1.300 Mitglieder, vor allem Funktionäre, ausgeschlossen. Zunehmend entwickelten die linken Kommunisten von der KPD unabhängige Strukturen. Am 5. Dezember 1926 tagte in Berlin die erste Reichskonferenz der linken Opposition, aus der heraus in der Folge der „Leninbund“ entstand. Anhänger Trotzki bildeten hier zunächst eine Minderheit.²⁴⁹

Einige Mitglieder des Leninbundes teilten mit Trotzki die Ansicht, dass die KPD noch

²⁴³Behrend: Leo Trotzki, S. 28.

²⁴⁴Trotzki: Leben, S. 478; Alles: Trotzkiisten, S. 10.

²⁴⁵Trotzki: Leben, S. 480-520. Auf Prinkipo musste Trotzki vier Jahre lang ausharren, da ihm die Einreise nach Deutschland und Großbritannien verweigert wurde (Alles: Trotzkiisten, S. 12).

²⁴⁶Türkisch: Büyükada.

²⁴⁷Alles: Trotzkiisten, S. 12.

²⁴⁸Weber: Wandlung, Bd. 1, S. 178.

²⁴⁹Wolfgang Alles begründet den zunächst sehr geringen Einfluss Trotzki auf die deutsche linke Opposition damit, dass ihm von Sinowjew die Schuld an der „Oktoberniederlage“ von 1923 zugeschrieben wurde. Da ihm in dem Zusammenhang enge Verbindungen zu dem „Rechten“ Brandler nachgesagt wurden, wurde eine Annäherung zwischen Trotzki und den linken Oppositionellen in Deutschland erschwert (Alles: Trotzkiisten S. 6f.). Eine Veränderung des Verhältnisses stellte sich erst nach der Vereinigung Trotzki mit Sinowjew, der gute Verbindungen zu der linken Gruppe um Fischer und Maslow besaß, ein (ebenda, S. 9).

reformierbar sei.²⁵⁰ Sie trennten sich vom Leninbund und gründeten mit den Resten der ehemals einflussreichen „Weddinger Opposition“ im Jahre 1930 die Vereinigte Linke Opposition (VLO).²⁵¹ Diese verstand sich als Teil der Kommunistischen Partei und verfolgte das Ziel, innerhalb der Partei um einen Kurswechsel zu kämpfen.²⁵² Zu diesem Zeitpunkt hatte die VLO um die 200 bis 400 Mitglieder.²⁵³ Die Organisation sah sich als Teil der Internationalen Linken Opposition²⁵⁴ und berief sich explizit auf Leo Trotzki. Dies geschah besonders in Hinblick auf dessen „Theorie der Permanenten Revolution“²⁵⁵, der Kritik an Stalin und dessen Theorie vom „Sozialismus in einem Land“, seinem Verhältnis zur Sowjetunion sowie seiner Einheitsfrontkonzeption.²⁵⁶

Die VLO versuchte in erster Linie durch Propaganda auf die Mitglieder der KPD einzuwirken, was vor allem mit ihrer Zeitschrift „Der Kommunist“, die seit April 1930 erschien, und durch den Vertrieb von Broschüren geschehen sollte. Einen Schwerpunkt stellte die Propaganda zur Verwirklichung der Einheitsfront im Kampf gegen den Faschismus dar. Einige wenige Positionen innerhalb der KPD wurden von Trotzkiisten besetzt, die versuchten, in der politischen Praxis Einfluss auf die Mitglieder auszuüben.²⁵⁷ Bei Wahlen kandidierte die VLO nicht eigenständig, sondern rief zur Wahl der KPD auf, was sie jedoch stets mit einer Kritik am Wahlkampf der KPD verband,²⁵⁸ und organisierte Diskussionsveranstaltungen.

Die Vereinigung hatte auf keiner politischen Plattform stattgefunden, und alte Differenzen kamen bald wieder zum Vorschein.²⁵⁹ Politische Meinungsverschiedenheiten wurden oft auf persönlicher Ebene durch unpolitische Anfeindungen ausgetragen, und die VLO zerfiel nach knapp einem Jahr wieder in nahezu ihre ursprünglichen Bestandteile.²⁶⁰ Danach existierten in Deutschland zwei

²⁵⁰Alles: Trotzkiisten, S. 23f.

²⁵¹Ebenda, S. 27-30.

²⁵²Ebenda, S. 29.

²⁵³Ebenda, S. 28.

²⁵⁴Am 6. April 1930 fand in Paris eine Konferenz der internationalen Linken Opposition statt, auf der sich die verschiedenen trotzkistischen Organisationen unterschiedlicher Länder als „Internationale Linksopposition“ (ILO) konstituierten. Sie verfolgten nicht das Ziel der Schaffung einer neuen Internationale, sondern verstanden sich als internationale Fraktion der Komintern (Alles: Trotzkiisten, S. 34f.).

²⁵⁵Ein zentrales Element dieser Theorie ist der internationale Charakter, den die proletarische Revolution notwendigerweise haben müsse. „Die weltumfassende Arbeitsteilung, die Abhängigkeit der Sowjetindustrie von der ausländischen Technik, die Abhängigkeit der Produktivkräfte der fortgeschrittenen Länder Europas von den asiatischen Rohstoffen usw. usw. machen in keinem Lande der Welt den Aufbau einer selbständigen nationalen sozialistischen Gesellschaft möglich.“ (Leo Trotzki: Die Permanente Revolution, Frankfurt/Main 1969, S. 153).

²⁵⁶Laut Wolfgang Alles kann von diesem Zeitpunkt an von der Existenz eines „deutschen Trotzkismus“ gesprochen werden (Alles: Trotzkiisten, S. 30).

²⁵⁷Ebenda, S. 31.

²⁵⁸Ebenda, S. 49.

²⁵⁹Ebenda, S. 31.

²⁶⁰Eine detaillierte Darstellung der Auseinandersetzungen liefert Bois: VLO, S. 73-85.

Gruppierungen, die den selben Namen („Linke Opposition der KPD (Bolschewiki-Leninisten)“) trugen, wovon die eine weiterhin den „Kommunist“ herausgab, während sich die andere Gruppe, die die offizielle Sektion der trotzkistischen Internationalen Linksoption (ILO) darstellte, ein neues Zentralorgan schuf, die „Permanente Revolution“.

Der Kampf gegen den Faschismus war sowohl für die VLO als auch für ihre beiden Nachfolgeorganisationen das wichtigste Betätigungsfeld. Dabei stützten sie sich auf eine Reihe von Artikeln und Broschüren von Trotzki. Sie versuchten, die KPD von ihrer verhängnisvollen Sozialfaschismustheorie abzubringen und für eine Einheitsfront der beiden großen Arbeiterparteien SPD und KPD zu kämpfen. Beispielsweise bemühten sie sich mit Flugblättern, Reden und öffentlichen Versammlungen, die Beteiligung der KPD am Volksentscheid gegen die sozialdemokratische Regierung in Preußen zu verhindern. Es gelang den Organisationen in dieser Zeit, teilweise erheblich zu wachsen und sich örtlich Gehör zu verschaffen. Zeitweilig konnte es auch gelingen, auf lokaler Ebene Einheitsfrontkomitees zu schaffen.²⁶¹

Letztendlich hatten die Bemühungen der linken Oppositionellen jedoch keinen Erfolg. Dies ist einerseits der Tatsache zuzuschreiben, dass die Organisation sich im ersten Jahr ihres Bestehens beinahe ausschließlich mit internen Querelen befasst hatte und die Zeit danach zu knapp war - etwa eineinhalb Jahre nach der Spaltung der VLO wurde Hitler bereits zum Reichskanzler ernannt - um politischen Einfluss zu gewinnen.²⁶² Andererseits waren die personellen und finanziellen Möglichkeiten der Opposition äußerst begrenzt,²⁶³ und die KPD-Führung unternahm alles, um sie an Parteiarbeit und am Aufbau ihrer Organisationsstrukturen zu hindern.²⁶⁴

Die kampflose Kapitulation der KPD vor den Nationalsozialisten und die Reaktion der Komintern auf die Tragödie veranlassten Trotzki Mitte des Jahres 1933, die Hoffnung auf eine Reformierung der Komintern aufzugeben und die Gründung einer neuen Internationale vorzubereiten. Im September 1938 wurde diese in der Nähe von Paris ins Leben gerufen und begründete eine politische Tradition, in der sich noch heute eine

²⁶¹Sowohl Wolfgang Alles als auch Marcel Bois nennen als Beispiel die Ortsgruppe in Bruchsal, der es gelungen ist, mit Gewerkschaften und SPD einen Aktionsausschuss gegen Faschismus und Lohnabbau zu gründen (Bois: VLO, S. 98; Alles: Trotzki, S. 80).

²⁶²Tjaden nennt die Linke Opposition (Bolschewiki-Leninisten) eine „völlig unbedeutende Sekte“ (Tjaden: Struktur, S. 221).

²⁶³Wolfgang Alles schätzt die Mitgliederzahl der „offiziellen“ VLO für das Jahr 1932 auf ca. 600 (Alles: Trotzki, S. 77).

²⁶⁴Ende 1932 und Anfang 1933 wurde die „offizielle“ trotzkistische Organisation von einer weiteren Krise heimgesucht, in der offenbar wurde, dass zwei ihrer führenden Mitglieder Agenten des sowjetischen Geheimdienstes waren (Alles: Trotzki, S. 63). Eine genaue Darstellung der Krise befindet sich bei Bois: VLO, S. 106-112.

Anzahl von trotzkistischen Organisationen weltweit begreift.²⁶⁵

Trotzki selbst floh im Juli 1933 aufgrund des wachsenden Druckes durch die Sowjetunion auf die türkische Regierung nach Frankreich, von dort nach Norwegen und weiter nach Mexiko. Am 20. August 1940 wurde Trotzki von einem Agenten Stalins hinterrücks mit einem Eispickel erschlagen.²⁶⁶

5.2 Trotzki's Faschismusanalyse

Als er seine Texte zum deutschen Faschismus verfasste, lebte Leo Trotzki auf der türkischen Insel Prinkipo im Marmarameer, wohin er im Februar 1929 von Stalin ausgewiesen worden war. Zeitungen, Nachrichten, Briefe und Literatur aus Deutschland erreichten Trotzki zumeist mit einer Verspätung von bis zu zwei Wochen.²⁶⁷ Seine Schriften erschienen stets auf russisch im „Bulletin der Opposition“ und wurden entweder gleich vor Ort oder in Deutschland ins Deutsche übersetzt.²⁶⁸ Arbeiten von kleinerem Umfang erschienen in der Monatszeitschrift der Linken Opposition „Permanente Revolution“, welche jedoch eine sehr geringe Auflage hatte. Trotzki's Broschüren hingegen erreichten einen höheren Bekanntheitsgrad und wurden teilweise auch in sozialdemokratischen Kreisen gelesen.²⁶⁹

²⁶⁵In dem umfangreichen Werk von Robert J. Alexander: *International Trotskyism 1929-1985. A documented analysis of the movement*, Durham/London 1991 finden sich Darstellungen der Entwicklung der linken Opposition und später der IV. Internationale in nahezu allen Ländern. Darüber hinaus zur IV. Internationale und Trotzkiismus nach dem Zweiten Weltkrieg: Wolfgang Alles (Hg.): *Die Kommunistische Alternative. Texte der Linken Opposition und IV. Internationale 1932-1985*, Frankfurt/Main 1989; Bahne: „Trotzkiismus“ in *Geschichte und Gegenwart*, S. 77ff; Pierre Frank: *Die Geschichte der IV. Internationale*, Hamburg 1974; Pierre Broué: *Von der Linken Opposition zur IV. Internationale (1929-1940)*, in: Leo Trotzki: *Schriften*, Bd. 3.3: *Linke Opposition und IV. Internationale (1928-1934)*, hg. von Helmut Dahmer u.a., Köln 2001, S. 9-29. Die neusten Publikationen zum Thema sind: Tony Cliff: *Die Ursprünge der Internationalen Sozialisten. Die Weiterentwicklung der Theorien Trotzki's nach 1945*, Frankfurt/Main 2000; Daniel Bensaid: *Was ist Trotzkiismus?* Köln 2004; Manuel Kellner: *Trotzkiismus. Einführung in seine Grundlagen – Fragen nach seiner Zukunft*, Stuttgart 2004.

²⁶⁶Trotzki: *Leben*, Nachwort, S. 521-530.

²⁶⁷Trotzki bemerkte hierzu über sich: „Durch die Bemühungen des Stalinschen Apparates unter freundschaftlicher Mithilfe aller bürgerlichen Regierungen lebt der Autor unter Bedingungen, dies es ihm nicht ermöglichen, auf politische Ereignisse anders als mit einer Verspätung von einigen Wochen zu reagieren.“ (Leo Trotzki: *Gegen den Nationalkommunismus. Lehren des „Roten“ Volksentscheids (25.8.1931)*, in: *SüD*, S. 113-137, hier S. 113).

²⁶⁸Helmut Dahmer: *Nachwort des Herausgebers*, in: *SüD*, S. 753-762, hier S. 757.

²⁶⁹Alles: *Trotzkisten*, S. 75. In Broschürenform wurden folgende Texte veröffentlicht: Leo Trotzki: *Die österreichische Krise, die Sozialdemokratie und der Kommunismus (13.11.1929)*, in: *SüD*, S. 53-66; ders.: *Die Wendung der Komintern und die Lage in Deutschland (17.9.1930)*, in: *SüD*, S. 76-98; ders.: *Nationalkommunismus*; ders.: *Soll der Faschismus wirklich siegen? Deutschland – der Schlüssel zur internationalen Lage (26.11.1931)*, in: *SüD*, S. 145-163; ders.: *Wie wird der Nationalsozialismus*

Seit dem VI. Weltkongress der Komintern 1928 richtete Trotzki seine Aufmerksamkeit auf Deutschland, das er als „Schlüssel zu internationalen Lage“ betrachtete.²⁷⁰ Die Reichstagswahlen am 14. September 1930, die den Nationalsozialisten drastische Stimmengewinne bescherten, veranlassten ihn, sich intensiv mit dem Faschismus in Deutschland auseinander zu setzen.²⁷¹

5.2.1 Der Faschismus und das Kleinbürgertum

Seine Analyse des Kleinbürgertums und dessen Rolle in faschistischen Bewegungen unterscheidet Trotzki's Faschismustheorie grundsätzlich von der Analyse der Komintern und KPD-Führung. Die Annahme, dass zur Bewertung einer gesellschaftlichen Situation nicht nur die beiden Hauptklassen – Kapital und Proletariat – und ihre Beziehungen zueinander zu berücksichtigen sind, sondern auch die Bedeutung der Zwischenklassen, ihrer Dynamik und ihrer schwankenden Position zwischen den Hauptlagern, macht die Besonderheit der trotzkistischen Faschismusanalyse aus.²⁷² Trotzki's Überlegungen gehen davon aus, dass die Großbourgeoisie als personell verschwindend kleine Minderheit in der Gesellschaft nicht in der Lage sei, von sich aus die Herrschaft auszuüben, sondern auf die Unterstützung des Kleinbürgertums und vermittels dessen auch auf Teile des Proletariats angewiesen sei, um ihre Macht zu erhalten.²⁷³

Trotzki beschreibt rückblickend die Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft und stellt fest, dass sich die Bourgeoisie sowohl in der Phase ihres revolutionären Aufstiegs mit Hilfe des Jakobinertums als auch in der Blütezeit des Kapitalismus in Form der Sozialdemokratie, sowie in der Niedergangsepoche mit dem Faschismus auf politische Programme gestützt habe, die ihrem Charakter nach kleinbürgerlich sind.²⁷⁴

„Schon das beweist, welche große, richtige, welche entscheidende Bedeutung die politische Selbstbestimmung der kleinbürgerlichen Volksmassen für das Schicksal der gesamten bürgerlichen Gesellschaft besitzt!“²⁷⁵

Eine Bedingung für die proletarische Revolution sei es, dass sich ein entscheidender Teil

geschlagen? (8.12.1931), in: SüD, S. 164-175; ders.: Was nun?; ders.: Der einzige Weg (13./14.9.1932), in: SüD, S. 346-410 (zit. als: Trotzki: Der einzige Weg).

²⁷⁰ Helmut Dahmer: Nachwort des Herausgebers, in: SüD, S. 753-762, hier S. 759.

²⁷¹ Kuckartz: Aufstieg, S. 57. Trotzki's Schriften zur deutschen Situation und sein Versuch, auf die Ereignisse Einfluss zu nehmen, werden von Isaac Deutscher als „seine größte politische Tat im Exil“ bezeichnet (Deutscher: Trotzki, 3. Bd., S. 129).

²⁷² Trotzki: Wendung, S. 79.

²⁷³ Trotzki: Der einzige Weg, S. 356.

²⁷⁴ Ebenda.

²⁷⁵ Trotzki: Der einzige Weg, S. 356.

des Kleinbürgertums auf die Seite des Proletariats stellt. Es müsse gelingen, dass Kleinbürgertum von der Fähigkeit des Proletariats zu überzeugen, die Gesellschaft zu grundlegenden Verbesserungen zu führen.²⁷⁶ Die kommunistische Partei müsse die Mehrheit des Proletariats anführen und sich in den Augen der Massen als potentielle Führung einer Revolution darstellen. Durch Glaubwürdigkeit, Dynamik und sichtbare Stärke könne die Arbeiterklasse auf dem Weg zum proletarischen Revolution eine Sogwirkung entstehen lassen, die bei bedeutenden Teilen des Kleinbürgertums Vertrauen, Solidarisierung und Unterstützung erzeugt.

„Wenn die Kommunistische Partei die Partei der revolutionären Hoffnung ist, so ist der Faschismus als Massenbewegung die Partei der konterrevolutionären Verzweiflung. Wenn die revolutionäre Hoffnung die gesamte proletarische Masse ergreift, so zieht sie unfehlbar bedeutende und stets anwachsende Schichten des Kleinbürgertums hinter sich her auf den Weg der Revolution.“²⁷⁷

Die Lage in Deutschland in den letzten Jahren der Weimarer Republik ist für Trotzki von einer solchen Entwicklung weit entfernt. Anstatt sich an der Arbeiterklasse zu orientieren, werde das Kleinbürgertum von der sozialen Krise, die große Teile in den wirtschaftlichen Ruin treibe, nach rechts getrieben und ziehe dabei sogar Teile des Proletariats mit sich. Das Kleinbürgertum wende sich von der Revolution ab und beginne, in den revolutionären Arbeitern selbst den Grund des Übels zu sehen.²⁷⁸

Trotzki vergleicht die Situation in Deutschland im Dezember 1931 mit einer Kugel, die auf der Spitze einer Pyramide steht, und die durch den geringsten Anstoß nach links oder nach rechts zur Revolution oder zur Konterrevolution hinunter rollen wird.²⁷⁹ Die Entwicklungsrichtung würde auch darüber entscheiden, ob das schwankende Kleinbürgertum sich endgültig auf die Seite der Arbeiterklasse oder auf die des Kapitals stelle.

Das Wachstum des Faschismus in Italien sei das „Ergebnis einer verpaßten revolutionären Situation [gewesen], am Ende einer revolutionären Krise, in deren Verlauf die proletarische Avantgarde sich unfähig gezeigt hatte, an die Spitze der Nation zu treten, um das Schicksal aller Klassen, auch der Kleinbourgeoisie, zu ändern.“²⁸⁰ Die revolutionäre Krise stünde in Deutschland noch bevor, aber die Führung der Arbeiterklasse zeige alle Anzeichen dafür, die kommende Chance nicht zu nutzen und den Ausgang der Krise der Konterrevolution zu überlassen.²⁸¹

„Darin besteht ja vom kapitalistischen Standpunkt aus die Existenzberechtigung der

²⁷⁶Ebenda, S. 360.

²⁷⁷Trotzki: Wendung, S. 80.

²⁷⁸Trotzki: Der einzige Weg, S. 360.

²⁷⁹Trotzki: Nationalsozialismus, S. 164.

²⁸⁰Trotzki: Wendung, S. 81.

²⁸¹Trotzki: Wendung, S. 81.

faschistischen Diktatur, daß die Arbeiterklasse den in die geschichtliche Sackgasse geratenen Kapitalismus durch ihre Opposition noch mehr schwächt, zermürbt, paralyisiert, aber sich selber als unfähig erweist, sich der Gewalt zu bemächtigen und dem Volke aus Chaos und Fäulnis einen Ausweg zu eröffnen.“²⁸²

Trotzki prognostiziert, dass die Machtübernahme der Faschisten in Deutschland die physische Vernichtung der Führer der Arbeiterklasse und die Zerschlagung ihrer Organisationen nach sich ziehen würde. Das Ausmaß des faschistischen Terrors in Deutschland würde aufgrund der höher entwickelten Klassengegensätze um ein vielfaches brutaler als in Italien sein²⁸³ und den Zusammenbruch der Komintern, der revolutionären Traditionen und „den Triumph des Weltimperialismus in seiner abscheulichsten und blutigsten Form“ sowie einen Krieg Deutschlands mit der Sowjetunion bedeuten.²⁸⁴

„In welcher Richtung sich die Lösung der deutschen Krise entwickeln wird, davon wird auf viele Jahre hinaus nicht nur das Schicksal Deutschlands, sondern das Schicksal Europas, das Schicksal der ganzen Welt abhängen.“²⁸⁵

Die Weltlage interpretiert Trotzki als ein Resultat der grundlegenden Widersprüche des im Verfall begriffenen Kapitalismus,²⁸⁶ welche in Deutschland aufgrund der Verspätung des deutschen Kapitals auf dem Weltmarkt²⁸⁷ eine besondere Schärfe erreicht hätten.²⁸⁸

Vor dem Hintergrund der Krise sei es das Ziel der Bourgeoisie, das Lebensniveau der Arbeiterklasse bis auf ein Existenzminimum zu senken, um ihre Profite und Konkurrenzfähigkeit zu sichern. Dank der sozialdemokratischen Unterstützung für das Brüning-Regime sei dieser Prozess, ohne auf Widerstand zu stoßen, bereits weit fortgeschritten. Es gebe allerdings ein Niveau, unter das sich die Arbeiterklasse nicht freiwillig und dauerhaft drücken lasse. Um dies zu ermöglichen, müssten die Organisationen der Arbeiterklasse beseitigt werden, um das Potential für Gegenwehr zu zerstören. In der Phase des Niedergangs des Kapitalismus sei die Bourgeoisie folglich zu Bürgerkriegsmethoden gezwungen, um ihre Ausbeutungsmöglichkeiten aufrecht zu erhalten.²⁸⁹

Wenn die Mittel der bürgerlichen Demokratie und des Staates nicht mehr ausreichen, um Ruhe und Ordnung bei gleichzeitigem vollständigen Abbau der Arbeiterrechte zu garantieren, müsse sich das Kapital auf eine Massenbewegung stützen. Hieraus ergebe sich die historische Funktion des Faschismus. Seine Aufgabe gehe über gewohnten

²⁸²Leo Trotzki: Brief an einen österreichischen Genossen (19.3.1933), in: SüD, S. 498-499, hier S. 498f.

²⁸³Trotzki: Faschismus, S. 156.

²⁸⁴Ebenda, S. 157.

²⁸⁵Ebenda, S. 152.

²⁸⁶Ebenda, S. 145.

²⁸⁷Trotzki: Der einzige Weg, S. 346.

²⁸⁸Trotzki: Faschismus, S. 152.

²⁸⁹Trotzki: Der einzige Weg, S. 356.

Repressionen und Polizeiterror, die auch in der bürgerlichen Demokratie möglich wären, hinaus. Es müssten „alle Elemente proletarischer Demokratie“ zerstört und für die dauerhafte Aufrechterhaltung der Zersplitterung der Arbeiterklasse gesorgt werden. Dafür müsse der Faschismus nicht nur die Avantgarde des Proletariats umbringen, sondern die proletarischen Errungenschaften des letzten dreiviertel Jahrhunderts zerstören.²⁹⁰

Die faschistische Massenbewegung sei jedoch für das Großkapital nicht ungefährlich, da ihre Machtübernahme Erschütterungen verursachen würde, die mit Gefahren für die bürgerliche Gesellschaft verbunden sind.²⁹¹ „Die Großbourgeoisie liebt den Faschismus ebenso wenig wie ein Mensch mit kranken Kiefern das Zahnziehen.“ Daher würde die Bourgeoisie den Faschismus als „Waffe der Selbstverteidigung“ nur in den kritischsten Augenblicken und nur widerwillig verwenden.²⁹²

Die soziale Krise in Deutschland führe zur Verarmung des Kleinbürgertums und großer Teile der Arbeiterklasse.²⁹³ Das Proletariat könne hierauf reagieren, indem es sich in Arbeiterorganisationen zusammenschließe, im Sinne der eigenen Klasse Widerstand organisiere und eine revolutionäre Veränderung der sozialen Verhältnisse bewirken könne. Im Gegensatz dazu bleibe dem Kleinbürgertum in der Krise nur die Wahl, sich mit den Interessen der Bourgeoisie oder denen des Proletariats zu identifizieren, weil es zu eigenständiger Politik nicht fähig sei.²⁹⁴

Dass dem Kleinbürgertum von Marxisten die verschiedenartigsten und gegensätzlichsten, auf den ersten Blick unvereinbare Ideen und Tendenzen zugeordnet würden, begründet Trotzki nicht mit der Beliebigkeit der Terminologie, sondern mit der Tatsache, dass die soziale Natur des Kleinbürgertums tatsächlich durch außergewöhnliche Vielfalt und Widersprüchlichkeit gekennzeichnet sei. Die Übergänge nach unten hin zum Proletariat und nach oben hin zur kapitalistischen Bourgeoisie seien fließend.²⁹⁵

In Deutschland sei das Kleinbürgertum Trotzkis Ansicht nach besonders anfällig für den Faschismus, da es von der rapiden Entwicklung des Kapitalismus schonungslos zurückgeworfen worden sei. Einzelne Teile seien zugrunde gegangen, andere wiederum neu entstanden. Während es sich zahlenmäßig etwa gehalten habe, sei es gänzlich in die

²⁹⁰Trotzki: Was nun? S. 182.

²⁹¹Trotzki: Der einzige Weg, S. 357f.

²⁹²Ebenda, S. 358f.

²⁹³Trotzki: Was nun? S. 181.

²⁹⁴Trotzki: Der einzige Weg, S. 359.

²⁹⁵Trotzki: Was nun? S. 257.

Abhängigkeit vom Großkapital geraten.²⁹⁶ Anders als beispielsweise in Frankreich sei es dem deutschen Kleinbürgertum misslungen, einen festen Platz im politischen Leben einzunehmen. Die Erschütterungen des Krieges hätten es hart getroffen. Seine Verzweiflung angesichts der Krise sei deshalb besonders groß und „mußte hier den Charakter der Weißglut annehmen, um Hitler und seine Partei auf schwindelnde Höhen zu erheben.“²⁹⁷

„In der durch Krieg, Niederlage, Reparationen, Inflation, Ruhrbesetzung, Krise, Not und Erbitterung überhitzten Atmosphäre erhob sich das Kleinbürgertum gegen alle alten Parteien, die es betrogen hatten. Die schweren Frustrationen der Kleineigentümer, die aus dem Bankrott nicht herauskamen, ihrer studierten Söhne ohne Stellung und Klienten, ihrer Töchter ohne Aussteuer und Freier, verlangten nach Ordnung und nach einer eisernen Hand.“²⁹⁸

Trotsky betont die Rolle der unteren und mittleren Offiziersschicht des Ersten Weltkrieges, die sich von der Revolution und der Demokratie um ihren verdienten Ruhm gebracht sähen.²⁹⁹ In sozialpsychologischen Termini beschreibt er den Faschismus als „epidemische Verzweiflungshysterie der Mittelschichten“.³⁰⁰

Der Faschismus mobilisiere und bewaffne „die Massen des verdummten Kleinbürgertums, [...] die Banden deklassierter, demoralisierter Lumpenproletarier und all die zahllosen Menschenexistenzen, die das gleiche Finanzkapital in Verzweiflung und Elend gestürzt hat“ als Rammbock gegen die Arbeiterklasse mit dem Ziel, sich des gesamten Staatsapparates zu bemächtigen,³⁰¹ und mit der Hoffnung auf einen Umsturz, der Landwirtschaft, Handel und Gewerbe vom Zugriff „der Marxisten“ retten möge.³⁰²

„Er bringt jene Klassen auf die Beine, die sich unmittelbar über das Proletariat erheben und fürchten, in dessen Reihen gestürzt zu werden, organisiert und militarisiert sie unter Deckung des offiziellen Staates mit den Mitteln des Finanzkapitals und treibt sie zur Zertrümmerung der proletarischen Organisationen, der revolutionären wie der gemäßigten.“³⁰³

Trotsky charakterisiert den Faschismus als „plebejische“ Lösung der Krise, „eine reaktionäre Karikatur auf das Jakobinertum“. Letzteres habe auch als kleinbürgerliche Bewegung die Interessen der Großbourgeoisie durchgesetzt, mit dem Unterschied, dass es hier im Dienste des historischen Fortschritts gegenüber Adel und Monarchie gewirkt habe.³⁰⁴

Die soziale Basis des Faschismus mache diesen zu einer besonderen Art der

²⁹⁶Leo Trotsky: Porträt des Nationalsozialismus (10.6.1933), in: SüD, S. 571-580, hier S. 571f.

²⁹⁷Leo Trotsky: Das deutsche Rätsel (o. J.), in: SüD, S. 338-345, hier S. 339.

²⁹⁸Trotsky: Porträt, S. 572.

²⁹⁹Ebenda, S. 573.

³⁰⁰Leo Trotsky: Ein Sieg Hitlers bedeutet: Krieg gegen die UdSSR (o. J.), in: SüD, S. 308-315, hier S. 308.

³⁰¹Trotsky: Was nun? S. 195.

³⁰²Trotsky: Krise, S. 55.

³⁰³Trotsky: Was nun? S. 182.

³⁰⁴Trotsky: Der einzige Weg, S. 358.

kapitalistischen Reaktion, in der den Arbeitern die verzweifelten kleinbürgerlichen Massen entgeggestellt würden, und unterscheide ihn von anderen konterrevolutionären Diktaturen.³⁰⁵

Doch seien auch Arbeiter nicht immun gegen faschistische Ideen. Zwischen den beiden Klassen bestünden „kommunizierende Röhren“, durch die der Austausch von Ideen stattfinde. Wenn Angestellte und gewisse Schichten des Beamtentums sukzessive ins Lager der Faschisten übergangen, könnten diese dabei Teile der Arbeiteraristokratie mit sich ziehen. Auf dieser Linie breche der Nationalsozialismus ins Proletariat „von oben“ ein. Viel gefährlicher sei aber sein möglicher Einbruch „von unten“ durch die Arbeitslosen,³⁰⁶ welche derzeit das Hauptfundament der Kommunistischen Partei darstellten.³⁰⁷

Trotzki verwehrt sich dagegen, den Grund für den Erfolg der Nationalsozialisten in der Person Hitlers zu suchen. Dieser sei zwar in einem besonderen „Maße Knoten unpersönlicher geschichtlicher Kräfte“, „[a]ber jeder Führer ist immer ein Verhältnis zwischen Menschen, ein individuelles Angebot auf eine kollektive Nachfrage.“³⁰⁸ Er sei ohne fertiges Programm angetreten und habe „im Bettelsack ‚Nationalsozialismus‘ alle Formen der Unzufriedenheit“ vereint und die Massen dorthin geführt, wohin sie ihn stießen. Von seinen eigenen agitatorischen Improvisationen habe er nur das behalten und wiederholt, was auf Zustimmung stieß.³⁰⁹

³⁰⁵Trotzki: Was nun? S. 195.

³⁰⁶Ebenda, S. 281.

³⁰⁷Ebenda, S. 282.

³⁰⁸Trotzki: Porträt, S. 571.

³⁰⁹Ebenda, S. 573.

5.2.2 Die Ideologie des Faschismus

Ein wichtiger Aspekt in Trotzki's Faschismustheorie ist seine Analyse der nationalsozialistischen Ideologie, die er im Juni 1933 in seinem „Porträt des Nationalsozialismus“ darlegt. Als einer der wenigen marxistischen Theoretiker gelingt es ihm hier, die Ambivalenz des faschistischen Ideengebildes darzustellen und mit Hilfe sozialpsychologischer Elementen zu erklären. Zwar geht er dabei keineswegs so weit, wie sein Zeitgenosse Wilhelm Reich dies mit seiner „Massenpsychologie des Faschismus“ getan hatte.³¹⁰ Doch gelang ihm hiermit ein großer Fortschritt gegenüber den gängigen in der kommunistischen Bewegung vorherrschenden Erklärungsmustern.

Die Ideologie des Faschismus bezeichnet Trotzki als chaotisch und widerspruchsvoll.

„Zum ersten Male in ihrer ganzen Geschichte zeigen sich die durch Lebensbedingungen und Gewohnheiten, durch Tradition und Interessen geschiedenen Zwischenklassen – Handwerker, Krämer, die „freien Berufe“, Angestellte, Funktionäre, Bauern – in einem Marschzug vereint, in einem wunderlicheren, phantastischeren, zwiespältigeren, als es die Bauernzüge des Mittelalters waren.“³¹¹

Die gesellschaftliche Zwischenstellung des Kleinbürgertums, welches in Zeiten der Krise von beiden Seiten – dem Großkapital sowie der Arbeiterklasse – unter Druck gerate und sein privates Eigentum sowohl durch die Übermacht der Monopole in der wirtschaftlichen Konkurrenz als auch durch die potentielle Enteignung durch die proletarische Revolution in Gefahr sehe, spiegelt sich für Trotzki in der Ideologie des Nationalsozialismus wider: Weder solle die Konkurrenz abgeschafft werden, noch solle sie in der gegenwärtigen Form weiterbestehen. So hänge das Kleinbürgertum den Erinnerungen an eine geschlossene Wirtschaft ohne ausländische Konkurrenten, der Stabilität der Ständegesellschaft und der freien Konkurrenz ohne Monopole hinterher.³¹²

Trotzki fasst das Phänomen als „neidische Feindschaft gegen die Ungleichheit in Gestalt einer Villa und eines Autos und tierische Furcht vor der Gleichheit in Gestalt des

³¹⁰Der Arzt und Psychoanalytiker Wilhelm Reich wählte den Ansatz, das Ausbleiben der proletarischen Revolution und die faschistische Machtergreifung in Anlehnung an die Psychoanalyse Sigmund Freuds zu erklären. Hierbei maß er der unterdrückten Sexualität innerhalb der Kleinfamilie eine zentrale Bedeutung bei. Er versuchte, die Entstehung der faschistischen Ideologie aus der moralischen Unterdrückung der kindlichen Sexualität durch Kirche und Staat herzuleiten. Autoritätsfürchtigkeit, Gehorsam und Angst seien Ergebnisse der Hemmung kindlicher Geschlechtlichkeit, da „durch das sexuelle Denkverbot eine allgemeine Denkhemmung und Kritikunfähigkeit“ entstünde. Die übersteigerte Obrigkeitshörigkeit sei ein Ergebnis der Vateridentifikation. Die Aggression, die aus der Unterdrückung von Sexualität herrühre, steigere sich als Ersatzbefriedigung häufig zu brutalem Sadismus, welcher die massenpsychologische Grundlage des Krieges darstelle (Wilhelm Reich: Massenpsychologie und Faschismus, in: Kühnl: Texte, S. 30-56). Wilhelm Reich wurde wegen seiner Thesen aus der KPD ausgeschlossen (Nolte: Vierzig Jahre, S. 56). Reich gilt als der Begründer der Sexualökonomie, die einen Versuch der Integration von Marxismus und Psychoanalyse darstellt.

³¹¹Trotzki: Rätsel, S. 339.

³¹²Trotzki: Porträt, S. 578.

Arbeiters mit Mütze und ohne Kragen“³¹³ zusammen.

Den Massenanhang habe der Faschismus nur mit sozialistischer Demagogie gewinnen können, der den Hass des Kleinbürgertums auf das Großkapital auszunutzen verstand. Gleichzeitig sei „der durch und durch feige und „jebildete“ Kleinbürger, vom Scheitel bis zur Sohle vollgesogen mit Mißtrauen und Verachtung für die Massen.“³¹⁴

Die kleinbürgerliche Basis veranlasst Trotzki, den Faschismus als fortschrittsfeindliche und antimaterialistische Bewegung zu beurteilen. Die Siege des Menschen über die Natur bedeuteten den Sieg des großen Kapitals über das kleine. Daher suche der Kleinbürger nach einer höheren Instanz, die vor Krise und Konkurrenz sicher sei und auch ihn davor beschützen könne. Dem Rationalismus werde der nationale Idealismus entgegengestellt, das „tausendjährige Reich“ sei quasi das Versteck des Kleinbürgers vor der Entwicklung, die seine Existenz infrage stellt.³¹⁵ An die Stelle des wirtschaftlichen Materialismus werde, „einem mittelalterlichen Ideenfriedhof entstieg“³¹⁶, der zoologische gestellt: „Wie herabgekommener Adel Trost findet in der alten Abkunft seines Blutes, so besäuft sich das Kleinbürgertum am Märchen von den besonderen Vorzügen seiner Rasse.“³¹⁷ Die Widersprüchlichkeit der Ideologie offenbart sich für Trotzki an der Frage des Wirtschaftslebens.

„Im Reich des Geistes wird Rassereinheit durch den Paß bescheinigt, im Reich der Wirtschaft aber muß sie sich durch Geschäftstüchtigkeit ausweisen. Unter heutigen Bedingungen heißt das: durch Konkurrenzfähigkeit. So kehrt der Rassismus durch die Hintertür zum ökonomischen Liberalismus – ohne politische Freiheiten – zurück.“³¹⁸

„Während er sich vor dem kapitalistischen System verbeugt, bekriegt der Kleinbürger den bösen Geist des Profits in Gestalt des polnischen Juden im langschößigen Kaftan, der oft keinen Groschen in der Tasche hat.“³¹⁹

Nicht verarbeitete Elemente mittelalterlichen Bewusstseins machen für Trotzki einen zentralen Teil der faschistischen Ideenwelt aus. Alte und mystische Vorstellungen und Symbole seien durch die Krise an die Oberfläche befördert worden und hätten sich Einfluss auf der politischen Ebene verschafft.

Der „Bodensatz der Gesellschaft“, alter Aberglaube an magische Kraft von Gesten und Beschwörungen, Wahrsagerei, Amulette, „unerschöpfliche Vorräte an Finsternis, Unwissenheit, Wildheit!“, in dem „neben dem zwanzigsten Jahrhundert noch das zehnte oder dreizehnte“ lebe, sei mit dem Faschismus an die Oberfläche der Politik geraten.

³¹³Trotzki: Porträt, S. 578.

³¹⁴Trotzki: Was nun? S. 189.

³¹⁵Trotzki: Porträt, S. 575.

³¹⁶Ebenda, S. 577.

³¹⁷Ebenda, S. 576.

³¹⁸Ebenda, S. 577.

³¹⁹Ebenda.

„Die Verzweiflung hat sie auf die Beine gebracht, der Faschismus wies ihnen die Richtung. All das, was bei ungehinderter Entwicklung der Gesellschaft vom nationalen Organismus als Kulturexkrement ausgeschieden werden müßte, kommt jetzt durch den Schlund hoch; die kapitalistische Zivilisation erbricht die unverdaute Barbarei. Das ist die Physiologie des Nationalsozialismus.“³²⁰

Dieser Aspekt, der eine Ungleichzeitigkeit der Entwicklung von gesellschaftlichem Sein und Bewusstsein voraussetzt, stellt einen großen Fortschritt gegenüber der orthodox-marxistischen Anschauung dar, die Sein und Bewusstsein untrennbar miteinander verbindet.³²¹

Trotzki stellt fest, dass der Faschismus, wenn er einmal an der Macht sei, jedoch keineswegs ein Regime des Kleinbürgertums sei, da dieses eben zu eigenständiger Politik nicht fähig sei. Trotzki hatte ähnliche Vorgänge bereits in Italien beobachtet. Als das Kleinbürgertum erst einmal auf die Beine gebracht worden war, hätten sich die Führer der faschistischen Bewegung offen mit der Großbourgeoisie vereinigt.³²² Durch die Entwicklung in Deutschland sah Trotzki seine Prognose bestätigt.³²³ Obwohl die Nationalsozialisten ihren Umsturz als Revolution bezeichnen, bliebe die alte Gesellschaftsordnung unangetastet.³²⁴ Im Dienste des Kapitals habe der Faschismus die organisierte Arbeiterklasse und die Einrichtungen der Demokratie zerstört. Forderungen nach Verstaatlichungen, der Partikularismus der Länder und die Abschaffung des „arbeits- und mühelosen Einkommens“ seien nach der Machtübernahme sofort fallen gelassen worden.³²⁵

Das kleinbürgerliche Programm würde nun in „Ritualhandlungen“ wie etwa der Beibehaltung der gotischen Schrift im Gegensatz zur lateinischen als „symbolische Vergeltung für das Joch des Weltmarktes“, fortgeführt. Die Abhängigkeit von internationalen, darunter auch jüdischen, Bankiers werde symbolisch durch das Verbot, Tiere nach dem Talmudritual zu schlachten, kompensiert.³²⁶

„Die Klassenverbrüderung gipfelt darin, daß – an einem eigens von der Regierung bestimmten Tage – die Reichen zugunsten der Armen auf Vor- und Nachtmahl verzichten. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit hat dazu geführt, daß man die halbe

³²⁰Trotzki: Porträt, S. 578.

³²¹Die Ungleichzeitigkeitsthese wurde ebenfalls von Ernst Bloch entwickelt und im Jahre 1935 unter dem Titel „Erbschaft dieser Zeit“ in weit zugespitzterer Form als bei Trotzki veröffentlicht: „Die Kraft dieses unzeitigen Kurses hat sich gezeigt, sie versprach gerade, so sehr sie nur Altes aufholt, neues Leben. Auch die Massen strömten ihr zu, weil das unerträgliche Jetzt mit Hitler mindestens anders scheint, weil er für jeden gute alte Dinge malt. Weniges unerwarteter, nichts gefährlicher als diese Kraft, zugleich feurig und kümmerlich, widersprechend und ungleichzeitig zu sein.“ (Ernst Bloch: Der Faschismus als Erscheinungsform der Ungleichzeitigkeit, in: Nolte: Theorien, S. 182-204, hier S. 182).

³²²Trotzki: Der einzige Weg, S. 358.

³²³Trotzki: Porträt, S. 578.

³²⁴Ebenda, S. 575.

³²⁵Ebenda, S. 578.

³²⁶Trotzki: Porträt, S. 579.

Hungerration noch einmal teilt. Alles übrige ist Produkt der manipulierten Statistik.“³²⁷

5.2.3 Sozialdemokratie und Faschismus

In Abgrenzung zur „Sozialfaschismustheorie“ der Komintern entwickelt Trotzki in seinen Schriften eine ausführliche Analyse des Verhältnisses von Sozialdemokratie und Faschismus zueinander.³²⁸ Er geht hierbei von der Annahme aus, dass sowohl der Faschismus als auch die Sozialdemokratie bürgerliche Parteien seien, die die Funktion erfüllen, den verfallenden Kapitalismus in einer Situation, in der er sich immer weniger mit demokratischen Formen verträgt, zu verteidigen und zu beschützen.³²⁹ Beide würden das Ziel der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Besitzverhältnisse und der Verteidigung dieser gegen das Proletariat verfolgen. Insofern bestehe zwischen den beiden Parteien kein „Klassenunterschied“.³³⁰ Der grundlegende Unterschied zwischen ihnen liege in ihren Methoden, in der Art und Weise, wie sie ihre historische Mission erfüllen. Vom Standpunkt des Proletariats sei dies sehr wesentlich.³³¹

Beide stützen sich auf verschiedene Kombinationen der unterdrückten und ausgebeuteten Klassen. Während sich die Sozialdemokratie auf die Arbeiter beriefe, finde der Faschismus seinen Anhang im Kleinbürgertum.³³² Welche Partei die Regierung stelle, sei für die jeweils andere von existenzieller Bedeutung, da sie sich gegenseitig ausschließen: Während die Sozialdemokratie auf die Existenz von Arbeiter-Massenorganisationen angewiesen sei und ihre Funktion auf parlamentarischem Wege erfülle, fuße der Faschismus dagegen auf der Zerschlagung aller Arbeiterorganisationen und des Parlaments.³³³

Da die Sozialdemokratie das Vertrauen eines Großteils der Arbeiterklasse benötige, bringe sie große Kosten in Form von Löhnen, Steuern und Sozialgesetzen mit sich.³³⁴ Im Falle einer Krise und verschärfter Konkurrenzbedingungen auf dem Weltmarkt könne die Situation eintreten, dass die Sozialdemokratie von der Bourgeoisie als Stütze ihrer

³²⁷Trotzki: Porträt, S. 579f.

³²⁸Heinz Brahm schreibt hierzu Folgendes: „Die tiefe Kluft, die zwischen dem Faschismus und der Sozialdemokratie lag, hat Trockij ebenfalls nicht erkennen wollen.“ (Brahm: Aufrufe, S. 524.) Den Unterschied zu der Analyse der Komintern macht jedoch gerade die Tatsache aus, dass er diese Kluft genau erkannte und ausnutzen wollte.

³²⁹Leo Trotzki: Was ist Sozialfaschismus? (o. J.), in: SüD, S. 99-101, hier S. 101.

³³⁰Ebenda.

³³¹Trotzki: Was nun? S. 197.

³³²Ebenda, S. 193.

³³³Ebenda, S. 194.

³³⁴Trotzki: Wendung, S. 79.

Herrschaft als zu kostspielig eingeschätzt werde. In diesem Fall würde sich die Bourgeoisie dem Faschismus zuwenden, um die Kosten für die Einbindung von Teilen der Arbeiterklasse zu sparen und ihr Widerstandspotential endgültig zu zerstören. Der Weg dahin sei allerdings von großen sozialen Erschütterungen begleitet, weshalb die Bourgeoisie zögere und nicht einmütig hinter diesem Ziel stehe.³³⁵

„Das Hin-und-her-Schwanken der Großbourgeoisie zwischen Sozialdemokratie und Faschismus bei gleichzeitiger Schwächung ihrer wichtigsten Parteien ist das eindeutige Symptom einer vorrevolutionären Situation. Bei Eintritt einer wirklich revolutionären Situation würden diese Schwankungen natürlich sofort aufhören.“³³⁶

Trotzki prognostiziert im Januar des Jahres 1932, dass sich die Widersprüche im deutschen Kapitalismus in kurzer Zeit in die eine oder andere Richtung auflösen müssten. Die SPD stehe aufgrund ihrer Anpassung an die Brüning-Regierung und deren Politik der Notverordnungen kurz vor der Aufgabe ihrer eigenen Existenz, um so angeblich dem Faschismus den Weg zur Macht zu versperren.³³⁷

Die Entwicklung der Lage in Deutschland veranlasst Trotzki, die Vernichtung der Sozialdemokratie vorauszusagen, „indem sie auf dem einen Pol dem Faschismus, auf dem anderen dem Kommunismus den Platz räumt.“³³⁸ Sie bereite mit ihrer Politik den Weg für den Aufstieg der Faschisten. Sie unterstütze eine Politik, die zur Verelendung und Verzweiflung großer Teile der Arbeiter und des Kleinbürgertums führe. Gleichzeitig binde sie die Kampfkraft der Arbeiter, indem sie dazu aufrufe, ihre Kraft für Kämpfe zu sparen, zu denen sie nie aufzurufen gedenke. Die Sozialdemokratie halte so den Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft auf und gebe ihr die Möglichkeit, unter Bedingungen künstlich weiter zu existieren, die ihre Existenz eigentlich unmöglich machen. Indem sie die proletarische Revolution nach Kräften zu verhindern suche, mache sie den Faschismus als Auflösung der widerspruchsvollen Situation zu einer politischen Notwendigkeit.³³⁹

Im Kampf gegen den Faschismus mache die SPD den fatalen Fehler, bei der Verteidigung der bürgerlichen Demokratie auf die Polizei und auf die Reichswehr zu setzen, in dem Glauben, der Faschismus könne die Macht nicht gegen deren Willen ergreifen.³⁴⁰ Da die Reichswehr dem Präsidenten unterstellt sei, könne der Faschismus

³³⁵Trotzki: Krise, S. 59.

³³⁶Trotzki: Wendung, S. 80.

³³⁷Trotzki: Was nun? S. 183.

³³⁸Trotzki: Sozialfaschismus, S. 101.

Trotzki zieht die Bonapartismustheorie von Marx und Engels heran, um die Pattsituation zwischen Faschismus und Arbeiterbewegung zu beschreiben. Da dieses Element in Trotzki's Faschismusanalyse vergleichsweise unwichtig ist, wird es hier vernachlässigt und erst weiter unten zum Zwecke des Vergleichs mit Thalheimer herangezogen (Siehe Kapitel 6.3 dieser Arbeit).

³³⁹Leo Trotzki: Vor der Entscheidung (5.2.1933), in: SüD, S. 439-448, hier S. 443.

³⁴⁰Trotzki: Was nun? S. 186.

solange nicht an die Macht gelangen, wie ein verfassungstreuer Reichspräsident amtiere.

„Die Hoffnung auf den Präsidenten ist eben die Hoffnung auf den „Staat“. Angesichts des herannahenden Zusammenstoßes zwischen Proletariat und faschistischem Kleinbürgertum – beide Lager bilden zusammen die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes – rufen die Marxisten vom „Vorwärts“ den Nachtwächter zur Hilfe. „Staat greif ein!“ Das heißt: „Brüning, zwinge uns nicht, uns mit den Kräften der Arbeiter zu verteidigen, denn die wird das ganze Proletariat auf die Beine bringen, und die Bewegung wird dann über die Kahlköpfe der Parteileitung hinauswachsen: als antifaschistische begonnen, wird sie als kommunistische enden.“³⁴¹

Die Sozialfaschismustheorie der Komintern wird von Trotzki scharf angegriffen und nimmt in seinen Schriften über Deutschland einen großen Raum ein. Der Grund für die Komintern, die Sozialdemokratie als „sozialfaschistisch“ einzustufen, bestehe darin, dass letztere bereit sei, die bürgerliche Herrschaft mit Waffengewalt zu verteidigen. Dies sei aber eine Eigenschaft, die ausnahmslos alle bürgerlichen Parteien besäßen und die mit dem spezifischen Phänomen des Faschismus nichts zu tun habe. Der Faschismus dagegen sei „eine *besondere* bürgerliche Partei, die für spezielle Bedingungen und Aufgaben geeignet ist, sich gegen die anderen bürgerlichen Parteien stellt und ihre Gewalt gerade gegen die Sozialdemokratie richtet.“³⁴²

Es sei die Aufgabe der Kommunistischen Partei, den bürgerlichen Charakter der Sozialdemokratie und ihre Kapitulation gegenüber dem Faschismus aufzuzeigen und zu kritisieren, nicht aber, die Sozialdemokratie und den Faschismus gleichzusetzen und sich damit für sozialdemokratische Arbeiter unglaubwürdig zu machen.³⁴³ Wenn die Politik zeitweilig vom Konflikt zwischen der Sozialdemokratie und dem Faschismus bestimmt werde,³⁴⁴ müsse sich die Kommunistische Partei diesen Konflikt zunutze machen, anstatt ihn mit dem Begriff des „Sozialfaschismus“ zu verdecken und sich damit den Weg zu sozialdemokratischen Arbeitern zu versperren.³⁴⁵

Zwei Grundsätze seien für den Kampf der Kommunistischen Partei wichtig:

„a) die politische Verantwortung der Sozialdemokratie für die Macht des Faschismus;
b) die absolute Unversöhnlichkeit zwischen dem Faschismus und jenen Arbeiterorganisationen, durch die sich die Sozialdemokratie hält.“³⁴⁶

In diesen beiden Punkten ist Trotzki's Haltung zur Sozialdemokratie prägnant zusammengefasst. Sie verdeutlichen einerseits seine Position als Kommunist, die den Reformismus als historischen Verrat an der Arbeiterklasse bewertet und mit der er sich

³⁴¹Ebenda, S. 187.

³⁴²Trotzki: Krise, S. 62.

³⁴³Ebenda, S. 63f.

³⁴⁴So schätzt Trotzki die Situation beispielsweise in Österreich im Jahre 1929 ein (Trotzki: Krise, S. 60).

³⁴⁵Ebenda. Außerdem gewannen die „Rechten“ innerhalb der KP an Boden, da durch den Versuch der Komintern-Leitung, eine revolutionäre Situation zu simulieren, ihre Überzeugungskraft wachse (ebenda, S. 61).

³⁴⁶Trotzki: Was nun? S. 183.

von der allgemeinen kommunistischen Anschauung nicht unterscheidet. Die Sozialdemokratie ist für Trotzki ein politischer Feind, den es zu bekämpfen und zu zerstören gilt.

Andererseits formuliert Trotzki hier die objektive Unvereinbarkeit von Sozialdemokratie und Faschismus, welche für die Kommunisten große Chancen eröffne, gegen beide einen erfolgreichen Kampf zu führen. Dies ist die Grundlage für Trotzki's Konzept der Einheitsfrontpolitik: Da der Faschismus die Rolle der Sozialdemokratie in der bürgerlichen Gesellschaft bedrohe,³⁴⁷ müsse die Einheitsfrontpolitik der Kommunisten von der Sorge der Sozialdemokratie um ihre eigene Haut ausgehen.³⁴⁸

Um dem Aufstieg der Nationalsozialisten wirksam begegnen zu können, entwickelt Trotzki in seinen Schriften über Deutschland mit der Einheitsfrontpolitik in ausführlicher Weise eine taktische Konzeption, die es der kommunistischen Minderheit in Deutschland ermöglichen sollte, die Führung der Massen gegen den Faschismus zu übernehmen und diese für die proletarische Revolution zu gewinnen. Da diese in den wesentlichen Aspekten mit den Ideen August Thalheimers übereinstimmt, soll sie mit Rücksicht auf den Umfang dieser Arbeit nicht gesondert behandelt werden.

³⁴⁷Trotzki: Der einzige Weg, S. 364.

³⁴⁸Ebenda, S. 371.

5.2.4 Die Politik der KPD

„Tragische Krönung der internationalen Niederlagenpolitik der Stalinschen Fraktion ist ihre Handlungsweise in Deutschland: Hätte man sich bewußt zum Ziel gesetzt, die mit Verbrechen besudelte Sozialdemokratie vor dem Zerfall zu retten, das deutsche Proletariat in seiner Gesamtheit zu paralysieren und dem Faschismus den kürzesten Weg zur Macht zu öffnen, man hätte sich keine Taktik ausdenken können, die unmittelbarer zum Ziele führt.“³⁴⁹

Diese Worte, die Trotzki im März 1933 auf Prinkipo niederschrieb, verdeutlichen die Schärfe, mit der er die Politik der KPD verurteilte und die Verantwortung für den Sieg der Nationalsozialisten in Deutschland, die er ihrer Führung und der Leitung der Komintern zuschrieb.

Zwei Faktoren stellen für Trotzki die Hauptursache für den Aufstieg des Faschismus dar: die soziale Krise und die durch die Politik der beiden Arbeiterparteien verursachte Schwäche des deutschen Proletariats. Die Rolle der Sozialdemokratie, welche die Arbeiterklasse an das bürgerliche System gebunden und damit den Widerstand verhindert habe, ist für Trotzki nichts Unerwartetes. Sie stellt für ihn ein „objektives Hindernis“ dar, das es zu beseitigen gelte. Die Unfähigkeit der KPD hingegen, die Arbeiter zu vereinigen und zur Revolution zu führen, bewertet Trotzki vom revolutionären Standpunkt aus als „subjektive[n] Faktor“, der direkt beeinflussbar gewesen wäre.³⁵⁰ Die Tatsache, dass der Faschismus nicht aufgrund übermächtiger objektiver Bedingungen, sondern aufgrund subjektiven Versagens der kommunistischen Politik an die Macht gelangte, macht für Trotzki die große Katastrophe aus. Bereits im November 1931 zeigte Trotzki auf, dass die Stärke der Nationalsozialisten nicht so sehr in ihrer eigenen Armee als in der Zersplitterung der Armee ihres Todfeindes liege.³⁵¹

Trotzkis Kritik an der KPD-Führung ist eng verknüpft mit seiner oppositionellen Haltung gegenüber der Führung der Sowjetunion. Die Fehler der Kommunistischen Partei, ihr politischer Zickzack-Kurs sowie die Unterdrückung der innerparteilichen Diskussion sieht Trotzki im Wesentlichen als Ausdruck der Entwicklungen in der UdSSR.

Nach dem Tode Lenins, der noch versucht habe, gegen die Verwandlung der KPdSU in eine neue herrschende Schicht anzukämpfen, habe eine „bürokratische Entartung“ der Partei stattgefunden.³⁵² Der stalinistische Apparat sei zu einer reaktionären Kraft

³⁴⁹Leo Trotzki: Die stalinisierte Komintern (3.3.1933), in: SüD, S. 473-474, hier S. 474.

³⁵⁰Trotzki: Faschismus, S. 153.

³⁵¹Ebenda, S. 161.

³⁵²Trotzki: Was nun? S. 208. Seit dem Ende der 1920er bis Anfang der 1930er Jahre vertrat Trotzki die Auffassung, dass die Sowjetunion ein „bürokratisch deformierter Arbeiterstaat“ sei (Alles: Trotzkiisten, S. 14).

geworden,³⁵³ dessen Methoden auf die anderen Sektionen der Kommunistischen Internationale übertragen worden seien, die nicht politisch geführt, sondern kommandiert würden.³⁵⁴

„Als Folge der Entwicklungsbedingungen des isolierten proletarischen Staates aber gelangte an die Spitze der Sowjetunion eine national-opportunistische Bürokratie, die an die Weltrevolution nicht glaubt, ihre Unabhängigkeit von dieser verfehlt und gleichzeitig eine unbeschränkte Herrschaft über die Kommunistische Internationale aufrechterhält. Darin besteht gegenwärtig das größte Unglück für das deutsche und internationale Proletariat.“³⁵⁵

Die falsche Politik der Komintern resultiert laut Trotzki nicht aus „Dummheit“ oder „Unfähigkeit“, sondern aus der politischen Richtung des „bürokratischen Zentrismus“. Unter „Zentrismus“ subsumiert Trotzki all diejenigen Strömungen innerhalb der Arbeiterbewegung, die zwischen Marxismus und Reformismus liegen. Dies gelte für die Sowjetbürokratie deshalb, da sie nationale und opportunistische Tendenzen mit einem „bolschewistischen“ Prestige in der Weltarbeiterbewegung verbinden müsse.³⁵⁶ Damit sei sie zu einem „Zickzack[...] zwischen Marxismus und Nationalreformismus“ gezwungen.³⁵⁷

Im Zentrum von Trotzki's Kritik steht das Fehlen einer konsequenten Einheitsfrontpolitik. Hierin sieht Trotzki eine Konsequenz der verfochtenen Sozialfaschismustheorie und die Folge einer grundsätzlichen Fehleinschätzung der politischen Lage und der vorherrschenden Kräfteverhältnisse.³⁵⁸ Besonders die Parole der Komintern bezüglich der „Radikalisierung der Massen“, die die Grundlage für die Wendung zur „Dritten Periode“³⁵⁹ darstellte, lehnt Trotzki als hohle Floskel ab. Diese impliziere eine mechanische Vorstellung von einem unaufhörlichen Prozess, der unabhängig von äußeren Faktoren beharrlich voranschreite.³⁶⁰ Zwar sei die gegenwärtige Epoche von der Verschärfung der objektiven Widersprüche des Kapitalismus geprägt und im Ganzen als revolutionär zu beurteilen, aber dieser Prozess verlaufe nicht gradlinig.³⁶¹ Man müsse sich darüber klar werden, was Radikalisierung genau bedeute und wie sie sich ausdrücke, und sich über den tatsächlichen Grad der Radikalisierung Rechenschaft ablegen.³⁶²

Als weiterer gravierender Fehler stellt sich für Trotzki die Tendenz der KPD dar, die

³⁵³Leo Trotzki: An die Reichskonferenz der Linken Opposition (17.9.1930), in: SüD, S. 70-75, hier S. 74.

³⁵⁴Trotzki: Was nun? S. 209.

³⁵⁵Trotzki: Der einzige Weg, S. 349.

³⁵⁶Trotzki: Was nun? S. 260f.

³⁵⁷Ebenda, S. 261.

³⁵⁸Trotzki: Nationalkommunismus, S. 116f. und S. 132.

³⁵⁹Siehe Kapitel 3 dieser Arbeit.

³⁶⁰Leo Trotzki: Was heißt „Radikalisierung der Massen“? (18.12.1929), in: SüD, S. 67-69, hier S. 67.

³⁶¹Ebenda, S. 68.

³⁶²Ebenda, S. 67.

Parolen und Schlagworte der Nationalsozialisten zu kopieren, um diesen die Klientel abzuwerben. So gleiche man sich den Nationalsozialisten an und Sorge für Indifferenz und Ratlosigkeit innerhalb der Arbeiterklasse.³⁶³ Eine klare Abgrenzung zu den Slogans der Rechten sei notwendig, damit nicht der Eindruck entstünde, dass es keine Rolle spiele, welche Partei an Einfluss gewinne. Auch sei die von Thälmann verbreitete Parole der „Volksrevolution“ schädlich, da er scheinbare Gemeinsamkeiten zwischen den Kommunisten und den Nationalsozialisten konstruiere.³⁶⁴ Es handele sich hier um einen „prinzipiellen Verrat am Marxismus zum Zwecke besserer Nachahmung der faschistischen Scharlatanerie“.³⁶⁵ Diese Politik gipfelte für Trotzki in der Teilnahme der KPD am Volksentscheid gegen die Koalitionsregierung in Preußen gemeinsam mit der NSDAP, DNVP und Stahlhelm, die er als einen Fehler wertet, der „schließlich in die Lehrbücher der revolutionären Strategie als Exempel dafür eingehen [würde], was man nicht tun darf.“³⁶⁶ Anstelle einer Einheitsfront „von unten“ und „von oben“ mit der Sozialdemokratie sei eine Einheitsfront nur „von oben“ mit den Faschisten durchgeführt worden.³⁶⁷

Der fehlende Widerstand gegen die Führung innerhalb der Partei ist für Trotzki ein beunruhigendes Zeichen. Diskussionen und innere Kämpfe dienen seiner Meinung nach dazu, die richtigen Positionen und Methoden zu finden.

„Wie kommt es aber heute zu diesem schrecklichen „Monolithismus“, zu dieser unheilvollen Einstimmigkeit, die jede Wendung der unglückseligen Führer in ein unumstößliches Gesetz für eine riesige Partei verwandelt?“³⁶⁸

„Akzeptiere ohne Zögern, ohne Nachdenken, ohne Einwände, sogar ohne Unruhe im Blick den neuen Sprung der gottgewollten Führung oder – Du bist ein Renegat und Konterrevolutionär. Das ist das Ultimatum, das die internationale stalinistische Bürokratie wie einen Revolver an die Schläfe jedes fortgeschrittenen Arbeiters hält.“³⁶⁹

Die KPD wende die Einheitsfrontstrategie – wenn überhaupt - gänzlich falsch an. Sie wende sich nur an solche sozialdemokratische Arbeiter, die ihre Partei bereits verlassen und mit dem Reformismus gebrochen haben. Vielmehr ginge es darum, gemeinsame Aktionen mit denjenigen Sozialdemokraten zu organisieren, die das Vertrauen in ihre Partei noch nicht verloren haben.³⁷⁰ Die Herangehensweise der KPD bezeichnet Trotzki als „bürokratische[n] Ultimatismus“. Er beurteilt es als kontraproduktiv, die Aufforderung zur Einheitsfront mit der Bedingung zu verknüpfen, die Grundsätze der

³⁶³Trotzki: Wendung, S. 95.

³⁶⁴Leo Trotzki: Thälmann und die „Volksrevolution“ (14.4.1931), in: SüD, S. 102-103, hier S. 103.

³⁶⁵Trotzki: Nationalkommunismus, S. 121.

³⁶⁶Ebenda, S. 113.

³⁶⁷Ebenda, S. 114.

³⁶⁸Ebenda, S. 133.

³⁶⁹Ebenda, S. 134.

³⁷⁰Ebenda, S. 116.

Kommunisten anzuerkennen:

„Vom Arbeiter, der sich in die kommunistische Front einreihen will, hat die Kommunistische Partei das Recht, zu fordern: Du mußt unser Programm anerkennen, unsere Statuten und die Führung unsererer gewählten Institutionen. Aber unsinnig und verbrecherisch ist es, die gleiche Forderung a priori – auch nur teilweise – an die Arbeitermassen oder Arbeiterorganisationen zu richten, wo es um gemeinsame Aktionen im Namen bestimmter Kampfaufgaben geht.“³⁷¹

Aus dem Anspruch, mit der Kommunistischen Partei die objektiven Interessen und Aufgaben der Arbeiterklasse zu verkörpern, leite die bürokratische Parteiführung ihr Recht ab, die Klasse zu kommandieren.³⁷² Diesen „Ultimatismus“ charakterisiert Trotzki prägnant als den „Versuch, die Arbeiterklasse zu vergewaltigen, wo es mißlingt, sie zu überzeugen.“³⁷³ Trotzki ist fest davon überzeugt, dass die Mehrheit der sozialdemokratischen Arbeiter sich bereits der Kommunistischen Partei angeschlossen hätte, wenn diese eine vertrauenswürdige revolutionäre Politik an den Tag gelegt hätte. Ihr Verbleib bei den Reformisten sei weniger ein Ausdruck ihres Vertrauens gegenüber deren Führung als ihres Misstrauens gegenüber der KPD.³⁷⁴

„Die starrköpfige, stumpfsinnige, abgeschmackte Verweigerung der Einheitsfront durch die kommunistische Partei ist unter den gegenwärtigen Bedingungen zur wichtigsten politischen Hilfsquelle der Sozialdemokratie geworden.“³⁷⁵

Trotzki wirft der deutschen Parteiführung vor, sie würde aus Feigheit, den Kampf gegen den Faschismus aufzunehmen, die Unvermeidlichkeit des Sieges der Faschisten postulieren.³⁷⁶ Anstatt die Einheitsfront sofort zu organisieren und die Machtübernahme der Faschisten zu verhindern, vertrösteten die Führer der KPD darauf, dass das Proletariat, wenn Hitler erst an der Macht sei, „alles hinwegfegen“ würde. Dies bedeute nichts anderes als den Kampf auf unbestimmte Zeit zu verschieben.

„Wovor fürchtet Ihr Euch nicht: vor dem Kampf gegen Hitler? Nein, sie fürchten sich nicht vor dem ... Sieg Hitlers. Sie fürchten sich nicht, dem Kampf auszuweichen. Sie fürchten sich nicht, die eigenen Feigheit einzugestehen. Schande, dreimal Schande!“³⁷⁷

³⁷¹Trotzki: Was nun? S. 205.

³⁷²Ebenda.

³⁷³Ebenda, S. 206.

³⁷⁴Ebenda.

³⁷⁵Ebenda, S. 207.

³⁷⁶Ebenda, S. 216.

³⁷⁷Ebenda, S. 217.

6 Vergleich der Faschismustheorien von Thalheimer und Trotzki

Mit folgender Gegenüberstellung soll untersucht werden, an welchen Stellen sich die Analysen überschneiden und zu gleichen oder ähnlichen Ergebnissen führen oder wo sie sich widersprechen. Dabei sollen sowohl Defizite und Unstimmigkeiten innerhalb der zuvor dargestellten Analysen als auch Leistungen und Beitrag für das Verständnis des Faschismus herausgearbeitet werden.

Weiterhin soll ein Abschnitt der Frage gewidmet werden, welche Bewertung Trotzki und Thalheimer dem jeweils anderen Theoretiker entgegenbrachten, und nach einer Erklärung hierfür gesucht werden.

Es steht sicherlich außer Frage, dass die Faschismusforschung nach dem Zweiten Weltkrieg in Hinblick auf empirische Daten und Statistiken den beiden vorliegenden Theorien überlegen ist. Vom wissenschaftlichen Standpunkt her werden von Trotzki und Thalheimer die Begrifflichkeiten, die in den Analysen in großer Regelmäßigkeit verwendet werden, wie „Kleinbürgertum“³⁷⁸ „Mittelklassen“, „neuer und aller Mittelstand“, „Großbourgeoisie“, „Monopolkapital“ und viele mehr nicht ausreichend definiert.³⁷⁹ Ohne Kategorien wie den Klassenkampf und den prinzipiellen Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit als vorantreibendes historisches Moment als gegeben hinzunehmen, wird man weder Trotzki noch Thalheimer in ihrer Analyse sehr weit folgen können und wollen. Dies ist vermutlich auch einer der wichtigsten Gründe dafür, dass die Rezeption ihrer Gedanken in Deutschland erst in einem Zusammenhang erfolgte, der marxistische Ideen allgemein einer Beschäftigung in größerem Rahmen unterzog. Dennoch sieht sich Helga Grebing im Jahre 1974 noch dazu veranlasst

³⁷⁸Helga Grebing beschreibt, wie sich dieses Problem in „neo-marxistischen“ Theorieansätzen über den Faschismus fortsetzt. Gerade für das „Kleinbürgertum“ werde eine Vielzahl von Synonymen verwendet, welche das analytische Defizit bei der Begriffsbestimmung nicht verdecken könne (Grebing: Theorien, S. 83).

³⁷⁹Kuckartz: Aufstieg, S. 123. Gripenburg und Tjaden kritisieren Thalheimer dafür, dass er den „die Klassen konstituierende[n] sozioökonomische[n] Antagonismus sowie die Trennung der Bereiche von ökonomischer Reproduktion und öffentlicher Herrschaft, als die bürgerliche Herrschaft durchgängig charakterisierende Momente, im Prinzip konstant gesetzt“ habe und die Funktionen der Klassen zu Gesetzmäßigkeiten verabsolutiert habe (Gripenburg und Tjaden: Faschismus, S. 471f.). Wenngleich auch die beiden Autoren nicht daran zweifeln, dass Thalheimer seine Theorie in voller Kenntnis der Kategorien wie Lohnarbeit, Kapital, Austausch, Arbeitsteilung, Wert etc. verfasste, so vermissen sie dennoch eine präzisere Analyse der sozioökonomischen Struktur der Gesellschaft, besonders in Hinblick auf die Weltwirtschaftssituation als Hintergrund für den Faschisierungsprozess in Deutschland. Ähnlich wird diese Kritik von Martin Kitchen formuliert (Kitchen: Thalheimer's Theory, S. 67f.). Kadritzke hingegen bezieht sich folgendermaßen auf diese Kritik: „Die marxistische Kritik bedient sich darüberhinaus häufig eines merkwürdig hochgestochenen Maßstabes, indem sie die KPO-Analysen methodologisch an der Darstellungsweise des „Kapital“ bemißt.“ (Kadritzke: Faschismus, S. 18). Er fordert, an die thalheimerschen Analysen den Maßstab der historischen Schriften von Marx anzulegen, anstatt „überzogene methodische Reinheitsgebote“ zu fordern. Weiterhin weist er nach, dass Thalheimer die Prämissen, die sich aus der Analogie zum Bonapartismus ergeben, nicht unreflektiert übernommen, sondern eine aktuelle Klassenanalyse durchgeführt hat (ebenda, S. 18ff.).

festzustellen, dass der Rückgriff auf ältere Faschismustheorien häufig als ein Schritt nach vorne anzusehen sei.³⁸⁰

Die Kritik an der Präzision darf nicht stehen bleiben, ohne den Entstehungszusammenhang der beiden Faschismustheorien zu berücksichtigen. Weder Thalheimer noch Trotzki entwickelten ihre Analyse aus einem abstrakten intellektuellen Interesse heraus, in der Absicht, ein sich selbst genügendes und empirisch in allen Einzelheiten überprüfbares Faschismusmodell zu entwickeln. Beide Theoretiker wandten sich mit ihren Schriften im Wesentlichen an Mitglieder ihrer eigenen Organisationen oder an KPD-Mitglieder mit dem Ziel, in das aktuelle politische Tagesgeschehen einzugreifen. Bei ihren Adressaten konnten sie also ein gewisses theoretisches Vorverständnis voraussetzen. Die Analyse der Ereignisse sollte eine politische Einschätzung der Situation und der Kräfteverhältnisse als Grundlage für politisches Handeln bieten. Diese Intention der Analysen bedingt den manchmal empirisch etwas unexakten Charakter.³⁸¹

Der entstehungsgeschichtliche Zusammenhang der vorliegenden Faschismustheorien macht es verständlich, dass sich beide Autoren in der Hauptsache mit ihren Analysen auf Deutschland konzentrieren. Jedoch kann keinesfalls davon gesprochen werden, dass es sich hier eigentlich nur um Theorien des Nationalsozialismus handelt. Thalheimer entwickelt seinen Vergleich von Bonapartismus und Faschismus am Beispiel Italiens und rekurriert an verschiedenen Stellen wieder auf diesen Ausgangspunkt, während Trotzki sich ebenfalls häufig auf die Ereignisse in Italien bezieht, um Parallelen zur Entwicklung in Deutschland herzustellen.³⁸²

Bezüglich der Pilsudski-Regierung in Polen kommen beide zu leicht unterschiedlichen Einschätzungen. Thalheimer bezeichnet das Regime in Polen als faschistisch, da hier ein gescheiterter Ansturm des Proletariats und eine Zerrissenheit der Bourgeoisie die Grundlage für die Mobilisierung „Deklassierte[r] aller Klassen“ mit Unterstützung der „Bauernmasse“ im Interesse der Bourgeoisie und Großgrundbesitzer dargestellt habe. Jedoch seien die Ähnlichkeiten mit dem italienischen Faschismus und dem französischen Bonapartismus nur „äußerlich“, während das „klassenmäßige Wesen grundverschieden“ sei.³⁸³ Pilsudski übe „die Herrschaft aus *an Stelle* der Bourgeoisie, die sie *noch nicht* ausüben kann. Im Falle des Bonapartismus und des italienischen

³⁸⁰Grebing: Theorien, S. 12.

³⁸¹Trotzki schreibt hierzu: „Doch wir sind ja nicht Historiker, sondern revolutionäre Politiker. Es geht nicht um historische Forschungen, sondern um die Suche nach einem Ausweg.“ (Trotzki: Was nun? S. 219).

³⁸²Trotzki: Wendung, S. 81, ders.: Was nun? S. 231 ff.

³⁸³Thalheimer: Faschismus, S. 43.

Faschismus konnte sie sie in der gegebenen Situation des Klassenkampfes *nicht mehr* ausüben.“³⁸⁴ Die Unterschiede liegen hier für Thalheimer in dem Reifegrad der bürgerlichen Gesellschaft.

Trotzki lehnt für das Regime in Polen eine Einordnung mit Hilfe von „starrten logischen Kategorien“ ab. Er bezeichnet die Pilsudski-Regierung zwar als Militärdiktatur,³⁸⁵ eine Übergangsform zwischen parlamentarischer Demokratie und Faschismus.³⁸⁶ Jedoch besitze das Regime spezifisch faschistische Charakterzüge, wie etwa eine kleinbürgerliche Massenbewegung und die Errichtung eines „starken Staats“ gegen die Herrschaft der traditionellen bürgerlichen Parteien, wenn auch der Massenanhang des polnischen Faschismus im Vergleich zu Deutschland und Italien viel kleiner gewesen sei und Pilsudski die Arbeiterorganisationen vorsichtiger habe behandeln müssen.³⁸⁷ Das Schwanken zwischen den Klassen spiele eine größere Rolle als der Massenterror und mache das bonapartistische Element des Regimes aus. Es sei methodisch falsch, einen Idealtypus von Faschismus zu konstruieren und diesen auf die realen Phänomene zu übertragen. Die Entwicklung hänge nicht von einer formalen Definition, sondern „vom wirklichen Kräfteverhältnis, von der Dynamik der politischen Prozesse“ ab.³⁸⁸

Es fällt auf, dass beide Autoren stets bemüht sind, ihre Analysen nicht auf die Zuordnung von Begrifflichkeiten zu beschränken, sondern diesen eine präzise Einschätzung der konkreten Verhältnisse zugrunde zu legen.

³⁸⁴Thalheimer: Faschismus, S. 42.

³⁸⁵Leo Trotzki: Ein Sieg Hitlers bedeutet: Krieg gegen die UdSSR, in: SüD, S. 308-315, hier S. 311.

³⁸⁶Leo Trotzki: Bonapartismus und Faschismus (15.7.1934), in: SüD, S. 677-685, hier S. 678.

³⁸⁷Ebenda, S. 683.

³⁸⁸Ebenda.

6.1 Faschismus und Kapitalismus

Der Kapitalismus in einem besonderen Entwicklungsstadium ist bei beiden Theoretikern die Grundvoraussetzung für die Entstehung des Faschismus. Dies ist allein deshalb nicht erstaunlich, da beide Theoretiker, wenn auch aus den großen Parteien ausgestoßen, doch als Mitglieder der kommunistischen Bewegung anzusehen sind und es der kommunistischen Grundauffassung entspricht, politische Phänomene, wenn auch in indirekter und vermittelter Art und Weise, auf die ökonomischen Grundlagen zurückzuführen.³⁸⁹

Der Faschismus erfülle die Funktion, die kapitalistische Produktionsweise in einer Situation aufrecht zu erhalten, in der die bürgerliche Demokratie diese Funktion aus verschiedenen Gründen nicht mehr erfüllen kann. Der Funktionsverlust der Demokratie hängt eng mit der These vom Niedergang oder Zerfall des Weltkapitalismus zusammen, welche von beiden geteilt wird. Sowohl Thalheimer als auch Trotzki gehen davon aus, dass es sich bei der beobachteten Wirtschaftskrise nicht um eine bloße Konjunkturschwankung handelt, sondern um einen Ausdruck des Niedergangs oder Zerfalls des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems.³⁹⁰ Hiermit ist eine grundsätzliche Krise der Verwertungsbedingungen des Kapitals gemeint. Unter den gegebenen Konkurrenzbedingungen auf dem Weltmarkt (Arbeitsproduktivität, Löhne, Zugang zu Rohstoffen und Märkten) sei die Fortsetzung der Kapitalakkumulation in der bisherigen Form gefährdet.³⁹¹

Die zentrale Annahme, die der „Niedergangsthese“ folgt, ist die, dass die bürgerliche Demokratie für die weitere Kapitalakkumulation des deutschen Kapitals aufgrund der darin notwendigen Zugeständnisse an die Arbeiterklasse zu einem Hemmnis geworden ist. Ein Herrschaftssystem, das auf eine demokratische Legitimation und damit auf die Unterstützung großer Teile der Arbeiterklasse angewiesen ist, könne nicht mehr aufrecht erhalten werden. Der Faschismus dagegen stellt für beide Theoretiker ein Regime der

³⁸⁹Dies Grundauffassung geht auf die marxistische Basis-Überbau-Theorie zurück, die im Vorwort zur „Kritik der politischen Ökonomie“ von Marx in einem bekannten Absatz prägnant zusammengefasst ist: „Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt. Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt.“ Karl Marx: Zur Kritik der Politischen Ökonomie, Vorwort, in: MEW, Bd. 13, S. 7-11, hier S. 8f.

³⁹⁰August Thalheimer: Die Plattform der KPD.-Opposition, in: Gegen den Strom, 2. Jg. 1929, Nr. 46, S. 6-8, hier S. 6; Trotzki: Faschismus, S. 145; ders.: Der einzige Weg, S. 356.

³⁹¹Mandel: Trotzki's Faschismustheorie, S. 21. Mandel bezeichnet die von Trotzki beschriebene Niedergangskrise als „Strukturkrise“.

bürgerlichen Herrschaft dar, in der sich das Kapital des Zwanges zur Rücksicht auf Teile der Arbeiterklasse entledigt und durch die Vernichtung sämtlicher selbständiger Organe der Arbeiterklasse den Weg zur schrankenlosen Ausbeutung freigemacht habe.³⁹² Insofern erfülle der Faschismus die Funktion der Aufrechterhaltung des Kapitalismus. Aus der „Niedergangsthese“ schöpfen beide Theoretiker am Ende der Weimarer Republik die Überzeugung, dass ein Weiterbestehen der bürgerlichen Demokratie, im deutschen Kontext also der Weimarer Verfassung, in keinem Falle möglich sei. Zwischen der proletarischen Revolution und der faschistischen Konterrevolution bestand für keinen der beiden eine dritte Option.

Neben dieser funktionalen Deutung des Faschismus spielen aber bei beiden Theoretikern - und dieses Element macht den zentralen Unterschied zu offiziellen sowjetkommunistischen Deutungen aus - auch die Trägerschichten des Faschismus sowie die relative Selbständigkeit, die der faschistischen Bewegung zukommt, eine zentrale Rolle. Hierbei ist wiederum maßgeblich, dass es sich bei der Verselbständigung der faschistischen Exekutive gegenüber den Interessen des Kapitals um eine bedingte handelt. Um eine theoretische Einordnung vorzunehmen, ließen sich beide Analysen *zwischen* den Begriffen heteronomistisch und autonomistisch verorten.³⁹³ Diese Zwischenstellung ergibt sich aus der Tatsache, dass beide Autoren betonen, dass der Faschismus gerade in seiner Entstehungsphase als autonome Bewegung zu bewerten sei und nicht als dem Großkapital eigenes und von ihm im eigenen Interesse gesteuertes Werkzeug.

Einmal an die Macht gelangt jedoch sei der Faschismus, so beurteilen Trotzki und Thalheimer ihn explizit, alles andere als ein Regime des Kleinbürgertums, sondern er vertrete ausdrücklich die Interessen des Großkapitals. Dies leiten die Autoren ebenfalls aus der oben angeführten „Niedergangsthese“ ab. Aus der Krise ergebe sich eine Verschärfung der Klassenwidersprüche und, bei richtiger Politik der Arbeiterorganisationen, auch der Klassenkämpfe. Politik bekomme in diesem Zusammenhang den Charakter eines Nullsummenspiels, entweder für das Proletariat oder für das Kapital; Spielräume für eine von den Hauptklassen unabhängige Politik seien quasi nicht vorhanden. Die Forderungen der faschistischen Bewegung, die keine Abschaffung des Kapitalismus sondern dessen Rückführung in eine vergangene Entwicklungsstufe bedeuten würden, seien also vor dem Hintergrund der realen Gegebenheiten schlicht nicht durchsetzbar. Einmal an der Macht würde sich der

³⁹²Thalheimer: Voraussetzungen S. 104; ders.: Grundlagen S. 82; Trotzki: Der einzige Weg, S. 356 und besonders S. 358; ders.: Was nun? S. 182.

³⁹³Siehe Anmerkung Nr. 82.

Faschismus gegen das Proletariat und für das Eigentum und die Nation entscheiden, die Produktionsverhältnisse unangetastet lassen und, von dem Zwang der demokratischen Legitimation befreit, die Interessen des Kapitals umso brutaler durchsetzen.

Dieser Wandlungsprozess ist von Trotzki weit präziser erfasst worden als von Thalheimer. Thalheimers Bezugnahme auf die Bonapartismustheorie scheint an dieser Stelle gedanklich einschränkend zu wirken. Der historischen Analogie Napoleons III. ist es vermutlich auch zuzuschreiben, dass Thalheimer sich auf die Notwendigkeit eines Putsches zur nationalsozialistischen Machtübernahme festlegt.

Udo Kuckartz vermutet, dass Thalheimer aus diesem Grunde die schrittweise Annäherung zwischen industriellen Kreisen und Führern der faschistischen Bewegung und die zunehmende Hoffähigkeit der NSDAP übersehen habe.³⁹⁴ Hieraus ergebe sich die Notwendigkeit einer Überprüfung und Relativierung Thalheimers These von der „Vergewaltigung der Bourgeoisie“. Hier tut Kuckartz Thalheimer in gewisser Weise unrecht. Letzterer war sehr wohl in der Lage zu beobachten, dass die Bourgeoisie in ihrer Unterstützung der Faschisten gespalten war, und ein Teil die Machtübertragung bewusst vorantrieb, während sich ein anderer Teil dagegen sträubte. Dennoch liefen in Thalheimers Augen die Handlungen der Bourgeoisie, auch wenn dies nicht beabsichtigt gewesen sei, auf eine Unterstützung der Nationalsozialisten hinaus.³⁹⁵ Es finde ein Sammlungsprozess der Bourgeoisie statt, der zur offenen Diktatur treibe. Thalheimers zeitweiliges Insistieren auf einen Staatsstreich sollte weniger in die Richtung interpretiert werden, dass sich das Bürgertum bis zum Ende gegen die Nationalsozialisten wehren würde, als in dem Sinne, dass die demokratische Vertretung des Bürgertums, das Parlament und seine Vertreter, quasi in Form eines Staatsstreiches abgeschafft werden müssten. Ihre „Vergewaltigung“, so sieht Thalheimer es voraus, werde eben von der Bourgeoisie selbst vorbereitet.

Auffällig ist, dass weder Trotzki noch Thalheimer den Interessengegensätzen innerhalb der Bourgeoisie besondere Aufmerksamkeit widmen. Es ist davon auszugehen, dass sich dies nicht mit einer generellen analytischen Nachlässigkeit erklären lässt, sondern vermutlich mit der Tatsache, dass beide, trotz gewisser Differenzen, tatsächlich *der* Bourgeoisie in der Krise *ein* allgemeines objektives Interesse unterstellten. Ernest Mandel begegnet dem Vorwurf der Vernachlässigung der internen Konflikte des Kapitals mit der Forderung nach der generellen Frage, wie das faschistische Regime mit den immanenten Gesetzen des Kapitalismus verfahren sei, ob es sie verwirklicht oder

³⁹⁴Kuckartz bezieht sich hier beispielsweise auf die Hartzburger Front und die Tatsache, dass Hitler von Hindenburg zum Reichskanzler berufen wurde (Kuckartz: Aufstieg, S. 125).

³⁹⁵Thalheimer: Grundlagen, S. 84.

verneint habe. Die Feststellung, dass der Nationalsozialismus das Privateigentum an Produktionsmitteln und den Zwang der den Interessen des Kapitals untergeordneten Arbeiter zum Verkauf ihrer Arbeitskraft aufrecht erhalten und konsolidiert habe, sei weit wesentlicher als die Bestimmung der einzelnen Reaktionen der individuellen Kapitalisten. Die „historische Bilanz“ sei zu berücksichtigen und in diesem Falle eindeutig.³⁹⁶ Möglicherweise trifft diese Argumentation die Sichtweise der beiden Theoretiker.

Der Grad der relativen Selbständigkeit des faschistischen Regimes, worin diese begründet und wodurch sie begrenzt ist, wird weder bei Thalheimer noch bei Trotzki hinreichend geklärt. Beide Autoren teilen die Einschätzung, dass die Bourgeoisie im Faschismus ihre bisherige Form der Herrschaft aufgeben. Inwiefern diese dennoch weiterhin fortbesteht und wie die Übertragung der Kapitalinteressen auf den Faschismus genau stattfindet, bleibt undeutlich.³⁹⁷

Thalheimer arbeitet in diesem Zusammenhang mit der Unterscheidung zwischen sozialer und politischer Herrschaft. Den Faschismus beurteilt er als Abtretung der politischen Macht durch die Bourgeoisie im Sinne der Erhaltung ihrer sozialen Macht. Beide Kategorien werden jedoch nicht definiert oder voneinander abgegrenzt. Es bleibt schwer nachvollziehbar, wie der Faschismus gleichzeitig die Diktatur *über* die Bourgeoisie und die Diktatur *der* Bourgeoisie sein kann oder inwiefern die Diktatur des Kapitals gleichzeitig *offen* und *indirekt* sein kann.³⁹⁸ Die Dynamik, die Trotzki's Faschismustheorie bekommt, indem sie den Wandel des Faschismus von einer unabhängigen Bewegung mit eigenem Programm zu einem Regime, das die ursprünglich propagierten Ziele verwirft, beschreibt, fehlt bei Thalheimer.

Trotzki's Einschätzung bleibt dennoch ebenfalls in mancher Hinsicht unklar. Die explizite Unterscheidung zwischen sozialer und politischer Herrschaft ist bei ihm nicht zu finden. Trotzki formuliert wie Thalheimer die Angst der Bourgeoisie vor dem Faschismus:

„Sie [die Magnaten des Finanzkapitals] brauchen die Hilfe des Kleinbürgertums. Zu diesem Zweck muß es aufgepeitscht, auf die Beine gebracht, mobilisiert und bewaffnet

³⁹⁶Mandel: Trotzki's Faschismustheorie, S. 14f. Mandel bemerkt hierzu: „Weit davon entfernt, nur eine gedankliche Konstruktion zu sein, ergibt sich demnach ein sehr eindeutiges wirtschaftliches Gesamtinteresse der kapitalistischen Klasse, wie sich gleichzeitig auch Sonderinteressen im Rahmen dieses Gesamtinteresses immer wieder abheben und durchsetzen.“

³⁹⁷Interessant ist, dass beide Autoren in diesem Zusammenhang die gleiche Metapher zur Erläuterung heranziehen. Beide vergleichen die Abtretung der politischen Macht durch die Bourgeoisie mit dem Vorgang des Zahnziehens, in den sich der Patient zwar widerwillig, aber doch freiwillig in der Einsicht in die Notwendigkeit fügt. Trotzki: *Der einzige Weg*, S. 359; August Thalheimer: „Hellscher“ oder Nachtwächter? In: *Gegen den Strom*, 5. Jg. 1932, Nr. 27, S. 318-320, hier S. 319.

³⁹⁸August Thalheimer: *Wirtschaftliche Voraussetzungen und politische Folgerungen*, in: *Faschismus in Deutschland*, S. 100-106, hier S. 102.

werden. Doch diese Methode ist gefährlich. Während die Bourgeoisie sich des Faschismus bedient, fürchtet sie ihn.³⁹⁹

Hieraus ließe sich der Schluss ziehen, dass auch er mindestens im gewissen Maße von der Aufgabe ihrer politischen Macht durch die Bourgeoisie ausgeht. Es muss aber betont werden, dass dies in Trotzki's Schriften zum Faschismus nicht explizit zum Ausdruck kommt. Das Zögern der Bourgeoisie, offen den Faschismus zu unterstützen, wird bei Trotzki sowohl auf den potentiellen Widerstand und die Unruhen, die dies innerhalb der Arbeiterklasse hervorrufen könnte, zurückgeführt,⁴⁰⁰ als auch auf die Bedrohung, die von der sozialen Demagogie der Bewegung ausgeht.⁴⁰¹ Trotzki eine Tendenz zur „Agenturthese“ der Komintern zu unterstellen,⁴⁰² wäre jedoch zu weit gegriffen; eine zu große selbständige Bedeutung misst er der Massenbewegung zu und zu stark betont er den Unwillen der Bourgeoisie, den Faschismus an die Macht kommen zu lassen.⁴⁰³

Die unterschiedliche Akzentuierung der „Selbständigkeit“ des Faschismus lässt sich folgendermaßen zusammenfassen: Während Thalheimer die Eigenständigkeit der Massenbewegung vernachlässigt und stattdessen die Verselbständigung der Exekutive mit dem Faschismus an der Macht betont, konzentriert sich Trotzki's Analyse auf den Funktionswandel von kleinbürgerlicher Massenbewegung zum Bundesgenossen des Großkapitals.⁴⁰⁴

Obwohl die Verselbständigungsthese in gewisser Weise abstrakt ist, kann sie unter Umständen einen Beitrag für die Erklärung der Unterschiede des deutschen und

³⁹⁹Trotzki: Der einzige Weg, S. 357.

⁴⁰⁰Ebenda, S. 358.

⁴⁰¹Trotzki: Bonapartismus, S. 681.

⁴⁰²Dies tut beispielsweise Wolfgang Wippermann (Wippermann: Analyse, S. 119).

⁴⁰³Mandel spricht davon, dass „die höchste Form der Zentralisation des bürgerlichen Staates nur durch die politische Selbstentmachtung des Bürgertums erreicht werden kann.“ Die Gründe hierfür vermutet er nicht nur darin, dass ein „normaler“ Repressionsapparat den Massenterror und die Atomisierung der Arbeiterklasse nicht leisten könne, sondern, dass erst die Aufhebung der Personalunion von Großkonzernen und politischer Führung aufgehoben werden müsse, um das Gesamtinteresse der Bourgeoisie über die Einzelinteressen stellen zu können (Mandel: Trotzki's Faschismustheorie, S. 33). Dies stützt ein Zitat von Trotzki: „Die besitzenden Klassen befanden sich während der letzten Jahre in einem Zustand schärfster Zwietracht. Heute unterstützen sie alle – wenn auch schweren Herzens – den Faschismus. Der Antagonismus zwischen Agrariern und Industriellen sowie zwischen den einzelnen Industriellengruppen ist nicht beseitigt, aber es gibt eine Instanz, die gebieterisch alle Antagonismen reguliert.“ (Leo Trotzki: Deutsche Perspektiven (22.6.1933), in: SüD, S. 585-594, hier S. 587).

⁴⁰⁴Trotzki: Porträt, S. 578. Die Wandlung des Faschismus von der kleinbürgerlichen Massenbewegung zur bedingten Interessenvertretung des Kapitals findet in der Forschung über die soziale Zusammensetzung der NSDAP in der Tendenz ihre Bestätigung. In der Aufstiegsphase des Nationalsozialismus habe die Mitgliedschaft in der Hauptsache aus Angehörigen des Mittelstandes bestanden, was besonders auf die Funktionärschicht der Partei und der SA zutrifft. In der Endphase der Weimarer Republik und nach dem 30. Januar 1933 habe sich die Zusammensetzung jedoch verändert, da eine große Zahl Angehöriger der Oberschicht und oberen Mittelschicht der Partei beitraten (Michael H. Kater: Sozialer Wandel in der NSDAP im Zuge der nationalsozialistischen Machtergreifung, in: Schieder: Faschismus als soziale Bewegung, S. 25-68; Heinrich-August Winkler: Mittelstandsbewegung oder Volkspartei? Zur sozialen Basis der NSDAP, in: Schieder: Faschismus als soziale Bewegung, S. 97-118). Einen prägnanten Überblick über die Forschung zum Thema Mittelstand und Nationalsozialismus findet man bei Saage: Faschismustheorien, S. 81-130.

italienischen Faschismus leisten. Wippermann stellt beispielsweise die These auf, dass der höhere Grad der Verselbständigung in Deutschland es dem Nationalsozialismus im Vergleich zum italienischen Faschismus ermöglicht habe, eine Außen- und Rassenpolitik zu betreiben, die gegen die ökonomischen Interessen seiner Bündnispartner in der Wirtschaft teilweise verstieß.⁴⁰⁵

Gemeinsam ist beiden Theoretikern weiterhin, dass sie die Rolle der individuellen Persönlichkeit Hitlers als nachrangig beurteilen. Für Trotzki ist dieser nicht mehr als ein geschickter Agitator, der „besser als die anderen“ „mit der Faust auf den Tisch hauen“ konnte,⁴⁰⁶ während Thalheimer die Ansicht vertritt, das unter den gegebenen Umständen auch „die ordinärste Blechfigur“⁴⁰⁷ die Funktion des Diktators hätte übernehmen können.

6.2 Faschismus und Kleinbürgertum

Die „Deklassierung“ und Verzweiflung des Kleinbürgertums als unterdrückte und ausgebeutete Schicht in der ökonomischen Krise wird von Trotzki und Thalheimer in zweierlei Hinsicht als maßgeblich für die Entstehung und das Wachstum der faschistischen Bewegung angesehen: Einerseits untergrabe der Vertrauensverlust der Mittelklassen in den Parlamentarismus die Basis für die bürgerliche Demokratie, welche auf die Unterstützung weiter Bevölkerungsteile angewiesen sei, andererseits bilde das frustrierte Kleinbürgertum selbst den Rekrutierungsboden für die faschistische Bewegung, die an seine Wünsche und Nöte anknüpfen könne.

Die faschistische Bewegung vertrete durchaus eigenständige Forderungen, die den Interessen des Großkapitals teilweise widersprächen (etwa Verstaatlichungsforderungen) und im Lager der Bourgeoisie Angst und Unsicherheit hervorrufen könnten. Gerade die antikapitalistischen und scheinrevolutionären Elemente hätten es dem Faschismus ermöglicht, eine Massenanhängerschaft zu gewinnen.⁴⁰⁸

In der faschistischen Bewegung und in ihrer Ideologie drücke sich eben genau die Widersprüchlichkeit aus, die auch die sozioökonomische Situation des Kleinbürgertums ausmache: Angst vor dem „raffenden“ Großkapital, besonders im Weltmaßstab, bei

⁴⁰⁵Wippermann: Entwicklung, S. 66.

⁴⁰⁶Trotzki: Porträt, S. 573.

⁴⁰⁷Thalheimer: Krise, S. 52.

1. ⁴⁰⁸Thalheimer: Sozialfaschismus, S. 56.

gleichzeitiger Sorge um den eigenen Besitz sowie Neid um den Reichtum der Großkapitalisten bei gleichzeitiger Furcht vor Neid seitens des Proletariats.

Die Prognose beziehungsweise die Feststellung, dass der Faschismus die bürgerlichen Produktionsverhältnisse gänzlich unangetastet ließe, machen sowohl Trotzki als auch Thalheimer an der Position der faschistischen Bewegung dem Privateigentum gegenüber fest. Die zentrale Stellung, die das individuelle Eigentum hier einnehme, würde das kapitalistische Konkurrenzprinzip quasi „durch die Hintertür“⁴⁰⁹ wieder einführen. Trotzki fasst dies folgendermaßen zusammen:

„Nur im persönlichen Eigentum liegt das Heil. Der Gedanke des nationalen Eigentums ist eine Ausgeburt des Bolschewismus. Obwohl er die Nation vergottet, will der Kleinbürger ihr doch nichts schenken. Im Gegenteil erwartet er, daß die Nation ihm selbst Besitz beschert und diesen dann gegen Arbeiter und Gerichtsvollzieher in Schutz nimmt.“⁴¹⁰

Thalheimer schreibt über den Bonapartismus Folgendes:

„Er stellt nicht die revolutionäre, sondern die konterrevolutionäre Aufhebung dieser Klassenmerkmale vor, die Negation des bürgerlichen Klassenprinzips, *die innerhalb dieses Prinzips bleibt*. [...] Der bekannt Proudhonsche Satz: „La propriété c'est le vol“ (= „das Eigentum ist Diebstahl“) gilt also auch umgekehrt: „le vol c'est la propriété“, Diebstahl ist Eigentum. Und so sind diese Deklassierten aller Klassen *zugleich* Fleisch vom Fleische, Bein vom Beine des Privateigentums, der bürgerlichen Gesellschaft, also fähig, indem sie ihre politische Herrschaft vernichten, zugleich ihre soziale Herrschaft zu verteidigen und zu schützen gegenüber der Klasse und den Klassen, die die *revolutionäre* Aufhebung der bürgerlichen Gesellschaft, die gesellschaftliche Aufhebung des individuellen bürgerlichen Eigentums, vertrete, des industriellen Proletariats und der proletarisierten Teile des Bauerntums.“⁴¹¹

Es liegt nahe, dies auch auf den Faschismus zu übertragen. Aus dem Unwillen des faschistischen Kleinbürgertums das bürgerliche Privateigentum anzutasten und der Angst vor der Arbeiterbewegung um des eigenen Eigentums willen folgt schließlich die Anpassung an die Interessen des Großkapitals.

Der spezifische Charakter der faschistischen Bewegung als kleinbürgerliche Massenbewegung findet bei Thalheimer zwar Erwähnung in Abgrenzung zum französischen Bonapartismus,⁴¹² wird aber bei weitem nicht so genau betrachtet, wie dies bei Trotzki der Fall ist. Die Parallele zur „Dezemberbande“ des Louis Bonaparte mag ihn daran gehindert zu haben, der Massenbewegung eine größere Bedeutung zuzumessen. Implizit geht Thalheimer bei seiner ausführlichen Analyse der Situation in Deutschland am Vorabend des Faschismus von zwei Hauptklassen aus, die in der politischen Landschaft eine Rolle spielen. Warum es dem Faschismus gelang, gerade im Kleinbürgertum eine so beachtliche Massenbasis zu erringen und welche Rolle diese

⁴⁰⁹Trotzki: Porträt, S. 577.

⁴¹⁰Ebenda.

⁴¹¹Thalheimer: Faschismus, S. 32.

⁴¹²Ebenda, S. 42.

ideologisch spielte, bleibt bei Thalheimer vergleichsweise nebensächlich.⁴¹³

Trotzki hat sich der faschistischen Ideologie des Kleinbürgertums besonders 1933 in seinem „Porträt des Nationalsozialismus“ sehr ausführlich gewidmet. Die Tatsache, dass er statt der zwei Hauptklassen *drei* Klassen und die Wandlungen der Beziehungen unter diesen zum Gegenstand politischer Untersuchungen macht und dem Kleinbürgertum das Potential zugesteht, als aktive gesellschaftliche Kraft zu wirken, macht Trotzki's Faschismusanalyse im Vergleich zu anderen zeitgenössischen marxistischen Theorien so innovativ und ertragreich. Seine Betrachtungen zur faschistischen Ideologie können mit Recht als der beste Teil seiner Schriften über Deutschland bewertet werden. Zwar verortet Trotzki das Kleinbürgertum ebenfalls in eine Zwischenposition zwischen den beiden „Hauptlagern“⁴¹⁴ Daraus ergibt sich für ihn aber noch nicht seine prinzipielle Unwichtigkeit. Im Gegenteil, in manchen historischen Situationen habe das Kleinbürgertum entscheidenden Einfluss auf den Fortgang der gesellschaftlichen Entwicklung nehmen können.⁴¹⁵ Das faschistische Gedankengut bewertet Trotzki als etwas, was nicht von außen an des Kleinbürgertum herangetragen wurde, sondern was bereits in dessen Bewusstseinsstrukturen angelegt sei. Entsprechend beurteilt er auch die Funktion Hitlers, der nicht mit einem fertigen Programm an die Kleinbürger herantreten sei, sondern sein Programm aus Versatzstücken bereits vorhandener Bewusstseins-elemente zusammengesetzt habe. „Nicht jeder erbitterte Kleinbürger könnte ein Hitler werden, aber ein Stückchen Hitler steckt in jedem von ihnen.“⁴¹⁶

Angesichts der sozialen Krise jedoch interpretiert Trotzki die faschistische Ideologie als Ausdruck einer Fehlentwicklung in der Bewusstseinswelt des Kleinbürgertums. Das Neuartige sei hierbei, dass es dem Faschismus gelungen sei, die heterogenen und in sich

⁴¹³Die Analyse des Inhalts und der Bedeutung der faschistischen Ideologie ist jedoch Anfang 1930 in einer Artikelserie von Albert Schreiner in „Gegen den Strom“ unter der Überschrift „Faschistische Parolen und Schlagworte“ veröffentlicht worden. Hierin wird der „Mimikrycharakter“ des Faschismus als seine Anpassungsfähigkeit an verschiedenste widersprüchliche Schichten und Ideen beschrieben, sowie der Antimarxismus als Symbol für den Kampf gegen parlamentarische Korruption und Enteignungen. Der Rassismus wird als Ablenkung vom Klassenkampf gekennzeichnet, sowie die Unterscheidung zwischen „schaffendem“ und „raffendem“ Kapital in ihrer Funktion als Verschleierung des grundsätzlichen Übels der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Der „Antisemitismus, ein Rudiment des Feudalismus“ beruhe auf traditionellem Hass von Bauern und Handwerkern gegen Juden als Symbol für Wucherkapital und sei stets im Sinne der „Junkerkaste“ instrumentalisiert worden. Indem sich der Faschismus den Antisemitismus, den „Sozialismus der dummen Leute“ zu eigen gemacht habe, weise er sich als reaktionäre Bewegung aus (Albert Schreiner: Faschistische Parolen und Schlagworte, in: Faschismus in Deutschland, S. 220-234). Hier werden also Elemente der Faschismusanalyse der KPD(O) nachträglich ergänzt, die von Thalheimer bis dato vernachlässigt worden waren. Der genaue Entstehungszusammenhang dieser Artikelserie entzieht sich der Nachvollziehbarkeit, aber es liegt nahe, dass die entsprechende Lücke in der bisherigen Analyse aufgefallen war und hiermit der Versuch gemacht wurde, sie zu schließen.

⁴¹⁴Trotzki: Wendung, S. 79.

⁴¹⁵Trotzki: Der einzige Weg, S. 356; ders.: Wendung, S. 79.

⁴¹⁶Trotzki: Porträt, S. 571.

widersprüchlichen Elemente des kleinbürgerlichen Bewusstseins als politisches Programm zusammen zu fassen, ihnen damit zu Einfluss und Geltung zu verhelfen und sie als „Rammbock gegen die Arbeiterklasse und die Einrichtungen der Demokratie“ einzusetzen.⁴¹⁷ Hiermit liefert Trotzki den rudimentären Ansatz zu einer Erklärung der irrationalen Elemente der nationalsozialistischen Ideologie, die in einem so schroffen Gegensatz zu der geistigen, wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung der Weimarer Republik standen, indem er den sozioökonomischen Bedingungen für das Bewusstsein noch ein psychologisches Moment hinzufügt. Trotzki's Ungleichzeitigkeitsthese kann wenigstens einen Baustein zur Durchleuchtung des bis heute nicht befriedigend erklärten Ausmaßes der rassistischen Pervertierung des industriellen Fortschritts liefern.⁴¹⁸ Wenn auch seine Ausführungen zu diesem Aspekt vom Umfang her sehr begrenzt bleiben, so spiegeln sie doch eine präzise Beobachtung und scharfe Analysefähigkeit wider, die, wenn überhaupt, für lange Zeit unübertroffen blieb.

⁴¹⁷Ebenda, S. 578.

⁴¹⁸Der britische Politikprofessor Alex Callinicos machte in seiner Antrittsvorlesung an der Universität York den Versuch, den Holocaust aus marxistischer Perspektive zu erklären. Dabei berief er sich explizit auf Trotzki und dessen Analyse des Faschismus als kleinbürgerlicher Massenbewegung, der Entfesselung barbarischer menschlicher Eigenschaften sowie die Rolle der Ideologie im Nationalsozialismus (Alex Callinicos: *Ausloten der Abgründe. Marxismus und der Holocaust*, Frankfurt/Main 2005).

Trotzki sagte im Dezember 1938 voraus: „the next development of world reaction signifies with certainty the *physical extermination of the jews*.“ (Zitiert bei: Norman Geras: *Marxists before the Holocaust*, in: Ders.: *The Contract of Mutual Indifference*, London 1998, S. 139-170, hier S. 139). Geras sieht diese Weitsicht in Trotzki's Erfahrungen mit den zaristischen Pogromen in Reaktion auf die gescheiterte Revolution in Russland 1905 begründet, welche ihm das menschliche Potential zu unkontrollierter Grausamkeit vor Augen geführt haben. Marxistische Versuche zur Erklärung des Holocaust sind ein interessanter Forschungsgegenstand, können aber in dieser Arbeit leider keine weitere Beachtung erfahren.

6.3 Bonapartismus

Die Rezeption der Bonapartismusschriften von Marx und Engels stellt einen der offensichtlichsten, wenn auch vergleichsweise nebensächlichen Unterschied zwischen den Analysen Thalheimers und Trotzki dar. Beide berufen sich auf die historische Analogie zum Umsturz im Frankreich Napoleon Bonapartes, um die sukzessive Entdemokratisierung Deutschlands am Ende der Weimarer Republik zu erklären, meinen damit aber unterschiedliche Phänomene.

Während Thalheimer den Bonapartismus heranzieht, um den Faschismus als ein ihm verwandtes Herrschaftssystem zu charakterisieren, kennzeichnet Trotzki die dem Faschismus vorangehenden Präsidialkabinette mit Hindenburg an der Spitze als bonapartistisch.

Für Trotzki ist der Bonapartismus eine Form der bürgerlichen Herrschaft, die scheinbar unabhängig als Vermittler zwischen den Klassen fungiert. Dies diene aber nur der Verschleierung der Klassenherrschaft und deren Legitimation. Diese Legitimation sei notwendig, da die Bourgeoisie nicht allein herrschen könne, sondern sich immer durch eine gewisse Unterstützung in der Bevölkerung legitimieren müsse.⁴¹⁹ Die bonapartistische Herrschaft habe die Eigenschaft, dass sie eigentlich keinerlei Unterstützung seitens der Bevölkerung außer der des Großkapitals genieße, weder vom Proletariat noch vom Kleinbürgertum. Hieraus ergebe sich eine sehr instabile Situation, die sich nur dann aufrecht erhalten lasse, wenn sie auf einer Gleichgewichtssituation von Proletariat und Kleinbürgertum beruhe.⁴²⁰ Im Falle der niedergehenden Weimarer Republik sei dies die Situation, in der die faschistische Bewegung noch nicht in der Lage war, die Macht zu ergreifen, und das Proletariat zu schwach war, eine Revolution durchzuführen. In dieser Lage, in der die bürgerliche Demokratie die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen nicht mehr moderieren könne, habe sich der Bonapartismus in Form einer Clique der Staatsmacht bemächtigt und balanciere nun gleichsam wie ein Korke, in dem symmetrisch zwei Gabeln stecken, auf dem Gleichgewicht der Kräfte zwischen proletarischer Revolution und faschistischer Konterrevolution.⁴²¹

Trotzki beurteilt den Bonapartismus am Ende der Weimarer Revolution deshalb als besonders instabil, weil noch kein endgültiger Kampf zwischen den beiden gleichgewichtigen Lagern stattgefunden habe und beide potentiell noch dazu in der Lage wären, die Macht zu ergreifen. Hätte ein Bürgerkrieg bereits stattgefunden, der beendet

⁴¹⁹Leo Trotzki: Der deutsche Bonapartismus (30.10.1932), in: SüD, S. 422-428, hier S. 427 (zit. als: Trotzki: Der deutsche Bonapartismus).

⁴²⁰Ebenda.

⁴²¹Ebenda; Trotzki: Der einzige Weg, S. 351.

worden wäre, ohne dass ein eindeutiger Sieger daraus hervorgegangen wäre, könne sich der Bonapartismus auf die langfristige Ohnmacht der Gleichgewichte stützen.⁴²² Im Falle Deutschlands rechnet Trotzki aber mit einem nahenden Bürgerkrieg, für den das vorübergehende Machtgleichgewicht quasi ein Vorbote sei. Zusammenfassend stellt der Bonapartismus für Trotzki die vorgetäuschte Verselbständigung der Exekutive dar, die die Angst der Bourgeoisie kennzeichnet, dem Faschismus direkt und offen an die Macht zu verhelfen, weil dies einen Bürgerkrieg hervorrufen könnte.⁴²³ Er halte eine unhaltbare Situation aufrecht um Sorge für einen gewissen Zeitraum für das Weiterbestehen der Pattsituation. Für den Fall, dass das Gleichgewicht ins Wanken gerate, würde sich das Kapital vom Bonapartismus abwenden und offen den Faschismus unterstützen.⁴²⁴

Der Faschismus geht nach diesem Modell noch einen großen Schritt über den Bonapartismus hinaus: Er ist der Ausdruck des Sieges einer der beiden Gleichgewichtskräfte, die die Zerstörung des anderen Lagers vornimmt. In Hinblick auf Ähnlichkeiten in Deutschland, Italien und Österreich könne man es laut Trotzki sogar eine Gesetzmäßigkeit nennen, dass der Bonapartismus den Übergang zum Faschismus darstellt.⁴²⁵

Trotzki bezieht sich ausdrücklich auf die Kritik seitens der KPD(O) an dieser Auffassung:

„Dieselben Stalinisten und Brandlerianer lehnten sich auf gegen die Analogie zwischen dem vorfaschistischen Regime in Deutschland („Präsidential“-Kabinette) und dem Bonapartismus. Sie zählten Dutzende von Zügen auf, durch die sich das Papen-Schleicher-Regime vom klassischen Bonapartismus unterschied und übersahen darüber jenen Grundzug, der sie einander näherte: das Balancieren zweier unversöhnlicher Lager.“⁴²⁶

Die Einschätzung der KPD(O) führt er auf ein Unverständnis der revolutionären Dialektik des Marxismus und auf Unkenntnis der Schriften von Marx zurück.⁴²⁷ Die äußerlichen Unterschiede zwischen den Präsidentialkabinetten und Frankreich im 19. Jahrhundert begründet Trotzki damit, dass der Bonapartismus der Aufstiegsepoche der bürgerlichen Gesellschaft sich entscheidend vom Bonapartismus der Verfallsepoche des Kapitalismus unterscheide. Letzterer stütze sich nicht auf die Kleinbourgeoisie und die Bauern und halte sich nur durch die „Neutralisierung“ der beiden Bürgerkriegslager.⁴²⁸ Zudem sei es keine notwendige Bedingung für den Bonapartismus, dass dieser einen pseudoradikalen Demagogen an der Spitze habe und sich auf die Bauern stütze. Dies

⁴²²Trotzki: Der einzige Weg., S. 353.

⁴²³Ebenda.

⁴²⁴Trotzki: Der deutsche Bonapartismus, S. 427.

⁴²⁵Leo Trotzki: Der „4. August“, in: SüD, S. 567-570, hier S. 568.

⁴²⁶Ebenda.

⁴²⁷Trotzki: Der deutsche Bonapartismus, S. 426.

⁴²⁸Ebenda, S. 427.

würde auch durch die Einschätzung von Marx und Engels gestützt, die das Regime Bismarcks als bonapartistisch bezeichneten.⁴²⁹

Der Unterschied zwischen dem Bonapartismus und dem Faschismus besteht für Trotzki einerseits in der sozialen Basis: Hinter dem Bonapartismus stehen ausschließlich die Spitzen der besitzenden Klassen und das Militär,⁴³⁰ während der Faschismus eine kleinbürgerliche Massenbasis besitze. Der Faschismus an der Macht würde zudem keinerlei Gleichgewicht mehr bedeuten, sondern den Sieg eines der Bürgerkriegslager, die entfesselte Konterrevolution und Zerschlagung jeder Form von Arbeiterdemokratie. Als historische Analogie bedient sich Trotzki der „von Marx gegebenen Einschätzung des Jakobinertums als der plebejischen Abrechnung mit den feudalen Feinden der Bourgeoisie“ während der „*Aufstiegsepoche* der Bourgeoisie“.⁴³¹

Bei Thalheimer erfüllt der Bonapartismus eine andere Funktion und steht in näherer Verwandtschaft zum Faschismus. Für ihn handelt es sich nicht um den *Zustand* einer Gleichgewichtssituation, sondern um die *Folge* einer solchen.⁴³² Thalheimer beschreibt das Ende der Weimarer Republik als einen Prozess der schrittweisen Aushöhlung der parlamentarischen Demokratie. Diesen begreift er als Ausdruck des Unwillens der Bourgeoisie, sich weiterhin vom Parlament vertreten zu lassen. Sukzessive würde nun die Bourgeoisie ihre eigene politische Abdankung vorbereiten, freiwillig und bewusst ebenso wie unfreiwillig und unbewusst. Hitler und der faschistischen Bewegung käme nun die Funktion zu, ähnlich wie Bonaparte und seiner „Dezemberbande“ die politische Macht im Sinne der sozialen Macht der Bourgeoisie zu übernehmen.

Der Bonapartismus erfüllt bei Thalheimer also die Funktion, einen Zustand der gleichzeitigen Bewegungsunfähigkeit von Proletariat und Bourgeoisie zugunsten der Bourgeoisie aufzulösen und nicht, wie bei Trotzki, einen Zustand des Gleichgewichts zwischen Proletariat und Faschisten zu verlängern. Während der Bonapartismus bei Trotzki der Ausdruck einer vorübergehenden Pattsituation zwischen Proletariat und Faschismus ist, ist der Bonapartismus bei Thalheimer die Folge der Pattsituation zwischen Proletariat und Großbourgeoisie.

Trotzki vertritt weiterhin die Auffassung, die er durch die Entwicklung in Italien bestätigt sieht, dass sich der Faschismus, wenn er als Staatsmacht die Arbeiterbewegung vollständig zerstört habe und sich seiner „plebejischen“ und pseudo-sozialistischen Elemente gründlich entledigt habe, langsam wieder der bonapartistischen

⁴²⁹Trotzki: Der deutsche Bonapartismus, S. 425.

⁴³⁰Ebenda, S. 427.

⁴³¹Trotzki: Der einzige Weg, S. 358.

⁴³²Thalheimer: Faschismus, S. 36 und S. 40.

Herrschaftsform angleichen würde.⁴³³

„Eine dauernde Herrschaft des Finanzkapitals durch reaktionäre Sozialdemagogie und kleinbürgerlichen Terror ist unmöglich. Einmal an der Macht, sind die faschistischen Führer gezwungen, die Massen, die ihnen folgen, mit Hilfe des Staatsapparats zu zügeln. Dadurch verlieren sie aber die Unterstützung der breiten Massen des Kleinbürgertums. [...] Aber ein Faschismus, der seine soziale Massenbasis verliert, [...] wird wieder zu Bonapartismus.“⁴³⁴

Was den Faschismus in Deutschland betrifft, hat Trotzki hier die Dauerhaftigkeit des faschistischen Regimes und die Rolle, die Krieg und Holocaust bei der Aufrechterhaltung des offenen Terrors spielten, unterschätzt. Deutlich wird bei dieser Prognose jedoch erneut, welche Bedeutung er dem Wandel von Faschismus *im Aufstieg* zum Faschismus *an der Macht* zumaß.

6.4 Das Verhältnis zwischen Trotzki und Thalheimer

Das Verhältnis der beiden Kommunisten zueinander war in den letzten Jahren der Weimarer Republik von schärfster Kritik und gegenseitigen Anfeindungen geprägt, die den Rahmen sachlicher Auseinandersetzung oftmals weit überschritten und aus der heutigen Perspektive angesichts der Ähnlichkeiten in der Analyse sinnlos und kontraproduktiv wirken. Besonders Trotzki kritisierte Thalheimer in einer polemischen Weise, die oft den Rückbezug auf inhaltliche Differenzen nahezu unmöglich macht.⁴³⁵

Ein zentrales Moment für die Abneigung Trotzkis gegenüber der Gruppe um Brandler und Thalheimer ist seine Einschätzung der Situation im Oktober 1923, der er einen revolutionären Charakter attestierte. Durch die falsche Bewertung der Situation durch die beiden damaligen Führer der KPD sei die Revolution in Deutschland verpasst

⁴³³Trotzki: Der einzige Weg, S. 353.

⁴³⁴Trotzki: Bonapartismus, S. 682.

⁴³⁵„Unverständnis für das Wesen revolutionärer Krisen, politischer Minimalismus und die Perspektive der ewigen Vorbereitung – das sind die charakteristischen Züge der Politik der Rechten.[...] Sie haben aber mit revolutionärer Strategie nichts gemein.“ (Trotzki: Krise, S. 61); „Die Brandlerianer sind eins der Sprachrohre der Sozialdemokratie.“ (Trotzki: Wendung, S. 97); „Es ist höchst wahrscheinlich, daß die Brandlerianer auch hier den Geist des Opportunismus und der Borniertheit nicht loswerden.“ (Leo Trotzki: Gegen die Widersacher der Losung „Arbeiterkontrolle der Produktion“ (12.9.1931), in: SüD, S. 138-140, hier S. 139); „Aber damit erkennen Sie auch an, daß Brandler-Thalheimer keine Revolutionäre sind, denn Revolutionäre werden durch ihre Haltung zu den Grundfragen der Weltrevolution charakterisiert und erkennbar.“ (Leo Trotzki: Nochmals über Brandler und Thalheimer (12.6.1929), in: SüD, S. 743-749, hier S. 743); „Wie kann man nicht sehen, daß Brandler als Politiker auf der anderen Seite der Barrikade steht?“ (Ebenda, S. 744); „Erlauben Sie mir, Sie nochmal daran zu erinnern, daß junge, vor allem opportunistische Oppositions-Fraktionen im gleichen Maße sympathischer sind als alte sozialchauvinistische Parteien, wie ein Ferkel sympathischer ist als ein altes Schwein.“ (Ebenda, S. 746).

worden.⁴³⁶

„Die Folgen dieser Strategie trägt das Weltproletariat bis heute. Die historische Kapitulation der deutschen Kommunistischen Partei und der Komintern im Jahre 1923 war die Basis für den Aufstieg des Faschismus.“⁴³⁷

Der vermutlich wichtigste Faktor für die Abneigung der beiden Autoren gegeneinander ist das Verhältnis zur Sowjetunion. Trotzki wirft Thalheimer und der KPD(O) vor, der stalinistischen Sowjetunion gegenüber gleichgültig oder zu unkritisch zu sein. Thalheimer sei nicht in der Lage, zwischen einer Kritik am Sowjetstaat und einer Kritik an der stalinistischen Bürokratie zu unterscheiden und würde deshalb beide gleichsetzen.⁴³⁸

„Die Stalinbürokratie handelt, wenn man ihnen glaubt, bei sich zu Hause ganz unfehlbar. Aber aus irgendeinem Grunde erweist sich die Führung der gleichen Stalinfraktion für Deutschland als verhängnisvoll. Aber warum? Geht es doch nicht um einzelne Fehler Stalins infolge seiner Unkenntnis anderer Länder, sondern um einen bestimmten fehlerhaften Kurs, um eine ganze Richtung.“⁴³⁹

Trotzki bewertet die Kritik Thalheimers an Stalin folgendermaßen:

„Sie haben alle *rechten* Zickzacks der Stalinfraktion mitgemacht, sich aber gegen die *linken* empört; damit haben sie bewiesen, daß sie der rechte Flügel des Zentrismus sind. Daß sie als verdorrter Ast von ihrem Vaterstamm abgefallen sind, liegt ganz in der Ordnung der Dinge: bei scharfen Wendungen verliert der Zentrismus unweigerlich rechte und linke Gruppen und Tendenzen.“⁴⁴⁰

Trotzkis Position steht im Zusammenhang mit seiner Theorie der „Permanenten Revolution“, die die Möglichkeit des Sozialismus in einem Lande ausschließt und deshalb zwangsläufig eine besonders internationalistische Herangehensweise an die Beurteilung der Lage bedingt.⁴⁴¹

Thalheimer hingegen zog aus den Ereignissen des Oktober 1923 die Lehre, dass die Einmischung der UdSSR in deutsche Angelegenheiten ab einem gewissen Maße schädlich sei und es notwendig für die KPD sei, die Lage selbständig und unabhängig zu beurteilen.⁴⁴² Hierauf ist auch zurückzuführen, dass sich Thalheimer vergleichsweise wenig mit der Innenpolitik der Sowjetunion befasst hat, was von Trotzki scharf angegriffen wurde. In seiner Kritik an Trotzki machen sich Thalheimer und die KPD(O)

⁴³⁶Trotzki: Wendung, S. 82.

⁴³⁷Trotzki: Faschismus, S. 158.

⁴³⁸Trotzki: Was nun? S. 270.

⁴³⁹Ebenda, S. 273.

⁴⁴⁰Ebenda, S. 274.

⁴⁴¹Theodor Bergmann vermutet darüber hinaus, dass auch persönliche Gründe bei Trotzkis Abneigung gegen Thalheimer eine Rolle gespielt haben. Letzterer war eng befreundet mit Nikolai Bucharin, der lange Jahre ein politischer Gegner Trotzkis in Russland gewesen war (Bergmann: Strom, S. 169). Ausführlicher zum Verhältnis Trotzkis und Bucharins: Pierre Broué: Bucharin und Trotzki, in: Theodor Bergmann und Gert Schäfer: „Liebling der Partei“. Bucharin – Theoretiker des Sozialismus, Hamburg 1989, S. 49-60.

⁴⁴²August Thalheimer: Der Leninbund und Trotzki, in: Gegen den Strom, 2. Jg. 1929, Nr. 19, Sonderbeilage Nr. 6, S. 15.

sehr viel mehr die Mühe, nachvollziehbar und sachlich zu argumentieren.⁴⁴³ Die Position gegenüber der „Gefolgschaft“ Trotzki knüpft an dem Punkt der nationalen Unabhängigkeit an:

„Folgen die Offiziösen unkritisch und charakterlos der jeweils herrschenden Richtung in der Führung der KP der Sowjetunion, so folgen die internationalen Linken ebenso unkritisch der Opposition und ihren jeweiligen Direktiven in den russischen und internationalen Fragen. [...] Die Folge ist hier wie dort die Unterordnung der internationalen und der nationalen kommunistischen Bewegung unter die jeweiligen Fraktionsinteressen und Fraktionsmanöver der oder jener Gruppierung innerhalb der KP.SU.“⁴⁴⁴

Abwehrmaßnahmen gegen die linke Opposition in der Sowjetunion werden von der KPD(O) ausdrücklich befürwortet und für notwendig gehalten, wenn auch die Ausweisung Trotzki als falsche Methode erachtet wird, da sie der Opposition und den Gegnern der Sowjetunion in die Hände spielen würde.⁴⁴⁵ Es kann mit Sicherheit davon ausgegangen werden, dass Trotzki dies bekannt war - er verfolgte im Exil die Presse der KPD(O)⁴⁴⁶ – und sich negativ auf seine Haltung zu Thalheimer und der KPD(O) auswirkte.

Gegen den Vorwurf des Versagens im Oktober 1923 wehrt sich Thalheimer vehement. Die „Oktoberlegende“ sei von keinem der Kritiker bewiesen worden und insofern politisch verhängnisvoll, als sie „die Vorstellung, daß die Partei unabhängig von dem wirklichen Verhältnis der Klassenkräfte nur zu wollen braucht, um die Klasse als Ganzes oder in ihrer Mehrheit mitzureißen“ und damit die Tendenz zu putschistischen Abenteuern fördere.⁴⁴⁷ Die KPD(O) bezeichnet Trotzki „als den konsequentesten

⁴⁴³Folgende Artikel setzen sich vergleichsweise sachlich mit den Positionen Trotzki auseinander: Trotzki und die Sowjetunion (anonym), in: Gegen den Strom, 5. Jg. 1932, Nr. 6, S. 68-70; Noch einmal Trotzki (anonym), in: Gegen den Strom, 5. Jg. 1932, Nr. 7, S. 77-83; Zur Frage des Aufbaus des Sozialismus in einem Lande (anonym), in: Gegen den Strom, 5. Jg. 1932, Nr. 8, S. 87-90; Unsere Stellung zu den inneren Fragen der KP.SU, III. Trotzki Programm und Aktion, (anonym), in: Gegen den Strom, 2. Jg. 1929, Nr. 9, S. 3-5.

⁴⁴⁴Thalheimer: Leninbund, S. 15. Siegfried Bahne bemerkt, dass die Zurückhaltung der KPD(O), sich mit einer der Fraktionen in der UdSSR zu identifizieren, „in eine fast vorbehaltlose Zustimmung zum ‚sozialistischen Wirtschaftsaufbau der Sowjetunion‘“ mündete (Bahne: KPD-Opposition, S. 539). Tjaden schreibt hierzu: „diese Haltung gegenüber dem sowjet-russischen Kommunismus, deren objektive Funktion allerdings die der opportunistischen Anpassung war, entsprang immerhin der subjektiv ehrlichen Intention, die für richtig gehaltene eigene Politik gegenüber der verderblichen und unverändert kritisierten der KPD durchzusetzen, was nur mittels des Willens der KPD-Mitgliedschaft, aber auch nicht gegen die sowjetrussischen Instanzen möglich sei.“ (Tjaden: Struktur, S. 254). Dies führte in letzter Instanz dazu, dass die Schauprozesse gegen Sinowjew 1936 und gegen Radek und Pjatakow 1937 von der KPD(O) als „Akt der berechtigten Abwehr gegen ein konterrevolutionäres Komplott“ gerechtfertigt wurden (zitiert bei: Tjaden: Struktur, S. 336).

⁴⁴⁵Der Kampf um Trotzki Einreise nach Deutschland (anonym), in: Gegen den Strom, 2. Jg. 1929, Nr. 9, S. 6.

⁴⁴⁶Dies wird besonders an folgenden Stellen deutlich: Leo Trotzki: Aus einem Brief an Souvarine(25.4.1929), in: SüD, S. 742-743, hier S. 742; ders.: Was nun? S. 270, ders.: Die Plattform der Brandler-Gruppe (22.5.1933), in: SüD, S. 540-543, hier S. 540.

⁴⁴⁷Der Leninbund und Trotzki, S. 15 Die Kontroverse um den Oktober 1923 ist ca. 80 Jahre danach unter den politischen Erben Thalheimers und Trotzki noch nicht beigelegt. Siehe beispielsweise die Darstellungen der Ereignisse bei dem britischen Trotzkiisten Chris Harman (Chris Harman: Die

Vertreter der ultralinken Politik“. Wer sich nicht in allen Fragen, besonders hinsichtlich der chinesischen Revolution, des Sozialismus in einem Lande und des Oktober 1923, der Position Trotzki füge, stünde für ihn auf der anderen Seite der Barrikade, „die das trotzkistische Grüppchen von der irdischen Welt und ihren Problemen trennt.“ Er beschäftige sich mit allgemeinen Glaubenssätzen anstatt sich den praktischen Tagesaufgaben zu widmen.

„Was sich um Trotzki sammelt, ist eine Sekte, die auf den großen Führer und seine Glaubensartikel schwört. [...] Es ist ein trauriges Bild, das Trotzki bietet, wenn er sich in Konstantinopel als Gegenpapst etabliert und Bannbulen versendet. Er wird damit für die Zukunft nichts gewinnen, sondern nur die Erinnerung an seine Vergangenheit auslöschen.“⁴⁴⁸

Rückblickend erscheint es als Tragödie, dass zwei Männer, die in den wichtigsten akuten politischen Fragen in Deutschland einer Meinung waren und jeweils nur über eine sehr begrenzte Anzahl von Mitgliedern in ihren Organisationen verfügten, ihre Kräfte nicht wenigstens temporär zur Abwehr des Faschismus bündeln konnten oder wollten.⁴⁴⁹

verlorene Revolution. Deutschland 1918-1923, Frankfurt/Main 1998, S. 329ff.) und dem ehemaligen Mitglied im Kommunistischen Jugendverband (Opposition) Theodor Bergmann (Bergmann: Strom, S. 96ff.).

⁴⁴⁸Trotzki, der Gegenpapst (anonym), in: Gegen den Strom, 2. Jg. 1929, Nr. 28, S. 7f.

⁴⁴⁹Eine prägnante Zusammenfassung der Differenzen zwischen der KPD(O) und dem Leninbund bzw. der Linken Opposition findet sich auch bei Tjaden: Struktur, S. 219-222.

7 Schluss

Zusammenfassend lassen sich folgende Elemente aus dem Vorangegangenen herauskristallisieren, die den Beitrag Trotzki's und Thalheimers zur Faschismuskritik ausmachen:

- Der Faschismus ist eine Bewegung, die sich auf der Grundlage einer allgemeinen Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft entwickelt.
- Er ist eine eigenständige Massenbewegung, die sich hauptsächlich aus dem Kleinbürgertum und anderen von den Folgen der Wirtschaftskrise „Deklassierten“ rekrutiert.
- Die Inhalte und Ziele der Bewegung sind spezifisch kleinbürgerlich: Sie richten sich gegen das Großkapital, lassen aber das Privateigentum grundsätzlich unangetastet. Damit fordern sie quasi die Rückkehr zu einem vergangenen Stadium des kapitalistischen Systems, zur vollständigen Konkurrenz (im Gegensatz zum Monopolkapitalismus) und zur Aufwertung kleiner Betriebe. Da sie hiermit aber die Entwicklungsgesetze des Kapitalismus ändern wollen, ohne diesen vollständig aufzuheben, sind ihre Ziele nicht zu verwirklichen.
- Die Arbeiterbewegung stellt mit ihren Forderungen nach Gleichheit, Kollektivität und Aufhebung des Privateigentums eine subjektive Gefahr für den faschistischen Kleinbürger dar. Deshalb ist die Zerschlagung der Arbeiterbewegung das erste Ziel der faschistischen Bewegung.
- Das Großkapital, welches angesichts der Krise seine Interessen durch die parlamentarische Demokratie nicht mehr gesichert sieht, unterstützt die faschistische Bewegung, um jegliches Widerstandspotential der Arbeiterklasse zu brechen. Die Vernichtung der Arbeiterbewegung bedeutet für das Kapital uneingeschränkte ökonomische Herrschaft.
- Zwischen der faschistischen Bewegung und dem Kapital besteht ein ambivalentes Verhältnis: Einerseits sieht das Kapital im Faschismus den einzigen Ausweg zur Lösung der Krise in seinem Sinne, andererseits fürchtet es diese Lösung, da sie die Gefahr großer Unruhen mit sich bringt. Der Faschismus bedeutet die politische Selbstentmachtung des Bürgertums und eine partielle Verselbständigung der Exekutive, was für das Kapital das Risiko des Kontrollverlustes birgt.
- Letztendlich ist der Faschismus aufgrund der Undurchführbarkeit kleinbürgerlicher Politik ein Regime, das als Diktatur im Wesentlichen die Interessen des Kapitals vertritt und durchsetzt.

- Der Faschismus ist keine Reaktion auf die Stärke der Arbeiterklasse und die unmittelbare Bedrohung durch sie für die bürgerliche Klassenherrschaft, sondern im Gegenteil, ein Zeichen der Schwäche der Kampfkraft der Arbeiterklasse.

Was die Theorien der beiden Marxisten vor anderen zeitgenössischen und auch späteren Faschismusanalysen besonders auszeichnet und zum Gegenstand vielfältiger Rezeptionen machte, ist die differenzierte Betrachtung des Verhältnisses von Industrie und faschistischer Bewegung. Ihre Analysen bedeuten einen wichtigen Schritt weg von dem in der kommunistischen Bewegung oft vertretenen mechanischen Zusammenhang von Politik und Ökonomie, ohne diese jedoch völlig voneinander zu trennen und vom Kapitalismus zu schweigen. Stattdessen unternahmen sowohl Thalheimer als auch Trotzki den Versuch, Aufstieg und Machtübernahme der Nationalsozialisten konkret aus den gesellschaftlichen und politischen Strukturen der Weimarer Republik heraus zu erklären. Was zudem die Überlegenheit der beiden Analysen vielen anderen kommunistischen Einschätzungen gegenüber ausmacht, ist, dass sie in der Lage waren, die heranziehende Gefahr durch das Wachstum der Nationalsozialisten schon früh in ihrem Ausmaß zu erkennen und zu benennen. Darüber hinaus waren sie im Stande, die Kräfteverhältnisse in Deutschland, besonders zwischen der Arbeiterbewegung und dem Faschismus, vergleichsweise realistisch einzuschätzen. Daraus konnten sie die Einsicht entwickeln, dass die Spaltung der Arbeiterklasse als zentrale Schwäche zu beurteilen sei, welche ohne ihre zeitweilige Überwindung zwangsläufig zur Niederlage gegen den Nationalsozialismus führen würde. Was von beiden hingegen unterschätzt wurde, war die Stärke der stalinistischen KPD- und Komintern-Führung und das Ausmaß ihrer Steuerung von Moskau aus. Dies verhinderte erfolgreich, dass Trotzki oder Thalheimers Ideen und Aktivitäten Einfluss auf den Kurs der Partei in Deutschland nehmen konnten.

Der Versuch der beiden Autoren, den Faschismus in Deutschland durch eine effektive Einheitsfrontpolitik zu verhindern, ist gescheitert. Die propagierten Ideen, die aus dem richtigen Verständnis des Faschismus die richtige Strategie gegen ihn entwickeln und durchsetzen wollten, erreichten nicht den unverzichtbaren Masseneinfluss und blieben Positionen einer verschwindend kleinen Minderheit. Ob größere Durchsetzungskraft der KPD(O) oder der deutschen Trotzkiisten oder deren Zusammenarbeit dazu geführt hätte, die Arbeiterparteien auf einen anderen Kurs zu bringen, ist angesichts der festgefahrenen Fronten fragwürdig und kann hier nicht beantwortet werden. Dass ein partielles Zusammengehen von Kommunisten und Sozialdemokraten zumindest nicht gänzlich

unmöglich war, beweisen die kleinen Erfolge, die KPD(O) und VLO in ihren Einheitsfrontbemühungen auf lokaler Ebene vorweisen konnten.

Die Unterschiede in der Faschismusanalyse Trotzki und Thalheimers erscheinen aus heutiger Sicht marginal. Was praktische Schlussfolgerungen aus den genannten Unterschieden betrifft, sind diese Differenzen weitgehend irrelevant. Zwar findet jeweils eine unterschiedliche Gewichtung in der Analyse der faschistischen Massenbasis und Ideologie statt und werden unterschiedliche historische Generalisierungen verwendet, aber in der Bewertung der Bedeutung und der Folgen des Faschismus für die Arbeiterklasse kommen beide zu dem gleichen Schluss, dass der Faschismus als ersten Schritt die vollkommene Zerschlagung der demokratischen Arbeiterorganisationen durchführen würde und dass ein gemeinsamer Kampf von Kommunisten und Sozialdemokraten unabdingbar sei, um diese Gefahr abzuwenden. Die Differenzen in der Bewertung der sowjetischen Innenpolitik wirken vor dem Hintergrund der sonstigen Übereinstimmungen und vor der Größe der selbstgestellten historischen Aufgabe aus der Retrospektive zweitrangig. Um so tragischer ist es, dass Thalheimer und Trotzki, die gerade in Hinblick auf die Einheitsfront das *gemeinsame* Interesse innerhalb der Arbeiterklasse im Kampf gegen den Faschismus in den Vordergrund zu stellen wussten, diese Gemeinsamkeiten untereinander nicht erkennen konnten oder wollten. Die Auseinandersetzungen zwischen den beiden Fraktionen erzeugen ein Bild, das sich lückenlos in die Selbsterfleischung der Linken am Ende der Weimarer Republik einfügt und in krassm Kontrast zu dem theoretischen Niveau und der Weitsicht ihrer Faschismustheorien steht.

Die Fragen, die sowohl Trotzki als auch Thalheimers Theorie offen lassen und die kontroversen Diskussionen, die diese in den 60er und 70er Jahren des letzten Jahrhundert bereits verursacht haben, würde es in weiterführenden Arbeiten zu beleuchten und zu beantworten gelten. Hier sei in erster Linie die Frage nach der Konkretisierung der „Verselbständigung der Exekutive“ und ihrer Anwendbarkeit auf den Faschismus im Allgemeinen und den Nationalsozialismus im Besonderen genannt, die generell auf das Verhältnis von Ökonomie und Politik im Nationalsozialismus verweist. Darüber hinaus wäre es spannend und notwendig, die Fruchtbarkeit marxistischer Faschismustheorien am Holocaust oder an aktuellen Phänomenen wie neofaschistischen Parteien und Organisationen eingehender zu überprüfen. Die hiermit vorliegende Analyse der Theorien von Trotzki und Thalheimer kann einen Beitrag zum Kontext weiterer Forschungsarbeiten leisten.

8 Abkürzungsverzeichnis

ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
EKKI	Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale
ILO	Internationale Linksopposition
Komintern	Kommunistische Internationale
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPD(O)	Kommunistische Partei Deutschlands (Opposition)
MEW	Marx/Engels Werke
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SüD	Schriften über Deutschland
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
VLO	Vereinigte Linke Opposition der KPD (Bolschewiki-Leninisten)

9 Quellen- und Literaturverzeichnis

I. Zeitgenössische Zeitungen und Periodika

Der Kommunist. Zeitschrift der Vereinigten Linken Opposition der KPD (Bolschewiki-Leninisten). Ab November 1930: Zeitschrift der Linken Opposition der KPD (Bolschewiki-Leninisten), 1. Jg. 1930 – 4. Jg. 1933.

Gegen den Strom. Organ der KPD (Opposition). 1. Jg. 1928 – 8. Jg. 1935, vollständiger Nachdruck in drei Bänden, Hamburg 1985.

Permanente Revolution. Zeitschrift der Linken Opposition der KPD (Bolschewiki-Leninisten). 1. Jg. 1931 - 3. Jg. 1933, Nachdruck in zwei Bänden, Dortmund 1977.

II. Sammelbände, Dokumentationen und Quelleneditionen

Abendroth, Wolfgang (Hg.): Faschismus und Kapitalismus. Theorien über die sozialen Ursprünge und die Funktion des Faschismus, Frankfurt/Main 1970.

Alles, Wolfgang (Hg.): Die Kommunistische Alternative. Texte der Linken Opposition und IV. Internationale 1932-1985, Frankfurt/Main 1989.

Bergmann, Theodor; Schäfer, Gert (Hg.): Leo Trotzki – Kritiker und Verteidiger der Sowjetgesellschaft, Mainz 1993.

Grebing, Helga; Kinner, Klaus (Hg.): Arbeiterbewegung und Faschismus. Faschismus-Interpretationen in der europäischen Arbeiterbewegung, Essen 1990.

Griffin, Roger; Feldman, Matthew (Hg.): Fascism. Critical Concepts in Political Science, Bd. I-V, London 2004.

Gruppe Arbeiterpolitik (Hg.): Der Faschismus in Deutschland. Analysen und Berichte der KPD-Opposition 1928-1933, 2., erweiterte Aufl., o. O. 1981.

„Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München 1987.

Jour fixe Initiative Berlin (Hg.): Theorie des Faschismus – Kritik der Gesellschaft, Münster 2000.

Kaestner, Jürgen (Hg.): Gegen den Strom – KPD-Opposition. Ein Kolloquium zur Politik der KPD (1928-1945), Frankfurt/Main 1984.

Kühnl, Reinhard (Hg.): Texte zur Faschismuskritik, Bd. I, Positionen und Kontroversen, Reinbek bei Hamburg 1974.

Loh, Werner; Wippermann, Wolfgang (Hg.): „Faschismus“ kontrovers, Stuttgart 2002.

Nolte, Ernst (Hg.): Theorien über den Faschismus, 3. Aufl., Köln 1972.

Pirker, Theo (Hg.): Komintern und Faschismus. Dokumente zur Geschichte und Theorie des Faschismus, Stuttgart 1965.

Schieder, Wolfgang (Hg.): Faschismus als soziale Bewegung: Deutschland und Italien im Vergleich, Hamburg 1976.

Schirmacher, Frank (Hg.): Die Walser-Bubis-Debatte: eine Dokumentation, Frankfurt/Main 1999.

Schoeps, Julius H. (Hg.): Ein Volk von Mördern? Die Dokumentation zur Goldhagen-Kontroverse um die Rolle der Deutschen im Holocaust, Hamburg 1996.

Trotzki, Leo: Schriften über Deutschland, hg. von Helmut Dahmer, 2 Bd., Frankfurt/Main 1971.

Ulrich, Bernd; Hamburger Institut für Sozialforschung (Hg.): Zur Rezeption der Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“, Hamburg 1999.

Weber, Hermann (Hg.): Der deutsche Kommunismus. Dokumente, Köln/Berlin 1963.

III. Quellen und zeitgenössische Darstellungen

Bauer, Otto: Der Faschismus, in: Abendroth, Wolfgang (Hg.): Faschismus und Kapitalismus. Theorien über die sozialen Ursprünge und die Funktion des Faschismus. Eingeleitet von Rüdiger Gripenburg, Jörg Kammler und Kurt Kliem, Frankfurt/Main 1970, S. 143-167.

Bloch, Ernst: Der Faschismus als Erscheinungsform der Ungleichzeitigkeit, in: Nolte, Ernst (Hg.): Theorien über den Faschismus, 3. Aufl., Köln 1972, S. 182-204.

Dimitroff, Georgi Michajlow: Der Faschismus und die Arbeiterklasse. Rede auf dem VII. Weltkongress der Komintern am 17.8.1935, in: Pirker, Theo (Hg.): Komintern und Faschismus. Dokumente zur Geschichte und Theorie des Faschismus, Stuttgart 1965, S. 187.

Marx, Karl; Engels, Friedrich: Manifest der Kommunistischen Partei, in: Marx/Engels Werke, Berlin 1971, Bd. 4, S. 459-493.

Marx, Karl: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: Marx/Engels Werke, Berlin 1971, Bd. 8, S. 111-207.

Marx, Karl: Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848-1850, in: Marx/Engels Werke, Berlin 1971, Bd. 7, S. 9-107.

Marx, Karl: Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation, in: Marx/Engels Werke, Berlin 1971, Bd. 17, S. 313-365.

Reich, Wilhelm: Massenpsychologie und Faschismus, in: Kühnl, Reinhard (Hg.): Texte zur Faschismuskussion, Bd. I, Positionen und Kontroversen, Reinbek bei Hamburg 1974, S. 30-56.

Resolution des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, 1. 4. 1933, in: Dokumente zu: Bahne, Siegfried: Die Kommunistische Partei Deutschlands, in: Matthias, Erich; Morsey, Rudolf (Hg.): Das Ende der Parteien 1933. Darstellungen und Dokumente, Düsseldorf 1979, S. 728-731.

Zetkin, Clara: Der Kampf gegen den Faschismus. Aus dem Protokoll der Konferenz der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale, Moskau 12.-13. Juni 1923, in: Nolte, Ernst (Hg.): Theorien über den Faschismus, 3. Aufl., Köln 1972, S. 88-111.

IV. Schriften August Thalheimers und der KPD(O)

Thalheimer, August: Einführung in den dialektischen Materialismus, hg. von der Gruppe Arbeiterpolitik, Bremen o. J.

Aufsätze aus:

Gegen den Strom. Organ der KPD (Opposition). 1. Jg. 1928 – 8. Jg. 1935, vollständiger Nachdruck in drei Bänden, Hamburg 1985.

(Bei Aufsätzen, die in dem Band Gruppe Arbeiterpolitik (Hg.): Der Faschismus in Deutschland. Analysen und Berichte der KPD-Opposition 1928-1933, 2., erweiterte Aufl., o. O. 1981 abgedruckt sind, wird die entsprechende Seitenzahl in Klammern angegeben. Die Aufsätze befinden sich in chronologischer Reihenfolge.)

Unsere Stellung zu den inneren Fragen der KP.SU, III. Trotzki's Programm und Aktion, (anonym), in: Gegen den Strom, 2. Jg. 1929, Nr. 9, S. 3-5.

Der Kampf um Trotzki's Einreise nach Deutschland (anonym), in: Gegen den Strom, 2. Jg. 1929, Nr. 9, S. 6.

Thalheimer, August: Die Krise der Kommunistischen Internationale, in: Gegen den Strom, 2. Jg. 1929, Nr. 10, S. 5-6.

Ders.: Die Krise des Parlamentarismus – das Vorspiel zur Krise der bürgerlichen Herrschaft, in: Gegen den Strom, 2. Jg. 1929, Nr. 10, S. 2f. (S. 48-54).

Ders.: Wo stehen wir in den Wirtschaftskämpfen? In: Gegen den Strom, 2. Jg. 1929, Nr. 13, S. 6.

Ders.: Der sogenannte Sozialfaschismus und andere Purzelbäume der Anne-Liese, in: Gegen den Strom, 2. Jg. 1929, Nr. 16, S. 4f. (S. 55-59).

Ders.: Der Leninbund und Trotzki, in: Gegen den Strom, 2. Jg. 1929 Nr. 19, Sonderbeilage Nr. 6, S. 15.

Trotzki, der Gegenpapst (anonym), in: Gegen den Strom, 2. Jg. 1929, Nr. 28, S. 7f.

Der Faschismus wächst! (anonym), in: Gegen den Strom, 2. Jg. 1929, Nr. 33, S. 5.

August Thalheimer: Zur Reichskonferenz, in: Gegen den Strom, 2. Jg. 1929, Nr. 42, S. 1-4.

Die Wurzeln und Ziele der Kapitaloffensive (anonym), in: Gegen den Strom, 2. Jg. 1929, Nr. 42, S. 9f. (S. 60-64).

Thalheimer, August: Die Plattform der KPD.-Opposition, in: Gegen den Strom, 2. Jg. 1929, Nr. 46, S. 6-8.

Ders.: Über den Faschismus, in: Gegen den Strom, 3. Jg. 1930, Nr. 2, S. 32f.; Nr. 3, S. 48f.; Nr. 4, S. 66f. (S. 28-46).

Schreiner, Albert: Faschistische Parolen und Schlagworte, in: Gegen den Strom, 3. Jg. 1930, Nr. 3, S. 49f.; Nr. 4, S. 68; Nr. 5, S. 81f.; Nr. 7, S. 112f.; Nr. 8, S. 125f. (S. 220-234).

Thalheimer, August: Grundlagen und Wege der Faschistischen Entwicklung in Deutschland, in: Gegen den Strom, 3. Jg. 1930, Nr. 17, S. 263-267. (S. 77-91).

Ders.: Wirtschaftliche Voraussetzungen und politische Folgerungen, in: Gegen den Strom, 3. Jg. 1930, Nr. 19, S. 301f. (S. 100-106).

Thalheimer, August: Der nächste Schritt, in: Gegen den Strom, 3. Jg. 1930, Nr. 37, S. 551-552.

Ders.: Der Aufschwung der faschistischen Konterrevolution, in: Gegen den Strom, 3. Jg. 1930, Nr. 38, S. 563-565. (S. 112-118).

Ders.: Eine verlorene Hauptschlacht, in: Gegen den Strom, 3. Jg. 1930, Nr. 45, S. 657-649. (S. 119-124).

Ders.: Zur Dialektik der kommunistischen Einheitsfronttaktik, in: Gegen den Strom, 3. Jg. 1930, Nr. 52, S. 745-746.

Ders.: Vor einer neuen Etappe, in: Gegen den Strom, 4. Jg. 1931, Nr. 10, S. 105-108.

Ders.: Die Sozialdemokratie und die Wirtschaftskrise, in: Gegen den Strom, 4. Jg. 1931, Nr. 11, S. 120-122.

Ders.: Die Flickversuche der KPD am ultralinken Kurs, in: Gegen den Strom, 4. Jg. 1931, Nr. 12, S. 131-133.

Trotzki und die Sowjetunion (anonym), in: Gegen den Strom, 5. Jg. 1932, Nr. 6, S. 68-70.

Noch einmal Trotzki (anonym), in: Gegen den Strom, 5. Jg. 1932, Nr. 7, S. 77-83.

Zur Frage des Aufbaus des Sozialismus in einem Lande (anonym), in: Gegen den Strom, 5. Jg. 1932, Nr. 8, S. 87-90.

Thalheimer, August: Stückwerk, in: Gegen den Strom, 5. Jg. 1932, Nr. 11, S. 122-128.

Vorbereitung des Staatsstreichs (anonym), in: Gegen den Strom, 5. Jg. 1932, Nr. 12, S. 131.

Die Lehren des 20. Juli (anonym), in: Gegen den Strom, 5. Jg. 1932, Nr. 16, S. 179-180.

Thalheimer, August: Nach den Wahlen des 6. November, in: Gegen den Strom, 5. Jg. 1932, Nr. 24, S. 275-279. (S. 184-190).

Von Brüning bis Schleicher (anonym), in: Gegen den Strom, 5. Jg. 1932, Nr. 27, S. 314f. (S. 191-197).

Thalheimer, August: „Hellseher“ oder Nachtwächter? In: Gegen den Strom, 5. Jg. 1932, Nr. 27, S. 318-320.

Faschistische Diktatur über Deutschland (anonym), in: Gegen den Strom, 6. Jg. 1933, Nr. 3, S. 25f. (S. 198-202).

Deutschland und Italien (anonym), in: Gegen den Strom, 6. Jg. 1933, Nr. 4, S. 35-37. (S. 212-218).

V. Schriften Leo Trotzki's

Trotzki, Leo: Mein Leben. Versuch einer Autobiographie, Berlin 1990 (erstmalig 1929).

Ders.: Die Permanente Revolution, Frankfurt/Main 1969 (erstmalig 1929).

Ders.: Aus einem Brief an Souvarine (25.4.1929), in: Ders.: Schriften über Deutschland, hg. von Helmut Dahmer, 2 Bde., Frankfurt/Main 1971, S. 742-743.

Ders.: Nochmals über Brandler und Thalheimer (12.6.1929), in: Ders.: Schriften über Deutschland, hg. von Helmut Dahmer, 2 Bde., Frankfurt/Main 1971, S. 743-749.

Ders.: Die österreichische Krise, die Sozialdemokratie und der Kommunismus(13.11.1929), in: Ders.: Schriften über Deutschland, hg. von Helmut Dahmer, 2 Bde., Frankfurt/Main 1971, S. 53-66.

Ders.: Was heißt „Radikalisierung der Massen“? (18.12.1929), in: Ders.: Schriften über Deutschland, hg. von Helmut Dahmer, 2 Bde., Frankfurt/Main 1971, S. 67-69.

Ders.: An die Reichskonferenz der Linken Opposition (17.9.1930), in: Ders.: Schriften über Deutschland, hg. von Helmut Dahmer, 2 Bde., Frankfurt/Main 1971, S. 70-75.

Ders.: Die Wendung der Komintern und die Lage in Deutschland (17.9.1930), in: Ders.: Schriften über Deutschland, hg. von Helmut Dahmer, 2 Bde., Frankfurt/Main 1971, S. 76-98.

Ders.: Thälmann und die „Volksrevolution“ (14.4.1931), in: Ders.: Schriften über Deutschland, hg. von Helmut Dahmer, 2 Bde., Frankfurt/Main 1971, S. 102-103.

Ders.: Gegen den Nationalkommunismus. Lehren des „Roten“ Volksentscheids (25.8.1931), in: Ders.: Schriften über Deutschland, hg. von Helmut Dahmer, 2 Bde., Frankfurt/Main 1971, S. 113-137.

Ders.: Gegen die Widersacher der Losung „Arbeiterkontrolle der Produktion“ (12.9.1931), in: Ders.: Schriften über Deutschland, hg. von Helmut Dahmer, 2 Bde., Frankfurt/Main 1971, S. 138-139.

Ders.: Soll der Faschismus wirklich siegen? Deutschland – der Schlüssel zu internationaler Lage (26.11.1931), in: Ders.: Schriften über Deutschland, hg. von Helmut Dahmer, 2 Bde., Frankfurt/Main 1971, S. 145-163.

Ders.: Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen? (8.12.1931), in: Ders.: Schriften über Deutschland, hg. von Helmut Dahmer, 2 Bde., Frankfurt/Main 1971, S. 164-175.

Ders.: Was nun? Schicksalsfragen des deutschen Proletariats (27.1.1932), in: Ders.: Schriften über Deutschland, hg. von Helmut Dahmer, 2 Bde., Frankfurt/Main 1971, S. 180-306.

Ders.: Der einzige Weg (13./14.9.1932), in: Ders.: Schriften über Deutschland, hg. von Helmut Dahmer, 2 Bde., Frankfurt/Main 1971, S. 346-410.

Ders.: Der deutsche Bonapartismus (30.10.1932), in: Ders.: Schriften über Deutschland, hg. von Helmut Dahmer, 2 Bde., Frankfurt/Main 1971, S. 422-428.

Ders.: Vor der Entscheidung (5.2.1933), in: Ders.: Schriften über Deutschland, hg. von Helmut Dahmer, 2 Bde., Frankfurt/Main 1971, S. 439-448.

Ders.: Die stalinisierte Komintern (3.3.1933), in: Ders.: Schriften über Deutschland, hg. von Helmut Dahmer, 2 Bde., Frankfurt/Main 1971, S. 473-474.

Trotzki, Leo: Brief an einen österreichischen Genossen (19.3.1933), in: Ders.: Schriften

über Deutschland, hg. von Helmut Dahmer, 2 Bd., Frankfurt/Main 1971, S. 498-499.

Ders.: Die Plattform der Brandler-Gruppe (22.5.1933), in: Ders.: Schriften über Deutschland, hg. von Helmut Dahmer, 2 Bd., Frankfurt/Main 1971, S. 540-543.

Ders.: Der „4. August“ (4.6.1933), in: Ders.: Schriften über Deutschland, hg. von Helmut Dahmer, 2 Bd., Frankfurt/Main 1971, S. 567-570.

Ders.: Porträt des Nationalsozialismus (10.6.1933), in: Ders.: Schriften über Deutschland, hg. von Helmut Dahmer, 2 Bd., Frankfurt/Main 1971, S. 571-580.

Ders.: Deutsche Perspektiven (22.6.1933), in: Ders.: Schriften über Deutschland, hg. von Helmut Dahmer, 2 Bd., Frankfurt/Main 1971, S. 585-594.

Ders.: Bonapartismus und Faschismus (15.7.1934), in: Ders.: Schriften über Deutschland, hg. von Helmut Dahmer, 2 Bd., Frankfurt/Main 1971, S. 677-685.

Ders.: Was ist Sozialfaschismus? (o. J.), in: Ders.: Schriften über Deutschland, hg. von Helmut Dahmer, 2 Bd., Frankfurt/Main 1971, S. 99-101.

Ders.: Ein Sieg Hitlers bedeutet: Krieg gegen die UdSSR (o. J.), in: Ders.: Schriften über Deutschland, hg. von Helmut Dahmer, 2 Bd., Frankfurt/Main 1971, S. 308-315.

Ders.: Das deutsche Rätsel (o. J.), in: Ders.: Schriften über Deutschland, hg. von Helmut Dahmer, 2 Bd., Frankfurt/Main 1971, S. 338-345.

VI. Aufsätze und Monographien

Abendroth, Wolfgang: Zum 100. Geburtstag von August Thalheimer, in: Hans-Ernst Böttcher (Hg.): Recht, Justiz Kritik. Festschrift für Richard Schmid zum 85. Geburtstag, Baden-Baden 1985, S. 61-72.

Alles, Wolfgang: Zur Politik und Geschichte der deutschen Trotzisten ab 1930, Frankfurt/Main 1987 (Diplomarbeit, Mannheim 1978).

Alexander, Robert J.: International Trotskyism 1929-1985. A documented analysis of the movement, Durham/London 1991.

Aly Götz : Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt/Main 2005.

Bahne, Siegfried: Der Trotzismus in Deutschland 1931-1933. Ein Beitrag zur Geschichte der KPD und der Komintern, Diss., Heidelberg 1958.

Ders.: Die KPD-Opposition in der Weimarer Republik, in: Politische Vierteljahresschrift, 6. Jg. 1965 (Dezember), S. 538-540.

Ders.: Der „Trotzkismus“ in Geschichte und Gegenwart, in: Vierteljahresshette für Zeitgeschichte, 15. Jg. 1967, S. 57-86.

Ders.: Die KPD und das Ende von Weimar: das Scheitern einer Politik 1932 - 1935, Frankfurt/Main u. a. 1976.

Ders.: Die Kommunistische Partei Deutschlands, in: Matthias, Erich; Morsey, Rudolf (Hg.): Das Ende der Parteien 1933. Darstellungen und Dokumente, Düsseldorf 1979, S. 655-739.

Becker, Jens: August Thalheimer. Früher Kritiker der Stalinisierung, in: Bergmann,

- Theodor; Keßler, Mario (Hg.): *Ketzer im Kommunismus. 23 biographische Essays*, Hamburg 2000, S. 75-100.
- Ders.; Bergmann, Theodor; Waitlin, Alexander: *Das erste Tribunal. Das Moskauer Parteiverfahren gegen Brandler, Thalheimer und Radek*, Mainz 1993.
- Behrend, Manfred: *Leo Trotzki. Verdienste und Fehler eines großen Revolutionärs*, in: *Hintergrund – Marxistische Zeitschrift für Gesellschaftstheorie und Politik*, 11. Jg. 1998, Heft 4, S. 6-43.
- Bensaid, Daniel: *Was ist Trotzismus?* Köln 2004.
- Bergmann, Theodor: *Die Thalheimers. Geschichte einer Familie undogmatischer Marxisten*, Hamburg 2004.
- Ders.: *„Gegen den Strom“*. Die Geschichte der KPD(Opposition), 2. Aufl., Hamburg 2001.
- Bois, Marcel: *Die „(Vereinigte) Linke Opposition“ 1930-1933. Ein Beitrag zur Geschichte des Trotzismus am Ende der Weimarer Republik*, Magisterarbeit, Hamburg 2003.
- Brahm, Heinz: *Trockijs Aufrufe gegen Hitler 1930-1933*, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas*, Bd. 11, 1963, S.521-542.
- Broué, Pierre: *Bucharin und Trotzki*, in: Bergmann, Theodor; Schäfer, Gert (Hg.): *„Liebling der Partei“*. Bucharin – Theoretiker des Sozialismus, Hamburg 1989, S.49-60.
- Ders.: *Von der Linken Opposition zur IV. Internationale (1929-1940)*, in: *Trotzki, Leo: Schriften*, Bd. 3.3: *Linke Opposition und IV. Internationale (1928-1934)*, hg. von Helmut Dahmer u.a., Köln 2001, S. 9-29.
- Ders.: *Zur Geschichte der Linken Opposition (1923-1928)*, in: *Trotzki, Leo: Schriften*, Bd. 3.1: *Linke Opposition und IV. Internationale (1923-1926)*, hg. von Helmut Dahmer u.a., Hamburg 1997, S. 9-22.
- Ders.: *Trotzki*, 2 Bd., Köln 2003.
- Callinicos, Alex: *Trotskyism, Milton Keynes* 1990.
- Ders.: *Ausloten der Abgründe. Marxismus und der Holocaust*, Frankfurt/Main 2005.
- Cliff, Tony: *Die Ursprünge der Internationalen Sozialisten. Die Weiterentwicklung der Theorien Trotzkis nach 1945*, Frankfurt/Main 2000.
- Czichon, Eberhard: *Der Primat der Industrie im Kartell der nationalsozialistischen Macht*, in: *Das Argument* 47, 1968, S. 168-192.
- Dahmer, Helmut: *Nachwort des Herausgebers*, in: *Trotzki, Leo: Schriften über Deutschland*, hg. von Helmut Dahmer, 2 Bd., Frankfurt/Main 1971, S. 753-762.
- Daniels, Robert V.: *Das Gewissen der Revolution. Kommunistische Opposition in der Sowjetunion*, Berlin 1978.
- Daum, Werner u. a.: *Fallobst und Steinschlag: Einleitende Überlegungen zum historischen Vergleich*, in: *Schnabel-Schüle, Helga (Hg.): Vergleichende Perspektiven, Perspektiven des Vergleichs. Studien zur europäischen Geschichte von der Spätantike bis ins 20. Jahrhundert*, Mainz 1998, S. 1-23.
- Deutscher, Isaac: *Trotzki*, 3 Bd., 2. Aufl., Stuttgart u.a. 1972.
- Dorpalen, Andreas: *SPD und KPD in der Endphase der Weimarer Republik*, in:

- Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 31. Jg. 1983, S.77-107.
- Dülffer, Jost: Bonapartism, Fascism and National Socialism, in: Journal of contemporary history 11, 1976, S. 109-128.
- Eichholz, Dietrich; Gossweiler, Kurt: Noch einmal: Politik und Wirtschaft 1933-1945, in: Das Argument 47, 1968, S. 210-227.
- Flechtheim, Ossip K.: Die KPD in der Weimarer Republik, Hamburg 1986.
- Frank, Pierre: Die Geschichte der IV. Internationale, Hamburg 1974.
- Franke, Berthold: Die Kleinbürger. Begriff, Ideologie, Politik, Frankfurt/Main 1988.
- Frei, Norbert: „Machtergreifung“. Anmerkungen zu einem historischen Begriff, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 31. Jg. 1983, S. 136-145.
- Fritzsche, Klaus: Faschismustheorie: Konzeptionen, Kontroversen und Perspektiven, in: Neumann, Franz (Hg.): Handbuch Politische Theorien und Ideologien, Bd. 1, 2. Aufl., Opladen 1998, S. 319-380.
- Geras, Norman: Marxists before the Holocaust, in: Ders.: The Contract of Mutual Indifference, London 1998, S. 139-170.
- Gluckstein, Donny: The Nazis, capitalism and the working class, London u. a. 1999.
- Grant, Ted; Woods, Alan: Lenin and Trotsky. What they really stood for, London 2000.
- Grebing, Helga: Aktuelle Theorien über Faschismus und Konservatismus. Eine Kritik, Stuttgart 1974.
- Gripenburg, Rüdiger; Tjaden, Karl Hermann: Faschismus und Bonapartismus. Zur Kritik der Faschismustheorie August Thalheimers, in: Das Argument 41, 1966, S. 461-472.
- Ders., Kammler, Jörg; Kliem, Kurt: Einleitung, in: Wolfgang Abendroth (Hg.): Faschismus und Kapitalismus. Theorien über die sozialen Ursprünge und die Funktion des Faschismus, Frankfurt/Main 1970, S. 5-18.
- Hallas, Duncan: Die Rote Flut. Aufstieg und Niedergang der Kommunistischen Internationale, Frankfurt/Main o.J.
- Harman, Chris: Die verlorene Revolution. Deutschland 1918-1923, Frankfurt/Main 1998.
- Haupt, Heinz-Gerhard; Kocka, Jürgen: Historischer Vergleich: Methoden, Aufgaben, Probleme. Eine Einleitung, in: Dies. (Hg.): Geschichte und Vergleich. Ansätze und Ergebnisse international vergleichender Geschichtsschreibung, S. 9-46.
- Hennig, Eike: Zum Verhältnis von Industrie und Faschismus in Deutschland, in: Kühnl, Reinhard (Hg.): Texte zur Faschismuskritik, Bd. I, Positionen und Kontroversen., Reinbek bei Hamburg 1974, S. 140-163.
- Hillgruber, Andreas: Der Zweite Weltkrieg, in: Ders.; Dülffer, Jost (Hg.): Geschichte der Weltkriege. Mächte, Ereignisse, Entwicklungen 1900-1945, Freiburg u.a. 1981, S. 99-152.
- Jentsch, Harald: Die politische Theorie August Thalheimers 1919-1923. Mit einem Vorwort von Theodor Bergmann, Mainz 1993.

- Kadritzke, Niels: Faschismus und Krise. Zum Verhältnis von Politik und Ökonomie im Nationalsozialismus, Frankfurt/Main 1976.
- Kaelble, Hartmut: Der historische Vergleich. Eine Einführung zum 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt/Main u.a. 1999.
- Kaestner, Jürgen: Die politische Theorie August Thalheimers, Frankfurt/Main 1982.
- Kater, Michael H.: Sozialer Wandel in der NSDAP im Zuge der nationalsozialistischen Machtergreifung, in: Schieder, Wolfgang (Hg.): Faschismus als soziale Bewegung: Deutschland und Italien im Vergleich, Hamburg 1976, S. 25-68.
- Kellner, Manuel: Trotzismus. Einführung in seine Grundlagen – Fragen nach seiner Zukunft, Stuttgart 2004.
- Kershaw, Ian: Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick, erweiterte und bearbeitete Neuauflage, Reinbek bei Hamburg 1999.
- Keßler, Mario: Die kommunistische Linke und die Weimarer Republik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 32/33, 1994, S.20-30.
- Kinner, Klaus: Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität, Bd.1: Die Weimarer Zeit, Berlin 1999.
- Kirsch, Jan-Holger: Nationaler Mythos oder historische Trauer? Der Streit um ein zentrales „Holocaust-Mahnmal“ für die Berliner Republik, Dissertation, Witten/Herdecke 2001/2002.
- Kitchen, Martin: August Thalheimer's Theory of Fascism, in: Griffin, Roger; Feldman, Matthew (Hg.): Fascism. Critical Concepts in Social Science. Vol. II. The Social Dynamics of Fascism, London 2004, S. 58-69.
- Kolb, Eberhard: Die Weimarer Republik, 5. Aufl., München 2000.
- Kraushaar, Wolfgang: Das Scheitern der Faschismustheorie am Nationalsozialismus, in: Loh, Werner; Wippermann, Wolfgang (Hg.): „Faschismus“ kontrovers, Stuttgart 2002, S. 102-106.
- Kuckartz, Udo: Der Aufstieg des Faschismus und die kommunistische Arbeiterbewegung in der Endphase der Weimarer Republik. Eine vergleichende Analyse der Faschismustheorien Leo Trotzki und August Thalheimers, Magisterarbeit, Aachen 1978.
- Kühnl, Reinhard: Einleitung des Herausgebers, in: Ders. (Hg.): Texte zur Faschismuskritik, Bd. I, Positionen und Kontroversen, Reinbek bei Hamburg 1974, S. 7-13.
- Leppert-Fögen, Annette: Die deklassierte Klasse. Studien zur Geschichte und Ideologie des Kleinbürgertums, Frankfurt/Main 1974.
- Luks, Leonid: Entstehung der kommunistischen Faschismustheorie. Die Auseinandersetzung der Komintern mit Faschismus und Nationalsozialismus 1921-1935, Stuttgart 1985.
- Lutze, Kay: Die Kritik Leo Trotzki an der Haltung von SPD und KPD gegenüber dem Nationalsozialismus 1930-1933, Magisterarbeit, Düsseldorf 1995.
- Mandel, Ernest: Trotzki als Alternative, Berlin 1992.
- Ders.: Trotzki's Faschismustheorie, Einleitung zu: Trotzki, Leo: Schriften über Deutschland, hg. von Helmut Dahmer, 2 Bd., Frankfurt/Main 1971, S. 9-52.

Mason, Tim: Das Primat der Politik. Politik und Wirtschaft im Nationalsozialismus, in: Das Argument 41, 1966, S. 473-494.

Ders.: Primat der Industrie? - eine Erwiderung, in: Das Argument 47, 1968, S. 193-209.

Matthias, Erich: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Ders.; Morsey, Rudolf (Hg.): Das Ende der Parteien 1933. Darstellungen und Dokumente, Düsseldorf 1979, S. 101-278.

Nolte, Ernst: Der Faschismus in seiner Epoche. Action Française, italienischer Faschismus, Nationalsozialismus, 8. Aufl., München u.a. 1990.

Ders.: Vierzig Jahre Theorien über den Faschismus, in: Ders. (Hg.): Theorien über den Faschismus, 3. Aufl., Köln 1972, S. 15-78.

Ders.: Die Vergangenheit, die nicht vergehen will. Eine Rede, die geschrieben, aber nicht gehalten werden konnte, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6. Juni 1986.

Petzold, Joachim: SPD und KPD in der Endphase der Weimarer Republik: Unüberwindbare Hindernisse oder ungenutzte Möglichkeiten? in: Winkler, Heinrich August (Hg.): Die deutsche Staatskrise 1930-1933. Handlungsspielräume und Alternativen, München 1992, S. 77-98.

Pohlmann, Friedrich: Anmerkungen zu einem Faschismusbegriff der 70er Jahre, in: Loh, Werner; Wippermann, Wolfgang (Hg.): „Faschismus“ kontrovers, Stuttgart 2002, S. 121-124.

Pyta, Wolfram: Gegen Hitler und für die Republik. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der NSDAP in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1989.

Rabehl, Bernd: Auf dem Wege in die nationalsozialistische Diktatur. Die deutsche Sozialdemokratie zwischen „Großer Koalition“ und der legalen „Machtübernahme“ Hitlers, in: Manfred Scharer (Hg.): Kampflose Kapitulation. Arbeiterbewegung 1933, Reinbek bei Hamburg 1984, S. 18-72.

Roth, Karl Heinz: Faschismus oder Nationalsozialismus? Kontroversen im Spannungsfeld zwischen Geschichtspolitik, Gefühl und Wissenschaft, in: Sozial.Geschichte: Zeitschrift für historische Analyse des 20. und 21. Jahrhunderts, Nr. 19, 2004, S. 31-52.

Saage, Richard: Faschismustheorien. Mit einem Vorwort „Zwanzig Jahre danach: ‚Faschismustheorien‘ und ihre Kritiker“, 4., durchgesehene Aufl., Baden-Baden 1997.

Schieder, Wolfgang: Faschismus, in: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie, Bd. 2, Freiburg 1968, Sp. 439-477.

Schneider, Michael: „Volkspädagogik“ von rechts: Ernst Nolte, die Bemühungen um die „Historisierung“ des Nationalsozialismus und die „selbstbewusste Nation“, Gesprächskreis Geschichte, Heft 11, Bonn 1995.

Schulz, Gerhard: Faschismus – Nationalsozialismus. Versionen und theoretische Kontroversen 1922-1972, Frankfurt/Main u. a. 1974.

Serge, Victor: Leo Trotzki. Leben und Tod, Wien u.a. 1978.

Spiegel, Josef: Die Faschismuskonzeption der KPD 1929-1933. Eine Untersuchung mit besonderer Berücksichtigung der kommunistischen Presse, Münster 1986.

Tasca, Angelo: Allgemeine Bedingungen der Entstehung und des Aufstieges des Faschismus, in: Abendroth, Wolfgang (Hg.): Faschismus und Kapitalismus. Theorien

über die sozialen Ursprünge und die Funktion des Faschismus. Eingeleitet von Rüdiger Gripenburg, Jörg Kammler und Kurt Kliem, Frankfurt/Main 1970, S. 169-186.

Ticktin, Hillel; Cox, Michael: The Ideas of Leon Trotsky, London 1995.

Tjaden, Karl Hermann: Struktur und Funktion der „KPD-Opposition“ (KPO). Eine organisationssoziologische Untersuchung zur „Rechts“-Opposition im Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, Dissertation, Marburg 1963.

Traverso, Enzo: Leo Trotzki. Der „stumme Prophet“, in: Bergmann; Theodor; Keßler, Mario (Hg.): Ketzer im Kommunismus. 23 biographische Essays, Hamburg 2000.

Weber, Hermann: Von Rosa Luxemburg zu Walter Ulbricht. Wandlungen des deutschen Kommunismus, Hannover 1961.

Wehler, Hans-Ulrich: Entsorgung der deutschen Vergangenheit? Ein polemischer Essay zum „Historikerstreit“, München 1988

Ders.: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, 2 Bd., Frankfurt/Main 1969.

Ders.: Hauptfeind Sozialdemokratie. Strategie und Taktik der KPD 1929-1933, Düsseldorf 1982.

Ders.: Kommunismus in Deutschland 1918-1945, Darmstadt 1983.

Ders.: Zur Politik der KPD 1929–1933, in: Scharrer, Manfred (Hg.): Kampflöse Kapitulation. Arbeiterbewegung 1933, Reinbek bei Hamburg 1984, S.121-161.

Weil, Bernd: Faschismustheorien. Eine vergleichende Übersicht mit Bibliographie, Frankfurt/Main 1984.

Winkel, Udo: Zur Bedeutung der KPD(Opposition) für die deutsche Arbeiterbewegung, in: Franz Mehring Gesellschaft (Hg.): Jahrbuch 1. Demokratie und Arbeitergeschichte, Stuttgart 1980, S. 82-91.

Winkler, Heinrich-August: Mittelstandsbewegung oder Volkspartei? Zur sozialen Basis der NSDAP, in: Schieder, Wolfgang (Hg.): Faschismus als soziale Bewegung: Deutschland und Italien im Vergleich, Hamburg 1976, S. 97-118.

Wippermann, Wolfgang: Faschismustheorien, zum Stand der gegenwärtigen Diskussion, 2., verbesserte und erweiterte Aufl., Darmstadt 1975.

Ders.: Zur Analyse des Faschismus. Die sozialistischen und kommunistischen Faschismustheorien 1921 - 1945, Frankfurt/Main 1981.

Ders.: Die Bonapartismustheorie von Marx und Engels, Stuttgart 1983.

Ders.: Europäischer Faschismus im Vergleich (1922-1982), Frankfurt/Main 1983.

Ders.: Faschismustheorien in systematischer Perspektive, in: Grebing, Helga; Kinner, Klaus (Hg.): Arbeiterbewegung und Faschismus. Faschismus-Interpretationen in der europäischen Arbeiterbewegung, Essen 1990, S. 15-23.

Wippermann, Wolfgang: Faschismustheorien. Die Entwicklung der Diskussion von den Anfängen bis heute, 7., überarbeitete Aufl., Darmstadt 1997.

Ders.: Was ist Faschismus? - Geschichte und Theoriegeschichte, in: Ders.; Loh, Werner (Hg.): „Faschismus“ kontrovers, Stuttgart 2002, S. 1-50.

Ders.: Hat es Faschismus überhaupt gegeben? in: Ders.; Loh, Werner (Hg.): „Faschismus“ kontrovers, Stuttgart 2002, S. 51-70.

Wistrich, Robert S.: Leon Trotsky's Theory of Fascism, in: Journal of contemporary history 11, 1976, S. 157-184.

Zimmermann, Rüdiger: Der Leninbund. Linke Kommunisten in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1978 (Diss., Darmstadt 1975).

VII. Bibliographie

Trotsky Bibliography. An International Classified List of Publications about Leon Trotsky and Trotskyism 1905-1998, 3., vollständig überarbeitete und erweiterte Ausgabe, zusammengestellt und hg. von Wolfgang und Petra Lubitz, 2 Bd., München 1999.

Ich versichere, dass ich die Arbeit ohne fremde Hilfe verfasst und mich dabei anderer als der angegebenen Hilfsmittel nicht bedient habe.

Ich bin mit einer späteren Ausleihe der Arbeit einverstanden.

Hamburg, den 21.06.2005